



500a

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1979

Grafik des Monats: Europawahl 1979
Aufsätze: ~~X~~ Geborene 1978 500
Europawahl 1979
Gebrauchsgüter in den Haushalten

Aus unserem Archiv

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

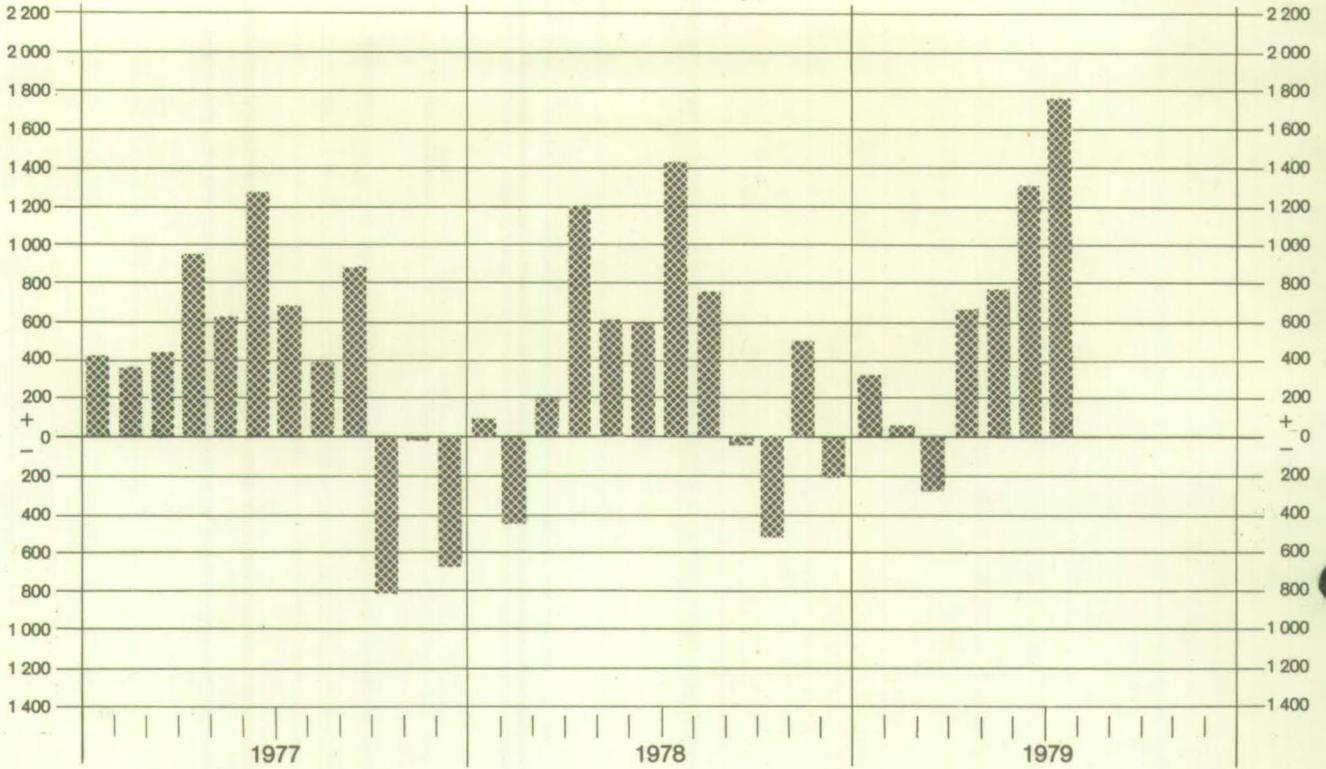


Herausgegeben vom

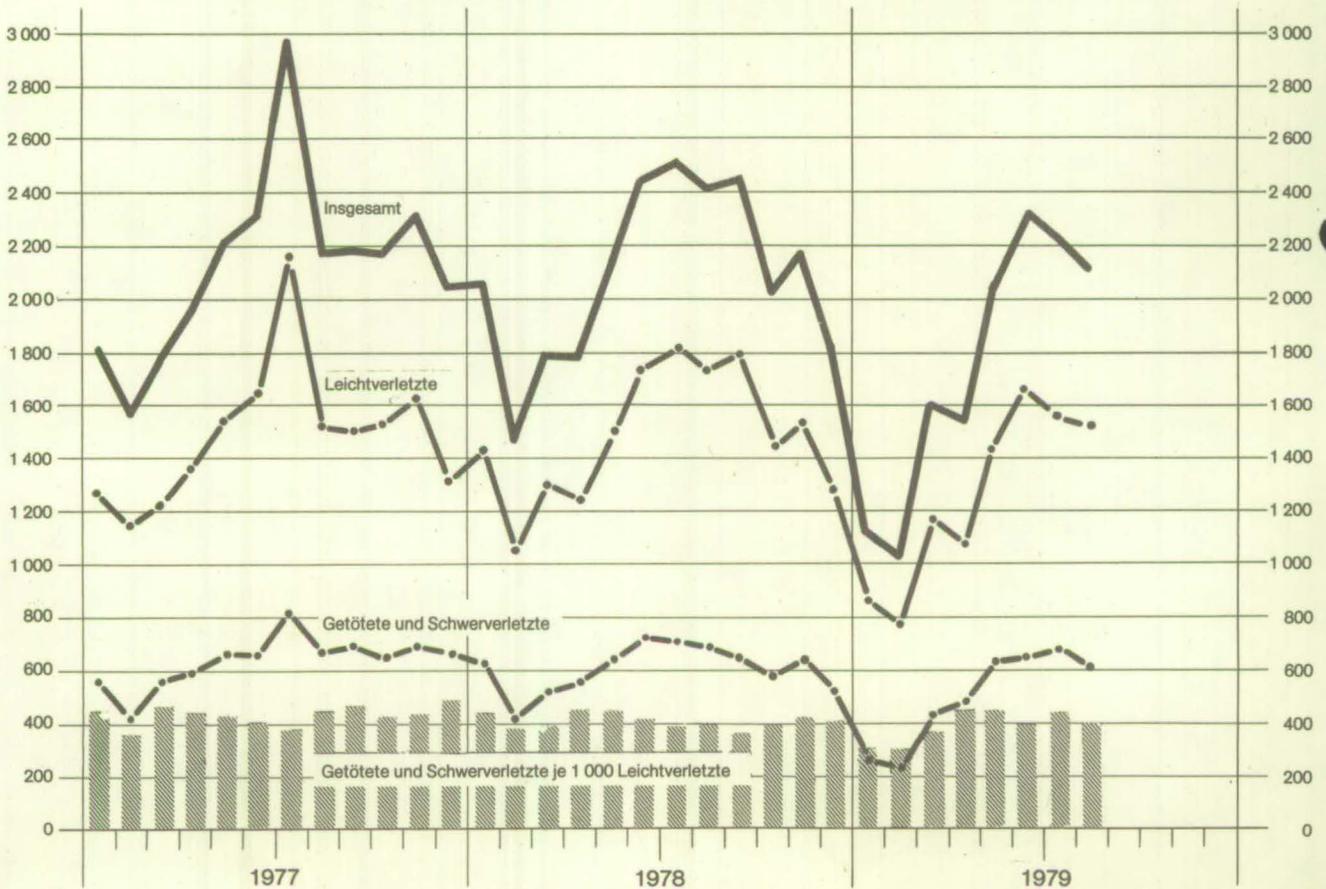
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 11/12 – 79

	Seite
Aktuelle Auslese	221
Aufsätze	
Die Geborenen des Jahres 1978	222
Die erste Direktwahl zum Europäischen Parla- ment am 10. Juni 1979	233
Die Ausstattung privater Haushalte mit lang- lebigen Gebrauchsgütern	244
Aus unserem Archiv	251
Grafik des Monats	236
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ..	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	252
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. Halbseite!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1979

Güterverkehr See
Bauhauptgewerbe
Nordelbische Kirche

Heft 2/1979

Bruttoinlandsprodukt
Bodennutzung in den Naturräumen
Getreideerträge in den Naturräumen
Bautätigkeitsstatistik
Finanzplanung
Pressestatistik

Heft 3/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 1)

Heft 4/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 2)

Heft 5/1979

Eigennutzung von Ferienunterkünften
Bruttoinlandsprodukt 1978
Schüler und Studenten 1964 und 1978

Heft 6/1979

Landtagswahl 1979
Teil 1: Landes- und Wahlkreis-
ergebnisse
Auftragseingänge
Studenten 1979

Heft 7/1979

Landtagswahl 1979
Teil 2: Regionale Ergebnisse
Einkommensteuer 1974
Sorten bei Winterweizen
Moderne Erhebungstechnik

Heft 8/1979

Verweildauer im Krankenhaus

Heft 9/1979

Vermögensteuer
Studiendauer
Abiturienten ohne Studienwunsch

Heft 10/1979

Landtagswahl 1979
Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und
Geschlecht
Ausländische Schüler
Getreideerträge 1979

Heft 11/12-1979

Geborene 1978
Europawahl 1979
Gebrauchsgüter in den Haushalten



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1979

Aktuelle Auslese



Steigende Betriebsgrößen in der Landwirtschaft

Im Mai 1979 wurden in Schleswig-Holstein rd. 33 000 landwirtschaftliche Betriebe (einschl. Gartenbaubetriebe) mit 1 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) erfaßt. In allen Größenklassen unter 40 ha LF nahm die Zahl der Betriebe gegenüber dem Vorjahr um 3 bis 6 % ab. Andererseits stieg die Zahl der Betriebe ab 50 ha LF im Verlauf eines Jahres um 2 bis 4 %. Im Vergleich zum Jahre 1970 nahm die Zahl der Betriebe zwischen 1 und 40 ha LF um 35 % ab, die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr ha LF dagegen um 45 % zu. Fast die Hälfte der gesamten LF wurde 1979 von Betrieben mit 50 und mehr ha LF bewirtschaftet.



Fremdenverkehr weiter zurückgegangen

Nachdem der Fremdenverkehr schon 1978 zurückgegangen war, ist das Übernachtungsaufkommen infolge des wiederum schlechten Wetters in diesem Sommer nochmals gesunken: Während im Jahre 1978 in der Zeit von März bis September in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren 20,9 Mill. Übernachtungen gezählt wurden, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur 19,6 Mill. Dies ist ein Rückgang um 6 %. Von den Gemeindegruppen verzeichneten die Ostseebäder mit einem Minus von 9 % die stärkste Einbuße. In der Gruppe der Nordseebäder ist der Fremdenverkehr um 5 % zurückgegangen.



Schweineschlachtungen rückläufig

In den ersten neun Monaten des Jahres erreichte die Schlachtmenge aus gewerblichen Großvieh-schlachtungen inländischer Erzeugung in Schleswig-Holstein erstmals einen Umfang von 277 000 t. Das Vorjahresaufkommen wurde damit um 3 % übertroffen. Während die Schlachtungen von Rindern um 9 % – darunter die der Bullen um 13 % – auf 344 000 anstiegen, gingen die Schafschlachtungen um 11 % auf 19 000 zurück. Die Schweineschlachtungen lagen mit 2,23 Mill. Tieren insgesamt noch leicht (+ 3 %) über dem entsprechenden Aufkommen von 1978, doch kam es aufgrund des Verfalls der Erzeugerpreise im Frühjahr zu einer rückläufigen Entwicklung im Jahresverlauf. Die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr betragen + 8 % im ersten, + 2 % im zweiten und – 1 % im dritten Quartal. Gleichzeitig lagen die durchschnittlichen Schlachtgewichte bei den Rindern höher und bei den Schweinen niedriger als 1978.



Weniger Wohnbau-Genehmigungen

Von Januar bis Oktober 1979 wurden in Schleswig-Holstein 10 894 Wohngebäude und 1 686 Nichtwohngebäude mit zusammen 16 546 Wohnungen zum Bau freigegeben. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres und gemessen am Rauminhalt ließ die Nachfrage nach Bauleistungen im Wohnbau um 8 % nach und nahm im Nichtwohnbau um 12 % zu. Die Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen verringerte sich um 1 679 (– 9 %). Mit den neuen Wohngebäuden (einschl. Wohnheimen) wurde der Bau von 15 933 Wohnungen genehmigt, das sind 1 269 (7 %) weniger als in den ersten 10 Monaten 1978. Dieser Rückgang ist überwiegend auf die verminderten Genehmigungen im Einfamilienhausbau zurückzuführen, die von 10 826 auf 9 417 (– 13 %) zurückgingen.

Die Geborenen des Jahres 1978

1978 wurden in Schleswig-Holstein 23 185 Kinder lebend geboren. Von ihnen und den Lebendgeborenen des Vorjahres starben 1978 340 Kinder vor Vollendung des 1. Lebensjahres, woraus sich eine Säuglingssterblichkeit von 14,6 je 1 000 Lebendgeborenen ergibt. 139 Kinder kamen tot zur Welt. Von den 23 324 Lebend- und Totgeborenen stammen 22 860 aus Einzelgeburten und 464 oder 2 % aus Mehrlingsgeburten. 8 % aller Kinder wurden nichtehelich geboren.

Gegenüber 1966, dem Jahr mit der höchsten Geburtenzahl nach Kriegsende, hat sich 1978 die Zahl der Lebendgeborenen fast halbiert. 1972 schlug der Geburtenüberschuß zum ersten Mal in einen Sterbeüberschuß um. In den letzten sieben Jahren verlor Schleswig-Holstein dadurch 47 800 Einwohner, was nur durch die Wanderungsgewinne verdeckt wird.

Tabelle 1

Veränderung von vier Fruchtbarkeitsmaßen¹ 1968 bis 1978

Jahr	Lebendgeborene	Rohe Geburtenrate	Allgemeine Fruchtbarkeitsrate	Totale Fertilitätsrate	Nettoreproduktionsrate
1968	43 833	17,8	90,2	2 591	1,22
1969	40 381	16,3	82,7	2 389	1,12
1970	35 171	14,1	73,4	2 156	1,01
1971	33 523	13,3	69,2	2 054	0,97
1972	29 354	11,5	59,4	1 781	0,84
1973	26 398	10,3	52,8	1 599	0,75
1974	25 545	9,9	50,4	1 552	0,73
1975	24 282	9,4	47,4	1 481	0,70
1976	24 861	9,6	47,8	1 518	0,72
1977	23 366	9,0	44,3	1 426	0,67
1978	23 185	9,0	43,0	1 406	0,66

1) Definitionen im Text

Der Rückgang der Geburten läßt sich auch an den Fruchtbarkeitsmaßen ablesen, von denen die vier bekanntesten für jedes Jahr seit 1968 in der Tabelle 1 dargestellt sind. Da die Abnahme der Geburten in erster Linie generative Gründe hat, ist es nicht überraschend, daß sich die Halbierung der Geborenenzahl in einer entsprechenden Minderung aller vier Ziffern widerspiegelt. Die auf die Gesamtbevölkerung abgestellte rohe Geburtenrate zum Beispiel sank von 17,8 auf 9,0 je 1 000 Einwohner, einem Wert, der dem für die Bundesrepublik errechneten fast entspricht. In ganz Europa gibt es zur Zeit kein Land, das eine Geburtenquote

unter 10 aufzuweisen hat, sieht man einmal von Monaco ab. Bei den acht anderen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft reichte die Spanne 1977 von 11,4 für Luxemburg bis 21,4 Lebendgeborene je 1 000 Einwohner für Irland. Für die Deutsche Demokratische Republik wurde 1977 eine rohe Geburtenrate von 13,3 errechnet.

Wird die Gesamtzahl der Lebendgeborenen auf die der 15- bis 44jährigen Frauen bezogen, so ergibt sich die allgemeine Fruchtbarkeitsrate. Sie sank seit 1968 von 90,2 auf 43 je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter. Diese Rate ist aussagefähiger als die rohe Geburtenrate, wenngleich in unserem Fall die Fruchtbarkeitsentwicklung seit 1968 auch durch die rohe Geburtenrate sehr gut wiedergegeben wird.

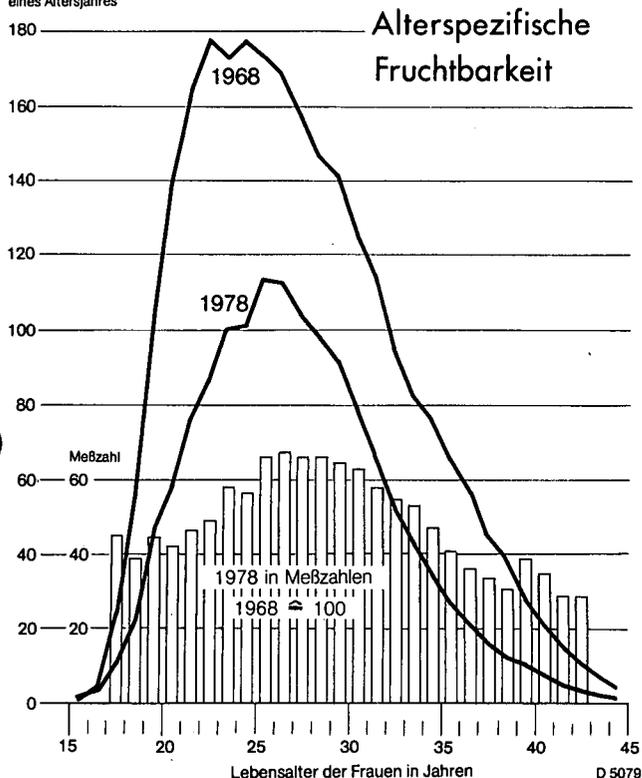
Das dritte Fruchtbarkeitsmaß führt drei verschiedene Namen. Dem internationalen Sprachgebrauch entsprechend heißt es totale Fertilitätsrate; andere Namen sind Gesamtindex der Fruchtbarkeit und Fortpflanzungsziffer. Grundlage der Berechnung sind die altersspezifischen Fruchtbarkeitsraten der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren. Addiert ergeben sie die totale Fertilitätsrate. Dieses Fruchtbarkeitsmaß gibt an, wie viele Kinder von eintausend neugeborenen Mädchen im Laufe ihrer Fruchtbarkeitsperiode geboren würden, wenn die Mortalität vernachlässigt wird und wenn nur die aus den Ereignissen eines Kalenderjahres berechnete Fruchtbarkeit verwendet wird. Gegenüber der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate ist die totale Fertilitätsrate ein Fruchtbarkeitsmaß, auf das der Altersaufbau der Frauen keinen Einfluß mehr hat; tausend Frauen durchlaufen nacheinander die Fruchtbarkeiten der Altersjahre 15 bis 44.

Aus der totalen Fertilitätsrate entsteht bei Beschränkung auf die Mädchengeburten und Beziehung auf 1 statt 1 000 Frauen die Bruttoreproduktionsrate. Sie vernachlässigt noch die Mortalität. Bei der Berechnung der Nettoreproduktionsrate wird die Sterblichkeit dagegen berücksichtigt. Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern werden dabei nicht Altersjahr für Altersjahr unverändert auf 1 000 Frauen bezogen, sondern auf die Frauen einer Sterbetafelbevölkerung. Von der Ausgangsmasse von 100 000 Mädchen — in einer Sterbetafel wird gewöhnlich in dieser Größenordnung gerechnet —, gelangt nur ein Teil bis zum Alter von 15 Jahren, und bis zum Ende des 44. Lebensjahres sterben noch weitere von ihnen. In diesem Lebensabschnitt ist die Sterblichkeit heute jedoch gering. Die

Nettoreproduktionsrate verbessert die Aussage der Bruttoreproduktionsrate deshalb auch nicht wesentlich, ist aber das international üblichere Fruchtbarkeitsmaß. Die Nettoreproduktionsrate ist für Schleswig-Holstein seit 1968 von 1,22 auf 0,66 gefallen. Ein neugeborenes Mädchen brächte also im Laufe ihres Lebens rechnerisch 0,66 Mädchen zur Welt. Das reicht auf lange Sicht nicht zur Bestanderhaltung der Bevölkerung. Die Nettoreproduktionsrate für die Bundesrepublik Deutschland liegt auf gleicher Höhe. Die EG-Länder Belgien, Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich von Großbritannien hatten um 1976/1977 Nettoreproduktionsraten von 0,8, Frankreich von 0,9. Für Luxemburg und Italien liegen keine neueren Angaben vor. Lediglich Irland und möglicherweise Italien weisen von den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine Rate auf, die auf lange Sicht ein natürliches Wachsen der Bevölkerung anzeigt. Ein neugeborenes irisches Mädchen bringt nach heutiger Berechnung während ihres Lebens rechnerisch 1,6 Mädchen zur Welt.

Lebendgeborene
je 1 000 Frauen
eines Altersjahres

Bild 1



Wohl ist die Fruchtbarkeit in den letzten Jahren gesunken. Für die einzelnen Altersjahre sind jedoch erhebliche Unterschiede festzustellen. Bild 1 zeigt dies für Schleswig-Holstein. Da es dem Auge schwer fällt, prozentuale Veränderungen aus den beiden Fruchtbarkeitskurven abzulesen, sind die Werte von 1978 zusätzlich als Meßzahl auf der Basis 1968 $\hat{=} 100$ dar-

gestellt worden. Die zugehörigen Säulen machen deutlich, daß es vor allem in den Altersjahren um 20 und jenseits des 30. Lebensjahres zu den stärksten Einbrüchen der Fruchtbarkeit gekommen ist. Um das Alter von 20 Jahren ist die Fruchtbarkeit auf 40% der 1968er Werte zurückgegangen, in den Altersjahren 25 bis 30 auf Werte zwischen 60 und 65 % und nach dem 35. Lebensjahr auf Werte zwischen 30 und 40 %.

1966 wurden, wie erwähnt, die höchsten Geburtenzahlen der Nachkriegszeit registriert. 45 930 Kinder wurden damals lebend geboren, 45 826 von Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. 1978, 12 Jahre später, wurden 23 185 Lebendgeborene gezählt, darunter 23 154 von Frauen der genannten Altersgruppe.

Auf die Frauen von 15 bis 44 Jahren bezogen wurden damit 22 672 Kinder weniger geboren. Ist dies ausschließlich der veränderten Fruchtbarkeit anzulasten? Daß es zum größten Teil aber nicht zur Gänze so ist, wird gezeigt werden. Die dazu gewählte Methode ist das Verfahren der Standardisierung, die es erlaubt, die Geburtenveränderung auf drei Faktoren zurückzuführen: die Fruchtbarkeit, die Altersgliederung und die Anzahl der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen. Die Methode ist einfach. Die hier zu analysierende Differenz der allgemeinen Fruchtbarkeitsraten beider Vergleichsjahre wird durch Einfügen eines zusätzlichen Terms erweitert, ohne daß sich der Wert der Differenz verändert. Dadurch läßt sich bereits die Wirkung errechnen, die von der geänderten Fruchtbarkeit und der geänderten Altersgliederung ausgeht. Die dritte Veränderungskomponente ergibt sich dann ohne große Schwierigkeit.

Es bedeuten (unter Vernachlässigung der Kinder von Müttern unter 15 und über 45 Jahren):

- $F_{66}; F_{78}$ = Frauen eines Altersjahres 1966 und 1978 (Jahresende)
- $F_{t,66}; F_{t,78}$ = Totalzahl der Frauen 1966 und 1978 von 15 bis 44 Jahren (Jahresende)
- $b_{66}; b_{78}$ = Fruchtbarkeit eines Altersjahres 1966 und 1978
- M = Summe mit den Grenzen 15 und 44 Jahre
- $\left. \begin{matrix} \sum(F_{66} \cdot b_{66}) \\ \sum(F_{78} \cdot b_{78}) \end{matrix} \right\}$ = Lebendgeborene 1966 und 1978
- $\left. \begin{matrix} \frac{\sum(F_{66} \cdot b_{66})}{F_{t,66}} \\ \frac{\sum(F_{78} \cdot b_{78})}{F_{t,78}} \end{matrix} \right\}$ = Allgemeine Fruchtbarkeitsrate 1966 und 1978

$$\begin{aligned} \sum(F_{66} \cdot b_{78}) &= \text{Lebendgeborene von Frauen des Jahres 1966 bei altersspezifischer Fruchtbarkeit des Jahres 1978} \\ \frac{\sum(F_{66} \cdot b_{78})}{F_{t, 66}} &= \text{Allgemeine Fruchtbarkeitsrate für Frauen des Jahres 1966 bei den Fruchtbarkeiten von 1978} \end{aligned}$$

Die Gleichung, aus der sich zwei der drei genannten Komponenten isolieren lassen, lautet dann:

$$\begin{aligned} & \begin{array}{cc} \text{Wirkung der geänderten Altersgliederung } 1) & \text{Wirkung der geänderten Fruchtbarkeit} \\ \downarrow & \downarrow \end{array} \\ \frac{\sum(F_{78} \cdot b_{78})}{F_{t, 78}} - \frac{\sum(F_{66} \cdot b_{66})}{F_{t, 66}} &= \left[\frac{\sum(F_{78} \cdot b_{78})}{F_{t, 78}} - \frac{\sum(F_{66} \cdot b_{78})}{F_{t, 66}} \right] + \left[\frac{\sum(F_{66} \cdot b_{78})}{F_{t, 66}} - \frac{\sum(F_{66} \cdot b_{66})}{F_{t, 66}} \right] \\ 0,04290 - 0,09458 &= [0,04290 - 0,04994] + [0,04994 - 0,09458] \\ - 0,05168 &= - 0,00704 + - 0,04464 \end{aligned}$$

$$1) \text{ da } \frac{\sum(F_{78} \cdot b_{78})}{F_{t, 78}} = \sum \left(\frac{F_{78}}{F_{t, 78}} \cdot b_{78} \right)$$

Die Abnahme der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate von 0,09458 auf 0,0429 geht damit zu 86 % auf die gesunkene Fruchtbarkeit und zu 14 % auf den veränderten relativen Altersaufbau zurück. Jetzt läßt sich darstellen, wie viele Kinder als Folge der

veränderten Größe dieser beiden Faktoren und wie viele infolge der veränderten Frauenzahl mehr oder weniger geboren wurden. Das soll der Übersichtlichkeit und der besseren Nachvollziehbarkeit wegen in Form einer Aufstellung erfolgen:

Wie die Änderungen der Fruchtbarkeit, des Altersaufbaus und der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zum Rückgang der Lebendgeborenen von 1966 auf 1978 geführt haben

— Angewandte Methode: Standardisierung —

1966 = 45 826 Lebendgeborene 1978 = 23 154 Lebendgeborene	} - 22 672	1966 = 484 523 Frauen (15 - 44) 1978 = 539 739 Frauen (15 - 44)	} + 55 216
--	------------	--	------------

Unter den Fruchtbarkeitsverhältnissen von 1978, aber beim Altersaufbau von 1966, hätten die 484 523 Frauen des Jahres 1966 21 629 Kinder weniger geboren:

$$484 523 \cdot -0,04464 = - 21 629$$

Mit der Altersgliederung von 1978 hätten die 484 523 Frauen des Jahres 1966, die annahmegemäß bereits die Fruchtbarkeit von 1978 aufweisen, weitere 3 411 Kinder weniger zur Welt gebracht:

$$484 523 \cdot -0,00704 = - 3 411$$

Bei gleicher Gesamtzahl, aber Fruchtbarkeit und Altersgliederung von 1978, hätten die 484 523 Frauen von 1966 damit zusammen 25 040 Kinder weniger geboren.

$$\text{zusammen} = - 25 040$$

Die allgemeine Fruchtbarkeitsrate der 484 523 Frauen ist nach den beiden Schritten gleich der von 1978:

$$\begin{aligned} 45 826 - 25 040 &= 20 786 \\ 20 786 : 484 523 &= 0,0429 (= 23 154 : 539 739) \end{aligned}$$

Der Anstieg der Frauenzahl von 1966 auf 1978 um 55 216 bedingte nun aber einen Zuwachs von 2 369 Lebendgeborenen:

$$55 216 \cdot 0,0429 = + 2 369$$

Differenz an Lebendgeborenen 1966/1978 (enthält Rundungsfehler):

$$- 22 671$$

Zu dem Rückgang der Geborenen um 22 672 Kinder trugen die Abnahme der Fruchtbarkeit mit 21 629 und die veränderte Altersgliederung mit 3 411 Kindern negativ bei. Sie allein hätten die Geburtenzahl sogar um 25 040 Kinder sinken lassen, wenn nicht die Zahl der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen um mehr als 55 000 zugenommen hätte, wodurch 2 369 Kinder mehr geboren wurden.

Wenn hier die Zahlen nicht grober gerundet dargestellt sind, so nur um den Rechengang leichter verfolgbar zu halten. Es handelt sich um eine Modellrechnung, bei der nur die Größenordnung relevant ist. Statt die Verhältnisse von 1978 auf die Bevölkerung von 1966 zu übertragen, könnte man genauso gut umgekehrt fragen, wie sich der Geburtenrückgang erklärt, wenn Fruchtbarkeit und Altersgliederung von 1966 auch 1978 herrschten.

Ein weiterer Punkt ist zu bedenken: Hinter der Veränderung der Fruchtbarkeit verbirgt sich ein komplexes Geschehen. Der Faktor Fruchtbarkeit wird nicht nur durch ein bestimmtes generatives Verhalten beeinflusst. Er wird in seinem Ausmaß auch vom Familienstand bestimmt. Wenn weniger Paare heiraten, wirkt sich dies auf die Kinderzahl aus. Karl Schwarz weist in einer Modellrechnung für die Bundesrepublik Deutschland nach, daß von 1966 auf 1977 vom Rückgang der ehelichen Geburten 58 % auf Veränderungen des generativen Verhaltens und 42 % auf die geringer gewordene Zahl Jungverheirateter zurückgeht¹.

Die Fruchtbarkeit der Deutschen und Ausländerinnen

6 % aller Lebendgeborenen Schleswig-Holsteins sind zur Zeit Ausländerkinder, 94 % zählen als Deutsche. Nach der geltenden Fassung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erwirbt ein eheliches Kind durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil Deutscher ist, ein nichteheliches Kind, wenn seine Mutter Deutsche ist. Vor 1975 wurde ein eheliches Kind nur dann durch Geburt Deutscher, wenn der Vater Deutscher war.

Mit steigender Zahl an Ausländern und rückläufiger Fruchtbarkeit der deutschen Frauen stieg der Anteil der Ausländergeburten bis 1975 rasch an, wie die Tabelle 2 zeigt. Von 604 Ausländerkindern und einem

1) Karl Schwarz: „Demographische Ursachen des Geburtenrückgangs“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 3/1979

Tabelle 2

Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit gemäß heutiger Fassung von § 4 RuStAG

Jahr	Deutsche	Ausländer	
		Zahl	%
1970	34 567	604	1,7
1971	32 544	979	2,9
1972	28 105	1 249	4,3
1973	24 903	1 495	5,7
1974	23 891	1 654	6,5
1975	22 380	1 902	7,8
1976	23 127	1 734	7,0
1977	21 929	1 437	6,1
1978	21 854	1 331	5,7

Anteil von 1,7 % aller Geborenen des Jahres 1970 stiegen die Zahlen bis 1975 auf 1 902 und 7,8 %. Ab 1976 fallen Kinderzahlen und Anteile wieder ab.

Bevor auf die Fruchtbarkeit der Ausländerinnen eingegangen wird, soll ein Blick auf die Staatsangehörigkeit der Lebendgeborenen und ihrer Eltern geworfen werden. Die Übersicht zeigt, wie viele Kinder 1978 aus rein deutschen und rein ausländischen Ehen hervorgegangen sind, wie viele gemischten Ehen entsprangen und wie viele nichtehelich geboren wurden.

Vater	Mutter	Lebendgeborene
deutsch	deutsch	19 277
deutsch	ausländisch	433
ausländisch	deutsch	295
-	deutsch	1 849 = 21 854 Deutsche
ausländisch	ausländisch	1 268
-	ausländisch	63 = 1 331 Ausländer

Mindestens 728 oder 3 % aller 1978 als Deutsche geborenen Kinder entstammen einer deutsch-ausländischen Verbindung. Die meisten dürften als Doppelstaatler geboren sein. Außerhalb einer Ehe wurden 8 % der deutschen und 5 % der ausländischen Kinder des Jahres 1978 geboren.

70 % aller 1978 geborenen Ausländer waren Türken. Die Fruchtbarkeit der Türkinnen, das läßt sich schon hieraus ablesen, muß besonders hoch sein, da der Anteil der Türkinnen jeden Alters an allen Ausländerinnen bei 37 % liegt. Nur 24 als Deutsche zählende Geborene hatten 1978 einen Türken zum Vater, nur

3 eine Türkin zur Mutter. Die wenigen Deutschen mit einem türkischen Elternteil entsprechen der geringen Zahl an deutsch-türkischen Eheschließungen.

Unter den Lebendgeborenen mit deutschem Vater und ausländischer Mutter sind die Kinder sehr häufig, die eine Skandinavierin zur Mutter haben: 90mal eine Dänin, 36mal eine Finnin, 21mal eine Schwedin. Aber auch Französinen, Britinnen, Österreicherinnen und Jugoslawinnen sind 1978 häufig Mutter deutscher Kinder geworden.

Unter den ausländischen Vätern deutscher Kinder stehen die Italiener an der Spitze: Von 37 deutschen Kindern besaß der Vater die italienische Staatsangehörigkeit. Es folgen die deutschen Lebendgeborenen mit einem österreichischen, türkischen und jugoslawischen Vater.

Geburten aus deutsch-ausländischen Ehen

Vater	deutsche Mutter
Italiener	37
Österreicher	25
Türke	24
Jugoslawe	21

Mutter	deutscher Vater
Dänin	90
Finnin	36
Französin	32
Britin	27
Österreicherin	22
Jugoslawin	21
Schwed'in	21

Ein Vergleich der Fruchtbarkeit der im Lande lebenden Ausländerinnen mit den deutschen Frauen Schleswig-Holsteins ist nicht so unproblematisch, wie man zunächst meinen sollte, denn 433 der 21 854 als Deutsche Geborenen des Jahres 1978 hatten ja eine Ausländerin als Mutter. Bezieht man alle als Deutsche Geborenen auf die deutschen Frauen, so ergibt sich für die Deutschen eine zu hohe Fruchtbarkeit. Noch stärker wirkt es sich aus, wenn diese 433 deutschen Kinder ausländischer Mütter von der Berechnung der ausländischen Fruchtbarkeit ausgenommen werden. Die Fruchtbarkeit der im Lande lebenden Ausländerinnen wird dadurch zu niedrig ausgewiesen. Im Folgenden soll daher bei der Berechnung von Fruchtbarkeitsmaßen auf die Staatsangehörigkeit der Mutter abgestellt werden und nicht auf die Staatsangehörigkeit des Kindes.

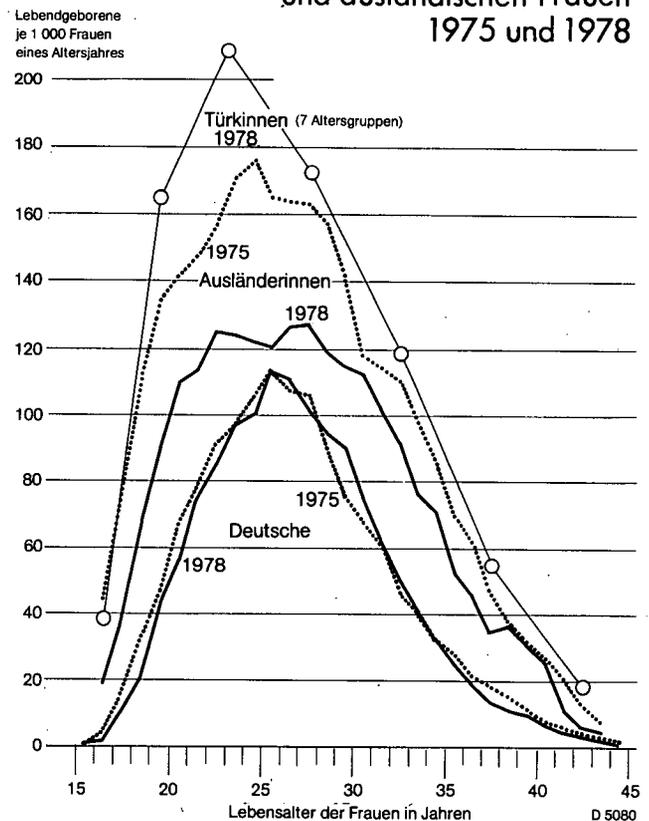
Die so abgegrenzte Fruchtbarkeit der Ausländerinnen ist heute nicht mehr so unverhältnismäßig viel höher als die der deutschen Frauen. Bei einer Geschlechterproportion von 106 Jungen je 100 Mädchen sind ohne Berücksichtigung der Mortalität für die langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung 2 060 Lebendgeborene je 1 000 Frauen erforderlich. Diese Marke wurde von den im Lande lebenden Ausländerinnen 1978 zwar noch überschritten, der Gesamtindex der Fruchtbarkeit ausländischer Frauen, der 1975 noch doppelt so hoch wie der der deutschen Frauen lag, übertrifft ihn heute, drei Jahre später, jedoch nur noch um 57 %.

Die Grafik zeigt diese Entwicklung für die einzelnen Altersjahre auf. Sie bestätigt auch die vorher geäußerte Vermutung, daß die Fruchtbarkeit der Türkinen besonders hoch ist. Für die Türkinen errechnet sich eine totale Fertilitätsrate von 3 267 Lebendgeborenen je 1 000 Frauen, also weit über der bestanderhaltenen Zahl von 2 060 Kindern.

Um wieviel stärker die Fruchtbarkeit der Ausländerinnen abgenommen hat als die der Deutschen, zeigt die Entwicklung der verschiedenen Fruchtbarkeitsmaße. Die allgemeine Fruchtbarkeitsrate der Ausländerinnen ist gegenüber 1975 von 120,0 Kindern je

Bild 2

Fruchtbarkeit der deutschen und ausländischen Frauen 1975 und 1978



1 000 Frauen des gebärfähigen Alters auf 86,0 gesunken, also um 28 %. Für die deutschen Frauen ergibt sich zwar eine beträchtlich niedrigere Fruchtbarkeitsrate. Der Rückgang von 44,5 auf 41,3 Lebendgeborene je 1 000 Frauen des bezeichneten Alters bedeutet jedoch nur ein Abfallen um 7 %.

Die totale Fertilitätsrate, also die aufsummierten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, zeigt eine ähnliche Entwicklung. Sie schaltet bekanntlich die unterschiedliche Altersgliederung der deutschen und ausländischen Frauenpopulation aus, da sie unterstellt, daß eine Generation von 1 000 Frauen nacheinander die Fruchtbarkeitsverhältnisse zwischen dem 15. und 45. Lebensjahr durchläuft, die für das jeweilige Berichtsjahr festgestellt werden. Die für die ausländischen Frauen berechnete Rate sank seit 1975 von 2 831 auf 2 142, d. h. um 24 %, die für die deutschen Frauen von 1 414 auf 1 367, also um 3 %.

Die sich nur wenig von der Nettoerproduktionsrate unterscheidende Bruttoerproduktionsrate der Ausländerinnen sank von 1,37 auf 1,04, die der Deutschen von 0,69 auf 0,66. Der prozentuale Rückgang ist naturgemäß der gleiche, wie er für die totale Fertilitätsrate aufgezeigt wurde, da sich die Bruttoerproduktionsrate nur dadurch von ihr unterscheidet, daß auf Mädchen geburten abgestellt wird und der „Kinderertrag“ einer Frau statt der von 1 000 Frauen dargestellt wird.

Tabelle 3

Drei Fruchtbarkeitsmaße 1975 bis 1978¹ für deutsche und ausländische Frauen

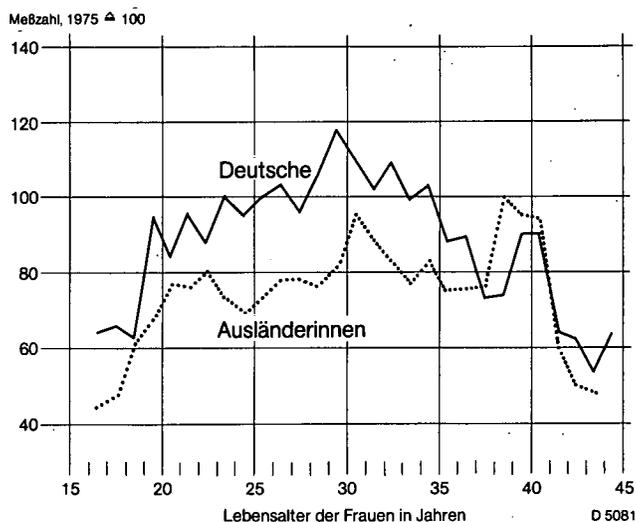
Jahr	Allgemeine Fruchtbarkeitsrate		Totale Fertilitätsrate		Brutto-Reproduktionsrate	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1975	44,5	120,0	1 414	2 831	0,69	1,37
1976	45,2	112,9	1 459	2 704	0,71	1,31
1977	42,1	96,4	1 379	2 345	0,67	1,14
1978	41,3	86,0	1 367	2 142	0,66	1,04

1) Die Staatsangehörigkeit der Mutter entschied über die Zuordnung der Geburten, nicht die Regelung laut § 4 RuStAG

In der Grafik 3 wird gezeigt, wie sich die altersspezifische Fruchtbarkeit der Deutschen und Ausländerinnen

Fruchtbarkeit der deutschen und ausländischen Frauen 1978

Bild 3



rinnen prozentual von 1975 auf 1978 entwickelt hat. Während die Fruchtbarkeit der deutschen Frauen um das 30. Lebensjahr gegenüber 1975 gestiegen ist, liegen die Fruchtbarkeitsziffern der Ausländerinnen für kein Lebensjahr über den Werten von 1975. Ansonsten zeigen die beiden Grafiken sehr viel Ähnlichkeit, wobei beachtet werden muß, daß die Werte für die Ausländerinnen aus den der Grafik 2 zugrundeliegenden geglätteten Werten abgeleitet sind. Die gewählte Methode, jeweils drei aufeinander folgende Werte zusammenzufassen und daraus die Fruchtbarkeit für die in der Mitte liegende Altersgruppe zu berechnen, kann dazu führen, daß Gipfelwerte sich um ein Altersjahr verschieben.

492 515 deutsche Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren hatten 1975 21 901 Kinder lebend geboren, die 519 233 Frauen des Jahres 1978 508 Kinder weniger. 19 599 ausländische Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren brachten 1975 2 348 Kinder lebend zur Welt, 20 506 Ausländerinnen 3 Jahre später 587 Kinder weniger². Grafik 3 deutet schon an, daß die gesunkene Fruchtbarkeit sich bei den Ausländern stärker auf den Rückgang der Lebendgeborenen ausgewirkt hat als bei den Deutschen. Wie stark war der Einfluß tatsächlich, und was haben die beiden anderen uns schon vertrauten Veränderungskomponenten beigetragen?

2) Bevölkerung vom Jahresende

Die Modellrechnung ergibt, daß die niedrigere Fruchtbarkeit und die ungünstiger gewordene Altersgliederung der deutschen Frauen sich fast gleich negativ auf die Entwicklung der Lebendgeborenenzahl ausgewirkt haben: Beide Komponenten zusammen hätten von 1975 auf 1978 einen Rückgang der Lebendgeborenen von rund 1 600 Kindern zur Folge gehabt, wenn nicht die Zahl der Frauen um 26 700 gestiegen wäre, was für sich ein Mehr von 1 100 Kindern bedeutet. Da die Änderung der Fruchtbarkeit und die der relativen Altersgliederung zusammen stärker blieben, resultiert der erwähnte Geburtenrückgang um 508 Kinder.

Als bestimmender Faktor für den Rückgang der Lebendgeborenen ausländischer Mütter stellt sich in der Tat die gesunkene Fruchtbarkeit heraus. Rund 550 Kinder wären allein auf Grund der niedrigeren Fruchtbarkeit weniger geboren worden. Da die Altersgliederung der Ausländerinnen wie die ihrer deutschen Geschlechtsgenossinnen ebenfalls ungünstiger geworden ist, wenigstens was die Fortpflanzungsjahre betrifft, geht auch hiervon ein Rückgang der Lebendgeborenen aus. Rund 120 Kinder wären allein wegen der Veränderung der relativen Altersgliederung weniger geboren worden. Nur knapp 80 Lebendgeborene mehr sind auf die um rund 900 gestiegene Zahl der Ausländerinnen zurückzuführen. Als Saldo bleibt eine Abnahme von 587 Kindern.

Die nichtehelich Geborenen

Der Anteil der außerhalb einer Ehe Geborenen steigt in letzter Zeit an, ohne allerdings bisher die hohen Werte der unmittelbaren Nachkriegszeit erreicht zu haben. Von 1 000 Lebendgeborenen werden zur Zeit 82 nichtehelich geboren. 1975 waren es erst 66 von 1 000. Auffallend ist freilich, daß nicht nur der Anteil, sondern auch die Zahl im letzten Jahr kräftig gestiegen ist, was vorher nicht der Fall war. Bis 1975 nahm die Zahl der nichtehelich Geborenen vielmehr tendenziell ab. Es ist nicht sicher, ob diese Entwicklung mit dem sich abzeichnenden Wandel der Einschätzung der Ehe oder mit der Ehegesetzreform in Verbindung zu bringen ist. Gegenüber 1977 sank die Zahl der Eheschließungen 1978 immerhin von 14 316 auf 12 579, also um 1 737 oder 12%, eine Entwicklung, die nicht auf Schleswig-Holstein beschränkt ist.

Ein Blick über die Landesgrenzen zu unseren nördlichen Nachbarn könnte auch ein Blick in die eigene Zukunft sein. Für 1977 ergibt sich:

Nichteheliche je 1 000 Lebendgeborene³

Dänemark	259
Färöer	282
Grönland	597
Finnland	111
Island	360
Norwegen	116
Schweden	347

Mit wachsender Gemeindegröße nimmt der Anteil der nichtehelich Geborenen zu. Das zeigt sich auch wieder 1978 für fünf Gemeindegruppen Schleswig-Holsteins:

Gemeinden mit ... Einwohnern	Nichteheliche je 1000 Lebendgeborene
unter 2 000	59
2 000 - 5 000	60
5 000 - 20 000	78
20 000 - 100 000	96
100 000 und mehr	116

Unter den elf Ländern des Bundes sind drei Stadtstaaten. Es müßten sich nach dem eben Gesagten auch für sie die höchsten Nichtehelichenquoten ergeben. Das ist, wie die Tabelle zeigt, auch tatsächlich der Fall. Der größte Nichtehelichenanteil errechnet sich für Berlin. Dort kamen 1978 von 1 000 Lebendgeborenen 144 nichtehelich zur Welt, weit mehr als zweimal so viel wie in Baden-Württemberg, das mit 59 Nichtehelichen je 1 000 Lebendgeborenen die Rangfolge der elf Länder beschließt. Schleswig-Holstein steht mit einer Nichtehelichenquote von 82 an vierter Stelle und damit an der Spitze der acht Flächenländer.

1978 wurden 139 Kinder tot geboren, 21 oder 15 % von ihnen waren nichtehelich. Legt man wegen der kleinen Zahlen die Ergebnisse der letzten fünf Jahre zugrunde, so ergibt sich, daß von 1 000 Geborenen 7 tot zur Welt kamen, von 1 000 nichtehelich Geborenen dagegen 11. Auch an diesen Zahlen erweisen sich die nichtehelichen Feten als gefährdeter.

Die Totgeborenen bilden zusammen mit den in den ersten sieben Lebenstagen Verstorbenen die perinatalen Sterbefälle, aus denen sich durch Division mit

3) Yearbook of Nordic Statistics 1978, Vol. 17, S. 47

der Zahl der Lebend- und Totgeborenen die perinatale Sterblichkeit errechnet. 1978 gab es 299 perinatale Sterbefälle, 139 Totgeborene und 160 Frühsterbefälle, woraus eine perinatale Mortalität von 12,8 Sterbefällen je 1 000 Lebend- und Totgeborenen resultiert.

Tabelle 4

Von 1000 Lebendgeborenen waren 1978 nichtehelich¹

Berlin	144
Bremen	115
Hamburg	114
Schleswig-Holstein	82
Bayern	76
Saarland	66
Niedersachsen	65
Nordrhein-Westfalen	64
Hessen	61
Rheinland-Pfalz	59
Baden-Württemberg	59

1) Vorläufige Zahlen

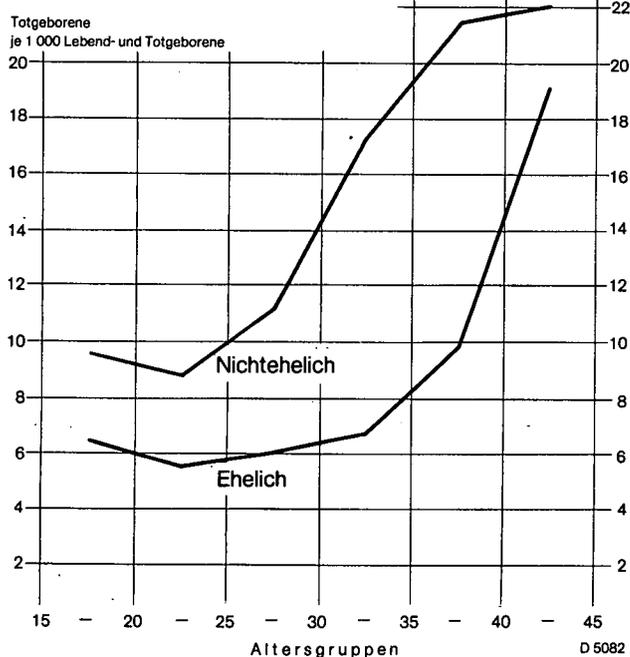
Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1979, S. 450*

Die perinatale Mortalität ist unter anderem vom Lebensalter der Mutter abhängig⁴. Je älter die Mutter bei der Geburt, desto höher die perinatale Mortalität. Was

Totgeborenenhäufigkeit nach dem Alter der Mutter

Bild 4

- Alle Fälle der fünf Jahre 1974 bis 1978 -



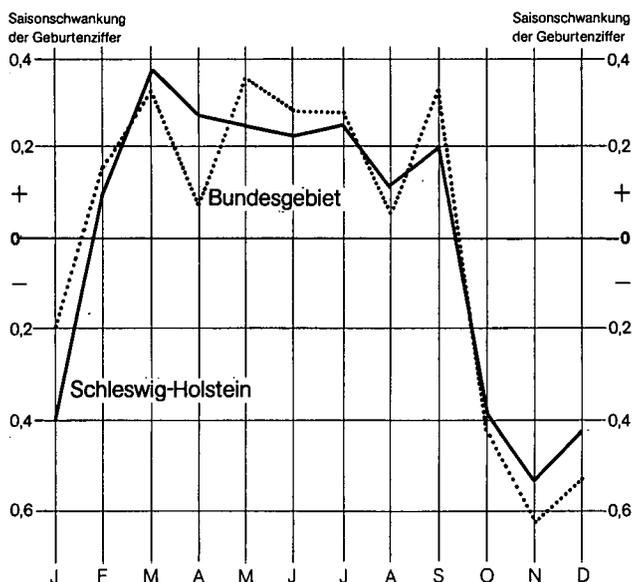
4) Vgl. L. Beck, in „Mütter- und Säuglingssterblichkeit“, Band 67 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, S. 5

D 5083

Bild 5

Jahreszeitliche Schwankung der Geburten

- Alle Fälle der sechs Jahre 1973 bis 1978 -



für die perinatale Mortalität insgesamt gilt, läßt sich auch für die Totgeborenenhäufigkeit sagen: Je älter die Mutter, desto größer das Risiko. Die Kurven des Bildes 4 zeigen einen J-förmigen Verlauf mit deutlich höherem Niveau der nichtehelichen Totgeborenenhäufigkeit.

Die Geborenen nach Geburtsmonaten

Nicht in allen Monaten des Jahres werden gleich viele Kinder geboren. Wegen der unterschiedlichen Länge der einzelnen Monate ist es natürlich nur sinnvoll, auf gleiche Zeitdauer umgerechnete Zahlen miteinander zu vergleichen. Dazu werden für jeden Monat die Geborenen je Tag errechnet und mit der Anzahl der Tage eines Jahres malgenommen. Da auch ein Blick auf die entsprechenden Zahlen der Bundesrepublik geworfen werden soll, werden Geburtenziffern untersucht.

Besonders viele Kinder werden zur Zeit in den Monaten März bis Juli geboren. Sie sind in den davorliegenden Monaten Juni bis Oktober konzipiert worden. Beachtenswert ist die Septemberspitze, die auch schon früher beobachtet wurde⁵. Den Verlauf der Kurven mit den Eheschließungen in Verbindung zu bringen, kann zu keinen brauchbaren Ergebnissen führen, da nur 16 % der ehelichen Kinder innerhalb der ersten neun Monate nach Eheschließung geboren werden.

5) Vgl. Karl Schwarz, „Die jahreszeitliche Verteilung der Geburten“ in Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1959, S. 295

Geburten in den Kreisen

Die Zahl der Lebendgeborenen im Lande ist seit 1966 um die Hälfte gesunken, von damals 45 900 auf 23 200. Ähnliche Abnahmen zeigen sich natürlich für die 15 Kreise und kreisfreien Städte. Es sind dabei aber Unterschiede zu beobachten. Da die Einwohnerzahlen sich zum Teil gegenläufig entwickelt haben, dürfen keine Lebendgeborenenzahlen, sondern nur Geburtenraten verglichen werden. Die rohe Geburtenrate, die herangezogen werden soll, und in deren Zähler die Lebendgeborenen und in deren Nenner die gesamte Bevölkerung des betrachteten Gebietes eingeht, ist von 1966 bis 1978 von 18,6 auf 8,9 je 1 000 Einwohner gefallen, auf 47,8 % des Ausgangswertes⁶. Die rückläufige Entwicklung der Geburtenrate erweist sich damit als noch stärker als die der reinen Geborenenzahlen.

Der stärkste Abfall der Geburtenhäufigkeit zeigt sich für den Kreis Nordfriesland, der 1966 mit 20,8 Geborenen je 1.000 Einwohner noch die zweithöchste rohe Geburtenrate aufwies. Auf 1 000 Einwohner Nordfrieslands kamen 1978 noch 8,8 Geburten, 42,3 % der Rate von 1966. Fast gleich stark war der Rückgang in den Kreisen Ostholstein und Pinneberg, wo die Rate auf 44,0 % bzw. 44,8 % der 1966er Zahl zurückfiel. Für Ostholstein errechnet sich zur Zeit mit 7,7 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner die niedrigste Geburtenrate aller fünfzehn Kreise und kreisfreien Städte, für Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg mit 9,9 sowie den Kreis Segeberg mit 9,7 die höchsten.

Bei der Berechnung der rohen Geburtenrate gehen in den Nenner Männer und Frauen, Junge und Alte ein. Ein großer Teil von ihnen kommt für die Fortpflanzung noch nicht oder nicht mehr in Betracht. Je größer der Anteil dieser vermehrungs-neutralen Einwohner an der Kreisbevölkerung ist, desto niedriger ist bei sonst gleichen Verhältnissen die rohe Geburtenrate. Sie ist, wie schon an anderer Stelle erwähnt, in der Regel kein gutes Maß, um die Fruchtbarkeit zu beurteilen. Für einen regionalen Vergleich der Fruchtbarkeiten des Jahres 1978 soll daher anders vorgegangen werden.

Erheblich aussagefähiger ist es schon, die Lebendgeborenen auf 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 44 Jahren zu beziehen und die sich ergebenden allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern zu vergleichen. Um auch die unterschiedliche Besetzung der 30 Altersjahre in den fünfzehn Kreisen und kreisfreien

6) Bezogen auf die Einwohner vom Jahresende

Tabelle 5

Rohe Geburtenraten 1966 und 1978

KREISFREIE STADT	1966	1978	1978
Kreis	Lebendgeborene je 1000 Einwohner ¹		1966 = 100
FLensburg	19,1	9,9	51,8
KIEL	16,1	8,8	54,7
LÜBECK	16,6	8,1	48,8
NEUMÜNSTER	17,9	9,3	52,0
Dithmarschen	19,5	9,5	48,7
Hzgt. Lauenburg	17,4	8,8	50,6
Nordfriesland	20,8	8,8	42,3
Ostholstein	17,5	7,7	44,0
Pinneberg	19,4	8,7	44,8
Plön	19,7	9,1	46,2
Rendsburg-Eckernförde	19,5	9,4	48,2
Schleswig-Flensburg	20,4	9,9	48,5
Segeberg	21,0	9,7	46,2
Steinburg	18,1	9,0	49,7
Stormarn	18,6	8,6	46,2
Schleswig-Holstein	18,6	8,9	47,8

1) am 31. 12. des Jahres

Städten auszuschalten, soll eine Standard-Frauenbevölkerung eingeführt werden. Mit ihr wären die Fruchtbarkeiten der Kreise und kreisfreien Städte Altersjahr für Altersjahr zu multiplizieren. Aus den so gewonnenen Geborenenzahlen ließen sich Fruchtbarkeitsraten berechnen und die dergestalt standardisierten allgemeinen Fruchtbarkeitsraten wären dann vergleichbarer.

Hier soll ein Umweg eingeschlagen werden und das Verfahren der indirekten Standardisierung angewandt werden, wodurch eine innere Verknüpfung zu dem abschließend vorgestellten Berechnungsverfahren der Regionalfaktoren hergestellt wird.

Als Standardbevölkerung soll die weibliche Bevölkerung des Landes gewählt werden, die Ende 1978 15 bis 44 Jahre alt war. Die altersspezifischen Fruchtbarkeiten dieser Bevölkerung werden Jahrgang für Jahrgang⁷ auf die Frauen der fünfzehn Kreise und kreisfreien Städte übertragen. Jede dieser Kreispopulationen erbringt damit eine Kinderschar, die zu erwarten wäre, wenn die Fruchtbarkeit des Landes auch in den Kreisen herrschen würde. Man nennt die sich so ergebenden Geburtenzahlen daher auch „erwartete Geburten“.

7) Aus technischen Gründen wurden meist Fünfjahresgruppen zugrundegelegt; Kreisbevölkerung vom Jahresende 1978

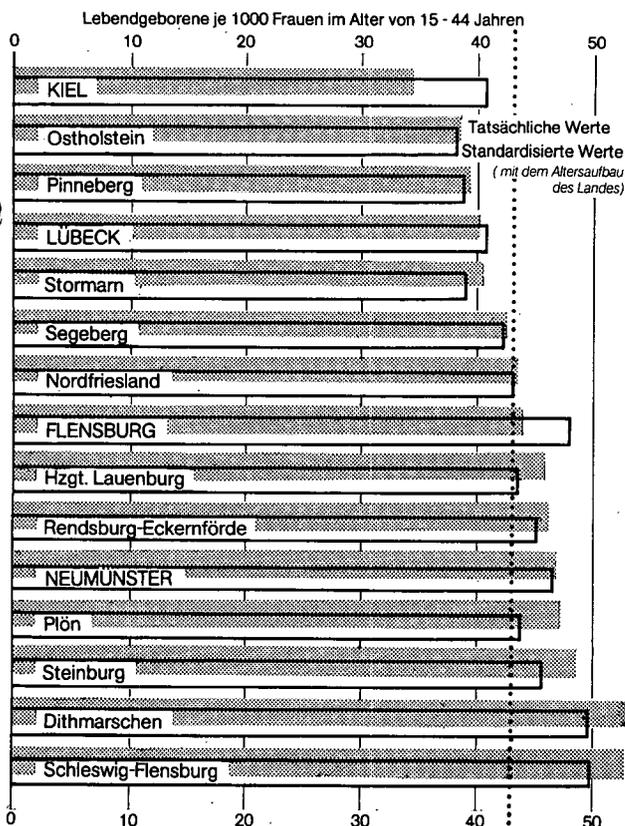
Als nächstes werden die tatsächlichen Geburten jedes Kreises zu den erwarteten Geburten in Beziehung gesetzt. Ist der sich ergebende Index gleich 1, dann ist das Fruchtbarkeitsniveau im jeweiligen Kreis und im Land gleich. Die auf die Standardbevölkerung zu beziehende allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises ist dann gleich der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate des Landes. Über diesen Umweg gelingt es, den Altersaufbau der Standardbevölkerung in die Kreisbevölkerung zu transponieren.

Ist der Index größer als 1, zum Beispiel gleich 2, die tatsächliche Geburtenzahl eines Kreises also größer als die erwartete, dann ist das Fruchtbarkeitsniveau im Kreis höher als in der Standardbevölkerung, im Beispiel also zweimal so hoch. Die für die Standardbevölkerung Land berechnete allgemeine Fruchtbarkeitsrate ergibt nach Multiplikation mit 2 die vergleichbare allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises.

Ist der Index kleiner als 1, dann ist das Fruchtbarkeitsniveau des Kreises kleiner als im Land. Die auf die Standardbevölkerung Land zu beziehende allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises ist dann um das Indexverhältnis kleiner als die Rate des Landes.

In der Grafik sind neben den tatsächlichen Fruchtbarkeitsraten aller fünfzehn Kreise und kreisfreien Städte die allgemeinen Fruchtbarkeitsraten eingezeichnet, die sich nach indirekter Standardisierung ergeben. Größere Abweichungen finden sich für die Städte Kiel und Flensburg sowie die Kreise Plön, Steinburg, Dithmarschen und Schleswig-Flensburg. Die tatsächlichen allgemeinen Fruchtbarkeitsraten Kiels und Flensburgs 1978 sind durch einen für die Fortpflanzung günstigen Altersaufbau bestimmt. Die Werte sinken durch die Standardisierung mit der Landesbevölkerung erheblich ab. Die Fruchtbarkeit der Kieler und der Flensburger Frauen ist also schlechter zu beurteilen, als es die tatsächliche allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Jahres 1978 nahelegt. Kiel rangiert mit seiner Fruchtbarkeit nach Standardisierung an letzter Stelle aller fünfzehn Kreise und kreisfreien Städte. Hierin kommt u. a. zum Tragen, daß Kiel, wie Flensburg, Sitz einer Hochschule ist. An der Spitze stehen die Kreise Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Steinburg. Diese drei Kreise besitzen, gemessen am Altersaufbau der fortpflanzungsfähigen weiblichen Landesbevölkerung, einen ungünstigen Altersaufbau. Die vergleichbarer gemachten allgemeinen Fruchtbarkeitsraten liegen daher über den tatsächlichen. Die parallel dazu durchgeführte direkte Standardisierung brachte gleiche oder fast gleiche Ergebnisse und lediglich für Kiel mit 35,7 statt 34,6 eine erwähnenswerte Differenz der Fruchtbarkeitsraten.

D 5084 Bild 6
Tatsächliche und standardisierte allgemeine Fruchtbarkeitsraten der Kreise 1978



Eine interessante Variante dieser Untersuchung findet sich bei dem Verfahren, das die räumliche Differenzierung des Geburtenniveaus durch einen sogenannten Regionalfaktor sichtbar macht, der in einen den Altersaufbau abdeckenden Strukturfaktor und einen Fruchtbarkeitsfaktor zerlegt wird, die multiplikativ miteinander verknüpft sind.

Die zugehörigen Formeln sollen hier nicht dargeboten werden. Sie sind leicht nachvollziehbar. Der interessierte Leser sei auf eine Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen verwiesen, auf die auch für diesen Aufsatz zurückgegriffen wurde⁸. Während in der zitierten Darstellung auf die rohe Geburtenrate abgestellt wird, sollen hier freilich weiterhin die allgemeinen Fruchtbarkeitsraten betrachtet werden.

8) Vgl. M. Limbacher „Regionale Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung“ in „Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen“, 30. Jahrgang, September 1978

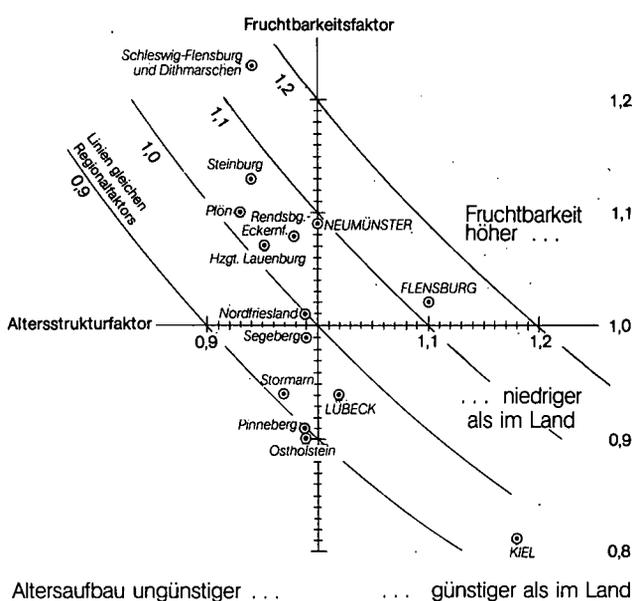
Ein Regionalfaktor 1 besagt in unserem Fall, daß die tatsächliche allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises genauso groß ist wie die allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Landes. Ist der Regionalfaktor kleiner, so ist die allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises kleiner, ist er größer als 1, liegt die allgemeine Fruchtbarkeitsrate des Kreises über der des Landes.

Die letzte Grafik zeigt ein rechtwinkliges Koordinatensystem mit isometrischen Linien. Auf der Abszisse ist der Wert des Altersstrukturfaktors bezeichnet, auf der Ordinate der des Fruchtbarkeitsfaktors. Die isometri-

D 5085

Bild 7

Regional-, Alters- und Fruchtbarkeitsfaktoren der Kreise 1978



schen Linien stellen den geometrischen Ort aller Punkte dar, in denen die Regionalfaktoren 0,9, 1,0, 1,1 und 1,2 durch Multiplikation der beiden anderen Faktoren realisiert werden.

Wo finden sich die Kreise wieder, die zuletzt namentlich erwähnt wurden? Schleswig-Flensburg und Dithmarschen waren die beiden Kreise mit der höchsten standardisierten allgemeinen Fruchtbarkeitsrate. Sie finden sich im zweiten Quadranten (oben links). Was anhand der vorigen Grafik gezeigt wurde, bestätigt sich hier: Die im gebärfähigen Alter stehenden Frauen der beiden Kreise Schleswig-Flensburg und Dithmarschen haben einen für die Fortpflanzung ungünstigeren Altersaufbau, als dem Landesdurchschnitt entspricht, aber eine weit höhere Fruchtbarkeit. Die allgemeine Fruchtbarkeitsrate ist rund 1,2mal höher als die des Landes.

Die Frauen Kiels haben einen für die Vermehrung günstigeren Altersaufbau als im Durchschnitt des Landes. Die Fruchtbarkeit ist jedoch erheblich niedriger. Beide Komponenten heben sich gegenseitig mehr oder weniger auf, woraus ein Regionalfaktor nahe 1 resultiert. Die Grafik zeigt, daß Nordfriesland und Segeberg zwei Kreise sind, in denen Altersstruktur und Fruchtbarkeit der 15- bis 44jährigen Frauen dem Landesdurchschnitt fast gleichwertig sind. Sie sind in der Nähe der Schnittstelle des Koordinatenkreuzes zu finden. Der Regionalfaktor Nordfrieslands lautet 1,00, der von Segeberg 0,99.

Gustav Thissen

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte A II 1.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979

Abriss der Entstehungsgeschichte

In den Gründungsverträgen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) und der Europäischen Atomgemeinschaft (1957) ist bereits festgelegt worden, daß in allen Mitgliedstaaten allgemeine unmittelbare Wahlen der Abgeordneten der Europäischen Versammlung nach einem einheitlichen Verfahren durchzuführen sind. Die für die Ausarbeitung der Entwürfe zur Vorbereitung einer Direktwahl zuständige Versammlung (das ist der Vorläufer des jetzigen Parlaments; seine Mitglieder wurden aus den Reihen der nationalen Parlamente ernannt) hat auch 1958 mit der Ausführung begonnen, den Entwurf 1960 verabschiedet und ihn an den Rat weitergeleitet¹. Der Rat (das sind im allgemeinen die jeweils zuständigen Ressortminister der Mitgliedstaaten, die ihre Regierungen unmittelbar vertreten) wurde jedoch nicht tätig. Er hätte einstimmig entsprechende Bestimmungen erlassen müssen. Die nationalen Interessen verhinderten letztlich einen einstimmigen Beschluß. Das führte so weit, daß die Versammlung den Rat 1969 aufforderte, der vertraglichen Verpflichtung nachzukommen, da sonst eine Organklage beim Europäischen Gerichtshof wegen Verletzung des EWG-Vertrages durch Untätigkeit eingeleitet würde. Das löste zwar verstärkte Bemühungen des Rates aus, eine Einigung herbeizuführen, die 1973 erfolgte Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft um Dänemark, Großbritannien und Irland brachte jedoch neue Probleme. Ende 1974 faßte der Rat eine Grundsatzentscheidung, in der festgelegt wurde, daß die entsprechenden Beschlüsse bis 1976 zu fassen seien, mit dem Ziel, 1978 die allgemeine direkte Wahl durchzuführen. Im September 1976 wurden dann auch tatsächlich der „Beschuß zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“ von den Außenministern der Mitgliedstaaten gefaßt und gleichzeitig allgemeine Durchführungsbestimmungen zur Wahl erlassen. Beide traten in der Bundesrepublik im August 1977 in Kraft².

1) Entwurf eines Abkommens betreffend die Wahl des EP in allgemeiner unmittelbarer Wahl, Amtsblatt der EG 834/60 vom 2. 6. 1960. Siehe auch: Wolfgang Schreiber/Hans Jörg Schröter: Die Wahl des Europäischen Parlaments in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1978

Der Rat war damit zwar seiner schon 25 Jahre bestehenden vertraglichen Verpflichtung nachgekommen, hatte die Forderungen jedoch nicht im vollen Umfang erfüllt. Es gab nämlich kein einheitliches Wahlverfahren für alle Mitgliedstaaten. Die erste Direktwahl wurde vielmehr nach nationalem Recht und innerstaatlichen Wahlmodalitäten abgewickelt. Ein einheitliches Wahlverfahren für alle Mitgliedstaaten auszuarbeiten, wird eine der Aufgaben des neuen Europäischen Parlaments sein. Um die Wahl überhaupt vollziehen zu können, mußten die einzelnen Mitgliedstaaten eigene Ausführungsbestimmungen erlassen. Der Beschluß und Einführungsakt des Rates konnte erst nach Abschluß dieser nationalen Ratifikationsverfahren in Kraft treten und der Wahltermin festgelegt werden. Da Großbritannien und Frankreich dieses Verfahren erst im Juni 1978 abschlossen, konnte die Wahl nicht mehr 1978 stattfinden. Die Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hatten daher im April 1978 festgelegt, daß die Wahlen vom 7. bis 10. Juni 1979 erfolgen. Für die Bundesrepublik Deutschland wurde, ebenso wie für Belgien, Frankreich und Luxemburg, der 10. Juni als Wahltag bestimmt. In Dänemark, Irland, den Niederlanden und Großbritannien sollte bereits am 7. Juni gewählt werden und in Italien sollte die Wahl am 9. Juni nachmittags beginnen und bis zum 10. Juni andauern.

Wahlrechtliche Grundlagen

Europäische Rahmenbestimmungen

Der schon zitierte Einführungsakt des Rates vom 20. September 1976 regelt für alle Unterzeichnerstaaten verbindlich die Einzelheiten der Wahl und ihrer Durchführung. Er sieht die Wahl von insgesamt 410 Abgeordneten vor anstelle der bisherigen 198 Mitglieder der Versammlung. In der Bundesrepublik sind 81 Abgeordnete zu wählen. Sie lösen die 36 durch den Bundestag delegierten Mitglieder ab. Die Abgeordneten sind zu einem einheitlichen Zeitpunkt von den Wahlberechtigten in den Mitgliedstaaten in allgemeiner und unmittelbarer Wahl für fünf Jahre zu wählen. Die Bun-

2) Gesetz zu dem Beschluß und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung, BGBl. II 1977, S. 733

desregierung hat in einem besonderen Anhang zum Einführungsakt erklärt, daß dieser auch im Land Berlin gilt. Wegen der besonderen Rechtsverhältnisse werden aber die drei aus dem Kontingent der Bundesrepublik auf Berlin entfallenden Abgeordneten vom dortigen Abgeordnetenhaus, also mittelbar, gewählt. Weiterhin enthält der Einführungsakt Bestimmungen über das parlamentarische Mandat (die Abgeordneten geben ihre Stimme einzeln ab und sind weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden), die Immunität, die Doppelmitgliedschaft im Europaparlament und einem nationalen Parlament, die Inkompatibilitäten (der Abgeordnete darf beispielsweise nicht gleichzeitig Mitglied einer Regierung oder der Kommission der EG sein), die Stimmenauszählung (die Ermittlung der Wahlergebnisse darf erst dann begonnen werden, wenn in allen Mitgliedsländern die Wahllokale geschlossen sind) und die Mandatsprüfung durch das Europäische Parlament. Der Einführungsakt enthält letztlich ein Minimum an gemeinsamen Regelungen, die sich aus dem westeuropäischen Demokratieverständnis und der Verfassungstradition der Mitgliedstaaten ergeben. Über das Wahlsystem wird keine Aussage gemacht. Den Mitgliedstaaten steht es also frei, ob sie die Wahl nach den Kriterien der Mehrheitswahl, der Verhältniswahl oder einer Mischform aus beiden durchführen. Großbritannien und Frankreich haben sich traditionsgemäß für die Mehrheitswahl und alle anderen Staaten für die Verhältniswahl entschieden. Die Ausarbeitung eines einheitlichen Wahlverfahrens ist, wie schon dargelegt, dem neuen Europäischen Parlament vorbehalten, das dann auch über die Zahl der Abgeordneten zu befinden haben wird. Die gegenwärtige Regelung kann nämlich besonders aus deutscher Sicht nicht als befriedigend angesehen werden da sie nicht die verhältnismäßige Bevölkerungszahl widerspiegelt. So vertritt ein deutscher Abgeordneter etwa 760 000 Einwohner und ein luxemburger etwa 60 000. Die Verhältnismäßigkeit wird allerdings nicht vollständig zu verwirklichen sein, da den kleineren Staaten eine Mindestzahl von Mandaten eingeräumt werden muß.

Deutsches Wahlrecht

Das „Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz — EuWG)“ vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709) regelt zusammen mit der Europawahlordnung vom 23. August 1978 (BGBl. I S. 1405) die Durchführung der Europawahl in der Bundesrepublik. Das Europawahlgesetz hatte wie der Einführungsakt nicht unerhebliche Geburtsschwierigkeiten. Ursprünglich hatten sich SPD und FDP für eine

reine Verhältniswahl nach Bundeslisten und CDU und CSU für eine Wahl nach Landeslisten und in 39 Wahlkreisen, entsprechend der personalisierten Verhältniswahl des Bundestagswahlrechts ausgesprochen. Da die Parteien bemüht waren, ein Wahlgesetz zu verabschieden, das in der Frage des Wahlsystems von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einvernehmlich getragen wird, mußte zwischen den zwei Vorschlägen ein Kompromiß gefunden werden. Nach monatelangen Beratungen kam ein Mischmodell heraus, das dann auch einstimmig vom Bundestag gebilligt wurde.

Wahlsystem

Abweichend von der Wahl zum Deutschen Bundestag, die nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl erfolgt, ist die Europawahl eine reine Verhältniswahl mit Listenvorschlägen. Es gibt keine Wahlkreise und folglich auch keine Wahlkreiskandidaten. Listenvorschläge können als gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) oder als Liste für ein Land (Landesliste) aufgestellt und eingereicht werden. Die Wahlvorschlagsberechtigten müssen sich für eine der beiden Listenformen entscheiden. Entschließen sie sich zur Einreichung von Landeslisten, so kann in jedem Bundesland nur eine Liste vorgelegt werden. Sie sind aber auch nicht gezwungen, in jedem Land eine Liste einzureichen. Die Landeslisten desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten bei der Sitzverteilung wie bei Bundestagswahlen als verbunden und im Verhältnis zu den Bundeslisten als eine Liste, es sei denn, der Vorschlagsberechtigte erklärt, daß eine oder mehrere Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Zur ersten europäischen Direktwahl hatten nur die CDU verbundene Landeslisten und die CSU eine Landesliste eingereicht. Alle übrigen Parteien und Vereinigungen stellten Bundeslisten auf.

Der Wähler kann sich wie bei der Abgabe der Zweitstimme bei Bundestagswahlen nur für die Liste einer Partei oder politischen Vereinigung insgesamt entscheiden; er kann sie nicht verändern. Er hat also nicht die Möglichkeit, den Kandidaten seiner Wahl direkt zu wählen, sondern ist an die starre Liste gebunden. Die Frage einer offenen Liste ist zwar aufgetaucht, aber schon aus praktischen Gründen verworfen worden. Der Stimmzettel wäre nämlich dann sehr lang geworden, weil sämtliche Kandidaten der einzelnen Listen hätten enthalten sein müssen. Jetzt sind es nur die ersten zehn Bewerber. Auch andere Systeme zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der Wähler sind zwar im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens diskutiert, aber nicht

realisiert worden³. So das Kumulieren, wobei der Wähler mehrere Stimmen hat, von denen er alle oder mehrere einem Bewerber geben kann oder das Panaschieren, das dem Wähler erlaubt, seine Stimmen auf mehrere Listen zu verteilen.

Wahlvorschlagsrecht

Die Wahlvorschläge können nur von politischen Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen eingereicht werden. Zu diesen Vereinigungen gehören sowohl Zusammenschlüsse zwischen deutschen und ausländischen Parteien als auch europäische Vereinigungen und Wählervereinigungen, die sich aus Anlaß der Europawahl bilden. Die Kandidatur eines Einzelbewerbers ist nicht möglich.

Abgesehen davon, daß bestimmte Formvorschriften zu beachten und feste Termine einzuhalten sind, müssen bei der Einreichung der Wahlvorschläge von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die nicht im Europaparlament, in dem Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, Unterstützungsunterschriften vorgelegt werden. Die Anzahl richtet sich nach der Zahl der Wahlberechtigten bei der letzten Bundestagswahl. Zur diesjährigen Europawahl waren in Schleswig-Holstein für eine Landesliste 1 864 Unterschriften erforderlich. Eine Bundesliste mußten mindestens 4 000 Wahlberechtigte im Bundesgebiet unterstützen. Die Landeslisten sind beim jeweiligen Landeswahlleiter und die Bundeslisten beim Bundeswahlleiter einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen den Namen der Partei und eine Kurzbezeichnung enthalten. Der Name und die Kurzbezeichnung des europäischen Zusammenschlusses können angefügt werden. Neben jedem Bewerber kann ein Ersatzbewerber aufgeführt werden. Dies ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht, die es bisher nur in Rheinland-Pfalz gibt. Im Falle des Ausscheidens des Erstbewerbers wird der Ersatzbewerber berufen und erst bei dessen Ausscheiden rückt der nächste Listenbewerber, der noch nicht für gewählt erklärt worden ist, als Kandidat nach. Ein Ersatzbewerber kann nicht mehrfach als solcher benannt werden. Dagegen ist es zulässig, einen Bewerber in zwei Landeslisten einer Partei aufzustellen. Damit soll den Bewerbern aus kleineren Ländern die Chance gegeben werden, in einem größeren Land gewählt zu werden. Kommt der Bewerber in beiden Ländern zum

Zuge, so gilt er auf der Landesliste als gewählt, auf der er besser placiert ist. Deshalb und weil auf dem Stimmzettel nur die ersten zehn Bewerber einer Liste aufgeführt werden, sind die Namen der Bewerber in erkennbarer Reihenfolge einzureichen.

Wahlberechtigung

Die Voraussetzungen für die Wahlberechtigung zur Europawahl sind im Prinzip die gleichen wie zur Bundestagswahl. Danach ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes wahlberechtigt, sofern er am Wahltage das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, mindestens drei Monate im Bundesgebiet wohnt und nicht vom Wahlrecht infolge Richterspruchs oder Entmündigung ausgeschlossen ist. Das Wahlrecht bleibt auch dann erhalten, wenn der Wohnsitz statt im Bundesgebiet in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft liegt. Durch diese Erweiterung wird dem europäischen Charakter der Wahl Rechnung getragen.

Die im Bundesgebiet lebenden Wahlberechtigten aus anderen Mitgliedstaaten sind nicht berechtigt, an der Wahl der deutschen Abgeordneten zum Europaparlament teilzunehmen. Sie können ihre Stimme in ihren Heimatländern abgeben, sofern dort diese Möglichkeit vorgesehen ist. In Luxemburg und Großbritannien ist dies nicht der Fall und in Irland nur dann, wenn der Wahlberechtigte sich dort am Tage der Wahl aufhält. Diese Länder kennen ebenso wie Italien nicht die Briefwahl. Für die Italiener sind deshalb in der Bundesrepublik besondere Wahllokale eingerichtet worden.

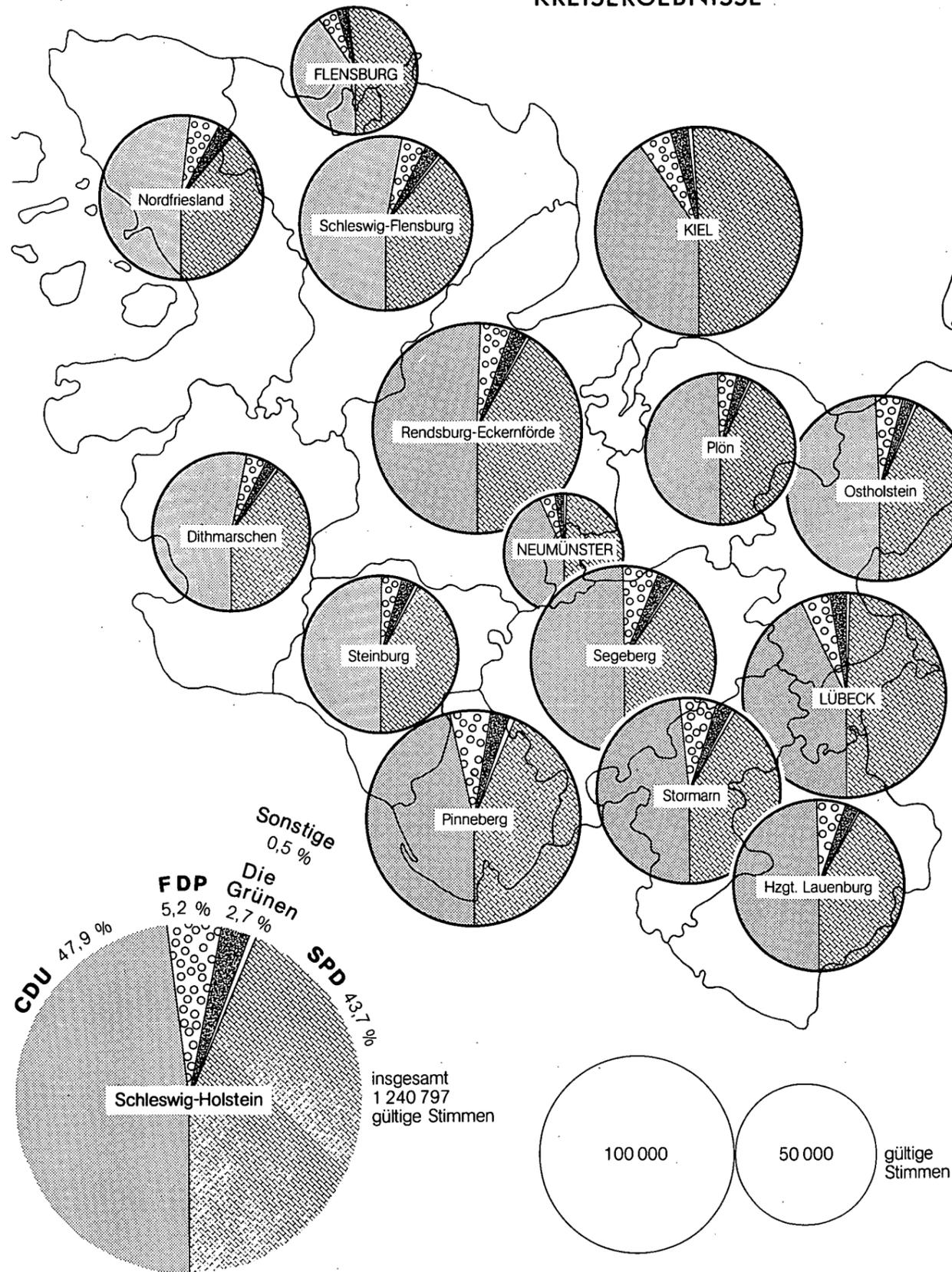
Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist. Man unterscheidet dabei zwischen einer Eintragung von Amts wegen und einer Eintragung auf Antrag. Die bei weitem meisten Wahlberechtigten werden von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen, und zwar alle jene, die am 35. Tag vor der Wahl bei einer Meldebehörde gemeldet sind. Eine Eintragung auf Antrag erfolgt beispielsweise für die Wahlberechtigten, die im europäischen Gebiet der übrigen Mitgliedstaaten wohnen, und zwar in der Gemeinde, wo sie zuletzt im Bundesgebiet gemeldet waren oder bei der Gemeindebehörde in Bonn, sofern sie noch nie im Bundesgebiet oder in Berlin gemeldet waren.

Die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht sind dieselben wie bei Bundestagswahlen. Wählbar ist danach jeder, der seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, das 18. Lebensjahr

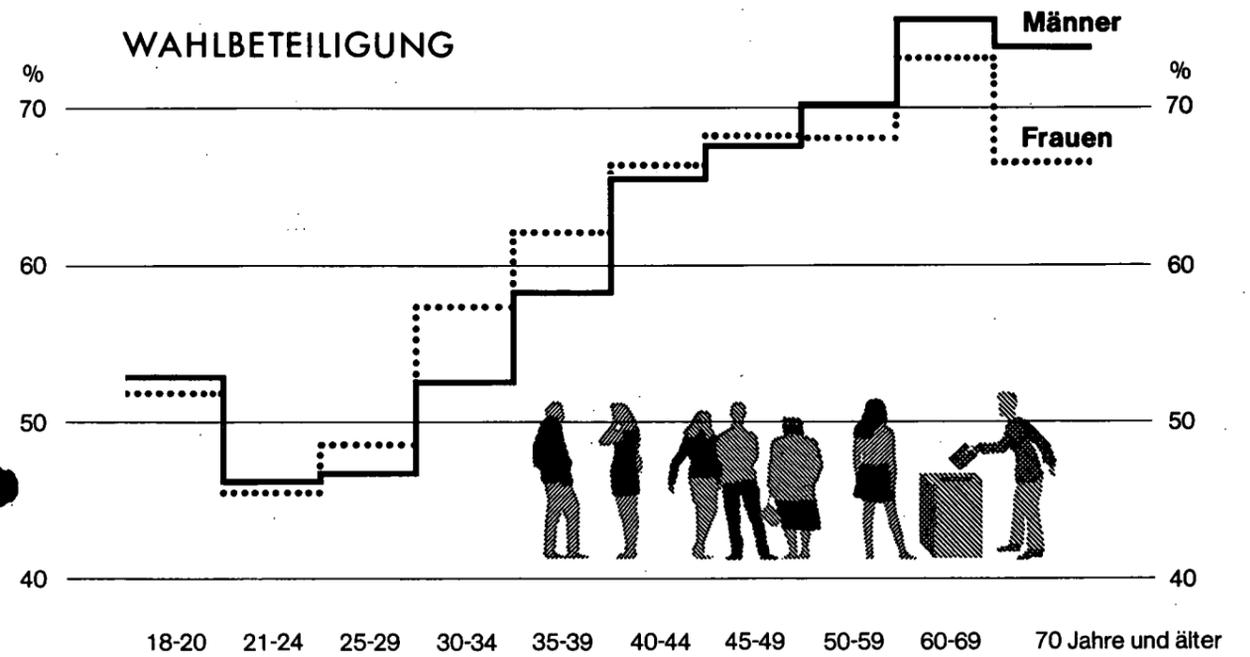
3) Schreiber/Schrötter a. a. O. S. 23

Europawahl am 10. Juni 1979 in Schleswig-Holstein

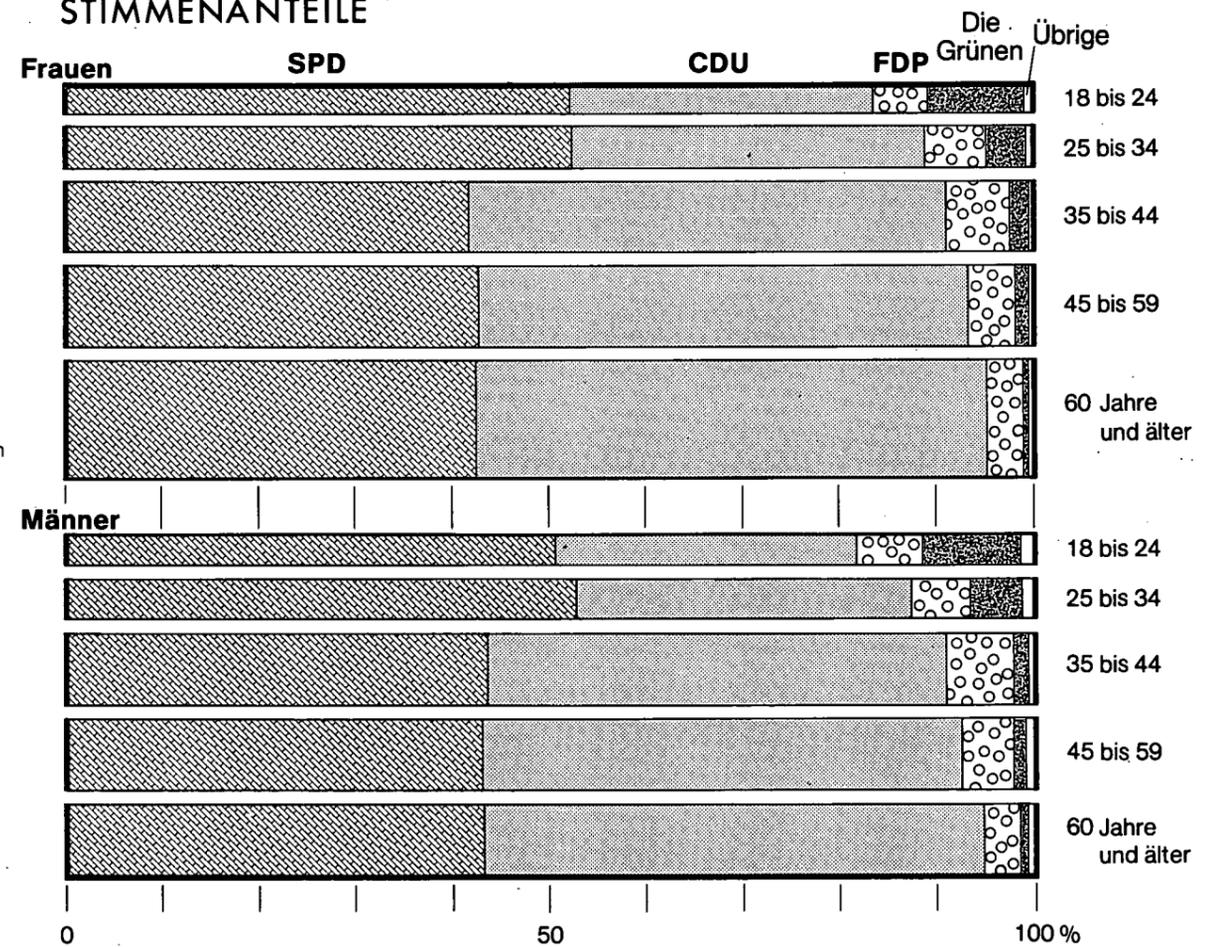
KREISERGEBNISSE



WAHLBETEILIGUNG



STIMMENANTEILE



Die Breite der Balken entspricht den Anteilen der Altersgruppen an den gültigen Stimmen

vollendet hat und nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist. Damit sind auch außerhalb der Bundesrepublik lebende Deutsche wählbar.

Sitzverteilung

Für den Wahlerfolg der Parteien und Vereinigungen ist die Gesamtzahl der gültigen Stimmen im Bundesgebiet maßgebend. Es ist dabei unerheblich, ob sie sich für eine Landesliste, eine verbundene Landesliste oder eine Bundesliste entschieden haben. Es werden also die für die einzelnen Listenwahlvorschläge insgesamt abgegebenen Stimmen auf Bundesebene zusammengezählt und ihr Verhältnis zueinander berechnet. Von dieser Berechnung werden wie bei Bundestagswahlen alle die Parteien ausgeschlossen, die nicht mindestens 5 % der gültigen Stimmen erhalten haben. Diese 5%-Sperrklausel, die einer Parteienzersplitterung vorbeugen soll, hat nur noch Frankreich in sein Europawahlgesetz aufgenommen. Für die anderen Parteien werden nach dem d'Hondtschen System der Verhältnisrechnung so viele Höchstzahlen errechnet und den Listen zugeteilt, wie Parlamentssitze zu vergeben sind. Bei Bundeslisten ist damit die Sitzverteilung bereits abgeschlossen. Bei Landeslisten muß dagegen eine weitere Verteilung ebenfalls nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren vorgenommen werden. Das folgende Beispiel soll dieses Verfahren verdeutlichen:

Im gesamten Wahlgebiet werden 100 000 gültige Stimmen abgegeben. Es kandidieren vier Parteien und es sind 10 Sitze zu verteilen. Auf die Partei A entfallen 41 600 Stimmen, auf die Partei B 33 800 Stimmen, auf die Partei C 24 000 Stimmen und auf die Partei D 600 Stimmen. Der Stimmenanteil der Partei D liegt unter 5 %. Sie nimmt also an der Sitzverteilung nicht teil. Die Berechnung nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ergibt folgendes Bild:

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	41 600	1	33 800	2	24 000	3
2	20 800	4	16 900	5	12 000	7
3	13 866	6	11 266	8	8 000	—
4	10 400	9	8 450	10	6 000	—
5	8 320	—	6 760	—	4 800	—

Die Parteien A und B erhalten danach jeweils 4 Sitze und die Partei C erhält 2 Sitze.

Die Partei A hat eine Bundesliste aufgestellt. Es sind also die ersten vier Kandidaten ihrer Liste gewählt. Die

Partei C hat nur eine Landesliste aufgestellt. In diesem Fall sind die ersten zwei Kandidaten der Landesliste in dem entsprechenden Land gewählt. Die Partei B hat in drei Ländern des Wahlgebietes, das aus vier Ländern besteht, Landeslisten aufgestellt, die verbunden sind. Bei der Verteilung der Sitze auf die drei angenommenen Länder ist die Zahl der gültigen Stimmen maßgebend, die die Partei B in dem jeweiligen Land erhalten hat. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Partei in einem Land die 5%-Grenze nicht übersprungen hat. Die Stimmenverteilung soll wie folgt aussehen:

Insgesamt	X	Land	
		Y	Z
33 800	10 002	19 998	3 800

Daraus ergibt sich nachstehende Berechnung:

Sitzverteilung für die Partei B:

Teiler	Land X		Land Y		Land Z	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	10 002	2	19 998	1	3 800	—
2	5 001	—	9 999	3	1 900	—
3	3 334	—	6 666	4	—	—

Von den vier Sitzen der Partei B entfallen also 3 auf das Land Y, einer auf das Land X und keiner auf das Land Z.

An diesem Beispiel kann auch gut gezeigt werden, welchen Vorteil die im Gesetz vorgesehene automatische Listenverbindung für die Partei B hat. Wäre sie in den drei Ländern getrennt aufgetreten, so wären diese Landeslisten bei der Sitzverteilung wie Bundeslisten behandelt worden und sie hätte einen Sitz weniger bekommen. Die dritte Höchstzahl im Lande Y ist nämlich niedriger als die fünfte der Partei A.

Ergebnisse für Schleswig-Holstein

Wahlberechtigte

Zur Europawahl am 10. Juni 1979 waren in Schleswig-Holstein 1,9 Millionen Personen wahlberechtigt. Gut eine Million oder 54 % davon sind Frauen und 870 000 oder entsprechend 46 % sind Männer. Die Frauen sind vor allem in den älteren Jahrgängen in der Überzahl, während es in den jüngeren Jahrgängen mehr Männer

als Frauen gibt. Dies führt jedoch nicht zu einem Ausgleich zwischen den Geschlechtern, weil die älteren Jahrgänge viel stärker besetzt sind. Die Hälfte der Wahlberechtigten ist über 44 Jahre alt, drei Zehntel zwischen 30 und 45 und ein Fünftel zwischen 18 und 30.

Ein Viertel der Wahlberechtigten wohnt in den vier kreisfreien Städten, in den kreisangehörigen Gemeinden ab 10 000 Einwohner sind gut drei Zehntel, in denen zwischen 1 000 und 10 000 Einwohner fast drei Zehntel und in denen unter 1 000 Einwohner gut 13 % registriert. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich bei den letzten Wahlen in Schleswig-Holstein kaum noch erhöht. Vergleicht man die Europawahl mit der Bundestagswahl 1976, so sind es 35 000 oder 1,9 % Personen mehr. Bemerkenswert ist allerdings, wenn auch nicht überraschend, daß die Zahl der Wahlberechtigten in den vier kreisfreien Städten zurückgeht (– 1,6 %) und in den kreisangehörigen Gemeinden steigt (+ 3,2 %).

Wähler

Die Beteiligung an der Wahl war, wie auch im übrigen Bundesgebiet, nicht sehr hoch. Nur 65,6 % der schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Das ist die niedrigste Quote von allen bisherigen Wahlen in Schleswig-Holstein. Zur Landtagswahl, sechs Wochen vorher, sind noch 83,3 % zur Wahl gegangen und zur Bundestagswahl 1976 gar 90,6 %.

Das von anderen Wahlen her bekannte Bild hat sich auch bei der Europawahl bestätigt: Die Einwohner in den Kreisen sind wahlfreudiger (66,6 %) als die in den kreisfreien Städten (62,5 %), und es stehen immer wieder dieselben Kreise in der Spitzengruppe und am Ende der Wahlbeteiligungsskala. Der Kreis Plön liegt mit 70,5 % auf dem ersten Platz und die Stadt Flensburg bildet mit 61,4 % das Schlußlicht. Dieses Ergebnis überrascht doch etwas, da man eigentlich wegen der andersartigen Wahl gewisse Verschiebungen erwarten konnte. Auch die Abhängigkeit von Gemeindegröße und Wahlbeteiligung ist unverändert: Von kleinen Unterbrechungen abgesehen, fällt die Wahlbeteiligung mit wachsender Gemeindegröße.

Die Wahlbeteiligung ging im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 in allen kreisfreien Städten und Kreisen deutlich zurück, und zwar in den kreisfreien Städten stärker (– 26,9 Punkte) als in den Kreisen (– 24,4 Punkte). In Neumünster war der Rückgang mit 27,3 Punkten am größten und in Plön mit 21,9 Punkten am geringsten. Im Landesdurchschnitt kam die Gruppe der Nichtwähler auf einen Zuwachs von 25 Prozent-

punkten. Sie ist damit noch deutlicher als sonst nach SPD und CDU die drittstärkste Gruppe im Lande.

Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl 1979

Altersgruppe	Frauen	Männer	Zusammen	
			Dagegen BTW 1976	
in %				
18 bis 20	51,9	52,9	52,4	82,1
21 " 24	45,6	46,3	46,0	81,8
25 " 29	48,6	46,7	47,6	85,9
30 " 34	57,3	52,6	54,8	89,0
35 " 39	62,0	58,3	60,1	91,7
40 " 44	66,3	65,6	65,9	91,5
45 " 49	68,2	67,7	67,9	93,2
50 " 59	68,1	70,3	69,1	93,8
60 " 69	73,2	75,7	74,1	93,8
70 und älter	66,5	74,0	69,2	88,7
Zusammen	63,4	62,4	62,9	90,1

Eine Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht zeigt, daß die Frauen etwas häufiger zur Wahl gingen als die Männer. Nach dem Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik gaben 63,4 % der Frauen und 62,4 % der Männer ihre Stimme ab. Die Frauen haben damit erstmals die Männer überholt. Trotzdem ist unter den Nichtwählern der Anteil der Frauen wegen ihres hohen Anteils an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten weiterhin höher als der der Männer (53 % zu 47 %).

Die jüngeren Wahlberechtigten zeigten wiederum das geringste Interesse an der Wahl. Von den 21- bis 29jährigen gingen weniger als die Hälfte zur Wahlurne und von den 18- bis 20jährigen etwas mehr als die Hälfte. Mit zunehmendem Alter zeigt sich ein wachsendes Interesse an der Wahl. Es ist mit fast 75 % bei den 60- bis 69jährigen am größten.

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung zusätzlich zum Alter nach dem Geschlecht, so stehen die 21- bis 24jährigen Frauen und die Männer der gleichen Altersgruppe am Ende der Wahlbeteiligungsskala. Hier ist der Anteil der Nichtwähler mehr als doppelt so groß wie bei den an der Spitze des jeweiligen Geschlechts stehenden 60- bis 69jährigen. Die höchste Wahlbeteiligung weisen die 60- bis 69jährigen Männer mit einer Quote von gut 75 % auf. Der Vergleich der beiden Geschlechter zeigt, daß die Beteiligung der Männer in den beiden untersten und in den drei obersten Gruppen höher ist als die der Frauen, während es in den fünf dazwischenliegenden umgekehrt ist.

Der Zusammenhang zwischen steigendem Alter und zunehmender Wahlbeteiligung kommt auch bei den Veränderungen gegenüber der Bundestagswahl 1976 zum Ausdruck. Die Abnahme ist in den Altersgruppen bis 39 Jahre überdurchschnittlich und ab 40 Jahre unterdurchschnittlich. Am größten ist der Rückgang bei den 25- bis 29jährigen und am geringsten bei den über 69jährigen.

Ungültige Stimmen

Es mußten nur 5 037 oder 0,4 % der abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden. Das ist der bisher niedrigste Anteil bei einer Wahl in Schleswig-Holstein. Er ist unter den beiden Geschlechtern und auch in den einzelnen Altersgruppen ziemlich gleich. Auch regional betrachtet treten keine signifikanten Unterschiede auf. Fast die Hälfte der ungültigen Stimmen war deshalb ungültig, weil der Stimmzettel leer oder durchgestrichen war. Bei diesen Wählern kann man unterstellen, daß sie sich der Stimme enthalten wollten und bewußt ungültig gewählt haben.

Stimmenverteilung

An der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament beteiligten sich folgende Parteien und sonstige politische Vereinigungen:

1. SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
2. CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
3. FDP Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
4. DKP Deutsche Kommunistische Partei
5. CBV Christliche Bayerische Volkspartei –
Liga der Volksparteien Europas (C.B.V.)
6. Zentrum Deutsche Zentrumspartei –
Aktion demokratische Gemeinde
7. Die Grünen
8. EAP Europäische Arbeiterpartei
im Verband der European Labor Party (ELP).

In dieser Reihenfolge erschienen sie auch auf dem Stimmzettel. Sie ergibt sich für die vier ersten Parteien aus ihrem Anteil bei der Bundestagswahl 1976 und für die anderen aus der alphabetischen Folge ihrer vollständigen Bezeichnung. Die CDU hatte eine Landesliste aufgestellt, und alle anderen Parteien traten mit einer Bundesliste an. Die CBV, die Grünen (in dieser Form) und die EAP stellten sich erstmals in Schleswig-Holstein zur Wahl.

Landesergebnis der Europawahl 1979

	Europawahl 1979		Bundestagswahl 1976 – Zweitstimmen –	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1 899 260	X	1 864 033	X
Wähler	1 245 834	65,6	1 687 951	90,6
Ungültige Stimmen	5 037	0,4	7 865	0,5
Gültige Stimmen	1 240 797	99,6	1 680 086	99,5
davon entfallen auf				
SPD	542 360	43,7	779 599	46,4
CDU	593 840	47,9	740 927	44,1
FDP	64 805	5,2	147 622	8,8
DKP	3 508	0,3	4 104	0,2
CBV	1 169	0,1	–	–
Zentrum	478	0,0	–	–
Die Grünen	33 689	2,7	–	–
EAP	948	0,1	–	–
AUD	–	–	1 088	0,1
AVP	–	–	241	0,0
KPD	–	–	833	0,0
KBW	–	–	1 325	0,1
NPD	–	–	4 347	0,3

Die CDU ging aus der Europawahl als stärkste Partei hervor. Sie erhielt 593 840 Stimmen und vereinigte einen Anteil von 47,9 % auf sich. Zweitstärkste Partei wurde die SPD, auf deren Bundesliste in Schleswig-Holstein 542 360 oder 43,7 % der gültigen Stimmen entfielen. Der FDP gaben 64 805 oder 5,2 % der Wähler ihre Stimme. Damit erhielten die drei im Bundestag vertretenen Parteien 96,8 % aller gültigen Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1976 hatten sie 99,2 % der Stimmen auf sich vereinigt. Die anderen fünf an der Europawahl beteiligten Parteien erhielten gemeinsam 3,2 % der gültigen Stimmen. Im einzelnen betrug die Anteile bei der DKP 0,3 %, bei CBV und EAP jeweils 0,1 % und beim Zentrum weniger als 0,1 %. Weitaus besser schnitten die erstmals bundesweit kandidierenden Grünen ab. Sie erhielten die Stimme von 33 689 Wählern und errangen 2,7 % aller gültigen Stimmen. An die Grünen gingen damit 85 % aller für die kleineren Parteien abgegebenen Stimmen und machten sie auf Anhieb zur stärksten Partei dieser Gruppierung.

Die SPD konnte ihr Zweitstimmenergebnis von der Bundestagswahl 1976 nicht halten. Sie verschlechterte sich um 2,7 Punkte und mußte der CDU den ersten Platz überlassen. Gegenüber der Landtagswahl 1979 verbesserte sie sich um 2 Punkte. In den kreisfreien Städten insgesamt sowie in Flensburg und Kiel errang die SPD die absolute Mehrheit. Ihre Stimmenanteile gingen jedoch in allen kreisfreien Städten gegenüber der Bundestagswahl zurück. Dadurch büßte sie in Lübeck und Neumünster die absolute Mehrheit ein, sie ist aber weiterhin die stärkste Partei. Der höchste

Stimmenanteil sprang für sie in Flensburg mit 51,6 % heraus.

Auch in allen Kreisen schnitt die SPD schlechter ab als 1976. Sie liegt in keinem Kreis vorn. Zur Bundestagswahl ist dies noch in Pinneberg, Plön und Rendsburg-Eckernförde der Fall gewesen. Sie blieb in den Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg unter einem Anteil von 40 %. Den größten Stimmenanteil erhielt sie im Kreis Pinneberg mit 43,6 %.

Kreisergebnisse der Europawahl 1979

KREISFREIE STADT Kreis	Stimmanteile von		
	SPD	CDU	FDP
	in %		
FLensburg	51,6	40,0	5,0
KIEL	51,0	40,7	4,7
LÜBECK	49,4	42,9	4,6
NEUMÜNSTER	49,6	43,6	4,2
Kreisfreie Städte zusammen	50,3	41,8	4,6
Dithmarschen	39,9	53,0	4,6
Hzgt. Lauenburg	42,0	49,7	5,4
Nordfriesland	38,9	51,3	6,2
Ostholstein	43,3	49,5	4,7
Pinneberg	43,6	46,6	6,1
Plön	43,1	49,3	4,3
Rendsburg-Eckernförde	41,8	50,3	4,9
Schleswig-Flensburg	39,2	52,9	4,9
Segeberg	40,3	49,7	6,6
Steinburg	42,0	50,2	4,3
Stormarn	41,5	48,3	6,7
Kreise zusammen	41,6	49,8	5,4
Schleswig-Holstein	43,7	47,9	5,2

Die CDU verbesserte sich im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 um 3,8 Punkte, blieb aber um 0,4 Punkte unter ihrem Landtagswahlergebnis. Obwohl die CDU in allen kreisfreien Städten besser abschnitt als 1976, gelang es ihr doch nicht, die SPD vom 1. Platz zu verdrängen. Anders sieht es in den Kreisen aus, hier nahm sie der SPD drei Kreise ab und liegt nun in allen Kreisen vorn. In fünf Kreisen stimmten mehr als die Hälfte der Wähler für sie. Am besten schnitt sie im Kreis Dithmarschen (53,0 %) und am schlechtesten in der kreisfreien Stadt Flensburg (40,0 %) ab.

Die Stimmenanteile der FDP gingen sowohl gegenüber der Bundestagswahl (– 3,6 Punkte) als auch gegenüber der Landtagswahl (– 0,5) zurück. Sie übersprang nur in einer kreisfreien Stadt – in Flensburg – die 5%-Grenze und blieb in sechs Kreisen darunter. Am

relativ besten schnitt sie in den Kreisen Segeberg (6,6 %) und Stormarn (6,7 %) ab. Dort hatte sie 1976 jeweils 11,0 % der Zweitstimmen erhalten.

Die DKP verbesserte sich sowohl gegenüber der Bundestagswahl als auch gegenüber der Landtagswahl um 0,1 Punkte. Sie ist die einzige Partei, die bei der Europawahl mehr Stimmen erhielt als bei der Landtagswahl. Sie kam aber in keiner kreisfreien Stadt und in keinem Kreis auch nur annähernd auf einen Anteil von 1 %. Im Kreis Pinneberg erhielt sie 0,5 % der gültigen Stimmen.

Die CBV, die EAP und das Zentrum konnten in keiner kreisfreien Stadt und in keinem Kreis mehr als 0,1 % der Stimmen für sich gewinnen. Anders sieht es bei den Grünen aus, die im Kreis Nordfriesland 3,2 % der gültigen Stimmen erzielten und in Kiel sowie in Pinneberg und Steinburg immerhin 3 % der Stimmen auf sich vereinigen.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik ist auch die Stimmabgabe der beiden Geschlechter in jeweils fünf Altersgruppen untersucht worden. Um das Wahlgeheimnis nicht zu gefährden, wurden die Briefwähler nicht in die Auswertung einbezogen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich daher nur auf die Urnenwähler.

Die Frauen und die älteren Jahrgänge gaben den Ausschlag dafür, daß die CDU als stärkste Partei aus der Europawahl hervorging. Die Frauen stimmten nämlich häufiger für die CDU (47,8 %) als für die SPD (44,4 %), und in den älteren Jahrgängen erhielt die CDU über die Hälfte der Stimmen. Demgegenüber sind die Stimmenanteile bei den Männern von CDU (45,6 %) und SPD (45,3 %) nahezu gleich, und in den jüngeren Jahrgängen erhielt die SPD über die Hälfte der Stimmen.

Der CDU-Anteil wächst sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit steigendem Alter. Er ist in allen Altersgruppen der Frauen höher als bei den Männern. Der Abstand ist aber nicht sehr groß. Die CDU erhielt von den Frauen ab 35 Jahre fast oder über die Hälfte der Stimmen, und bei den Männern treten diese Anteile ab 45 Jahre auf. Im großen und ganzen ergibt sich damit für die CDU ein ähnliches Bild wie bei der Landtagswahl 1979.

Bei der SPD ist eine gleichmäßige Veränderung der Stimmenanteile in Bezug auf das Alter nicht feststell-

**Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht
bei der Europawahl 1979**

Altersgruppe	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf			
	SPD	CDU	FDP	Die Grünen
Frauen				
18 bis 24	52,2	31,7	5,7	9,9
25 " 34	52,4	36,6	6,3	4,2
35 " 44	41,8	49,3	6,6	2,0
45 " 59	42,7	50,7	4,9	1,5
60 und älter	42,6	52,6	3,8	0,6
Zusammen	44,4	47,8	5,1	2,3
Männer				
18 bis 24	50,5	31,3	6,7	10,2
25 " 34	52,8	34,6	6,0	5,5
35 " 44	43,4	47,5	7,0	1,7
45 " 59	42,9	49,6	5,4	1,2
60 und älter	43,0	51,7	3,7	0,7
Zusammen	45,3	45,6	5,6	2,7
Frauen und Männer				
18 bis 24	51,3	31,5	6,2	10,0
25 " 34	52,6	35,6	6,2	4,8
35 " 44	42,6	48,4	6,8	1,9
45 " 59	42,8	50,2	5,1	1,4
60 und älter	42,8	52,2	3,8	0,7
Insgesamt	44,8	46,8	5,3	2,5

bar. Hier treten vielmehr zwei Altersgruppenblöcke auf, in denen die Stimmenanteile fast gleich sind. Das sind einmal die 18- bis 34jährigen, von denen die SPD über die Hälfte der Stimmen erhielt, und zum anderen die Wähler ab 35 Jahre, von denen die SPD gut vier Zehntel der Stimmen bekam. Bis auf die jüngste Altersgruppe waren die Stimmenanteile der Männer, wenn auch meist geringfügig, höher als die der Frauen. Am besten schnitt die SPD bei den 25- bis 34jährigen Männern (52,8 %) und den gleichaltrigen Frauen (52,4 %) ab, und am schlechtesten bei den 35- bis 44jährigen Frauen (41,8 %). Der schon bei der Bundestagswahl 1976 aufgetretene Wechsel, daß nicht mehr die ältesten Frauen am wenigsten die SPD wählen, hat sich damit fortgesetzt.

Die FDP wird zwar nach wie vor häufiger von Männern (5,6 %) gewählt als von Frauen (5,1 %), die Unterschiede sind aber unbedeutend. Auch in der Altersstruktur der FDP-Stimmen gibt es bis auf die ältesten Wähler keine starken Unterschiede. Nur soviel läßt sich sagen, daß die Stimmenanteile der FDP sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern in den Altersgruppen bis einschließlich 44 Jahre überdurchschnittlich sind und in der Altersgruppe ab 60 Jahre deutlich abfallen.

Die Grünen haben ihre Wählerschaft vor allem in der jüngsten Altersgruppe. Von den 18- bis 24jährigen bekamen sie ein Zehntel der Stimmen und von den 25- bis 34jährigen fast ein Zwanzigstel.

Auch wenn die Europawahl nicht ohne weiteres mit der Bundestagswahl verglichen werden kann, so ist doch festzuhalten, daß das bessere Abschneiden der CDU vor allem auf die Frauen zurückzuführen ist und das schlechtere Abschneiden der SPD auf die Frauen und die jüngeren Jahrgänge.

Briefwähler

Auch bei der Europawahl gab es die Möglichkeit, die Stimme mittels Briefwahl abzugeben. In Schleswig-Holstein machten fast 130 000 oder 10,4 % aller Wähler davon Gebrauch. Die SPD erhielt 35,6 % der Briefwahlstimmen, die CDU 54,0 %, die FDP 5,8 % und die Grünen kamen auf 4,0 %.

Damit bestätigt sich erneut, daß die Struktur dieser Wähler eine andere ist, als die der Gesamtwählerschaft. Die folgende Übersicht zeigt die Abweichungen:

	Urnenwähler	Briefwähler	Insgesamt
	Stimmenanteile in %		
SPD	44,7	35,6	43,7
CDU	47,1	54,0	47,9
FDP	5,2	5,8	5,2
Grüne	2,6	4,0	2,7

Die SPD erzielte bei den Briefwählern ein um 9,1 Punkte schlechteres Ergebnis als bei den Urnenwählern, und ihr Gesamtergebnis liegt dadurch um einen Punkt unter dem Urnenwahlergebnis. Die CDU erhielt von den Briefwählern einen um 6,9 Punkte höheren Anteil als von den Urnenwählern, und ihr Gesamtergebnis verbesserte sich dadurch um 0,8 Punkte. Bei der FDP wirkte sich der höhere Briefwahlanteil wegen der geringen Anzahl nicht aus und bei den Grünen brachte er immerhin ein Plus von 0,1 Punkten. Die deutlichen Abweichungen bei SPD und CDU dürften darauf zurückzuführen sein, daß die älteren Jahrgänge viel häufiger von der Briefwahl Gebrauch machen als die jüngeren. Die älteren Jahrgänge bevorzugen bekanntlich sehr stark die CDU.

Ergebnisse für das Bundesgebiet

Von den 42,8 Millionen Wahlberechtigten im Bundesgebiet (ohne Berlin) gingen 28,1 Millionen oder 65,7 %

zur Wahl. Die schleswig-holsteinische Wahlbeteiligung lag also nur geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt. Deutlich überdurchschnittlich war sie im Saarland (81,1 %) und in Rheinland-Pfalz (78,1 %), während Bayern (58,9 %) und Baden-Württemberg (59,2 %) die niedrigsten Quoten aufweisen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz dürften die am gleichen Tage durchgeführten Kommunalwahlen die Höhe der Beteiligung positiv beeinflusst haben. Die hohe Wahlbeteiligung hat, wie noch zu zeigen sein wird, mit einiger Wahrscheinlichkeit Auswirkungen auf die Sitzverteilung der CDU-Landeslisten im Saarland und in Schleswig-Holstein gehabt.

Faßt man die Stimmenanteile von CDU (39,1%) und CSU (10,1%) zusammen, so gingen sie aus der Europawahl mit 49,2 % als stärkste Gruppierung hervor. Auf die SPD entfielen 40,8 % der gültigen Stimmen und auf die FDP 6,0 %. Die sonstigen Parteien kamen auf 4,0 %, wobei die Grünen mit 3,2 % den weitaus größten Anteil stellen. Gegenüber der Bundestagswahl 1976 konnten sich CDU und CSU zusammen um 0,6 Punkte verbessern, SPD und FDP verschlechterten sich um 1,8 und 1,9 Punkte.

Bundesergebnis der Europawahl 1979

Land	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf				
		SPD	CDU/CSU	FDP	Sonstige	darunter Die Grünen
in %						
Schleswig-Holstein	65,6	43,7	47,9	5,2	3,2	2,7
Hamburg	66,4	52,5	36,9	6,3	4,7	3,5
Niedersachsen	70,0	44,7	45,8	5,3	4,1	3,6
Bremen	66,3	53,0	32,7	8,3	6,1	4,7
Nordrhein-Westfalen	67,4	44,6	45,8	5,8	3,9	3,0
Hessen	66,5	45,4	44,8	6,2	3,7	2,8
Rheinland-Pfalz	78,1	41,1	49,2	6,4	3,3	2,4
Baden-Württemberg	59,2	34,3	52,3	8,1	5,4	4,5
Bayern	58,9	29,2	62,5	4,7	3,7	2,9
Saarland	81,1	44,0	46,4	5,8	4,0	2,4
Bundesgebiet (ohne Berlin)	65,7	40,8	49,2	6,0	4,0	3,2

Das schleswig-holsteinische SPD-Ergebnis lag um 2,9 Punkte über dem Bundesergebnis. Am besten schnitt die SPD in Bremen (53,0 %) und Hamburg (52,5 %) ab und am schlechtesten in Baden-Württemberg (34,3 %) und Bayern (29,2 %). Neben den beiden Stadtstaaten stellt die SPD noch in Hessen die stärkste Partei.

Die schleswig-holsteinische CDU verfehlte das gemeinsame Bundesergebnis von CDU und CSU um 1,3 Punkte. Die größte Resonanz fand die Union in Süddeutschland. In Bayern errang die CSU-Landesliste 62,5 % und in Baden-Württemberg die CDU-Landesliste 52,3 %. Unter den Flächenländern schnitt die CDU am schlechtesten in Hessen mit 44,8 % ab.

Die FDP verzeichnete nach Bayern, wo sie unter der 5%-Grenze blieb (4,7 %), die geringsten Anteile in Schleswig-Holstein. In Bremen (8,3 %) und Baden-Württemberg (8,1 %) kam sie auf die größten Anteile. Anders als zur Bundestagswahl erreichte sie in keinem Land 10 % oder gar mehr der Stimmen.

Die Grünen fanden in Schleswig-Holstein nicht soviel Anklang wie im Bundesdurchschnitt, sie blieben um einen halben Punkt unter diesem Ergebnis. In Rheinland-Pfalz und im Saarland schnitten sie aber noch schlechter ab. Demgegenüber verfehlten sie in Bremen (4,7 %) nur knapp die 5%-Grenze.

Sitzverteilung

Von den 78 direkt gewählten deutschen Bewerbern gehören 34 der SPD, 32 der CDU, acht der CSU und vier der FDP an. Außerdem waren drei Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus mittelbar zu wählen. Von diesen stellt die SPD einen und die CDU zwei. Insgesamt ist also die Bundesrepublik durch 42 CDU/CSU-, 35 SPD- und vier FDP-Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten.

Eine Aufteilung der Abgeordneten auf die Länder ist nur bei der CDU und CSU möglich, da alle anderen Parteien Bundeslisten aufgestellt haben. Ein gewählter Bewerber der SPD hat allerdings seinen Wohnsitz in Schleswig-Holstein.

Für die Landeslisten der CDU ergibt sich folgende Verteilung:

<i>Schleswig-Holstein</i>	1
<i>Hamburg</i>	1
<i>Niedersachsen</i>	5
<i>Bremen</i>	-
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	12
<i>Hessen</i>	3
<i>Rheinland-Pfalz</i>	3
<i>Baden-Württemberg</i>	6
<i>Saarland</i>	1
<i>Insgesamt</i>	32

Auf die schleswig-holsteinische Landesliste der CDU entfiel also ein Sitz. Wären für die CDU 33 Sitze zu verteilen gewesen, so wäre dieser Sitz an Schleswig-Holstein gefallen. Aber auch bei der gegebenen Gesamtsitzzahl hat die schleswig-holsteinische CDU den 2. Sitz nur knapp verfehlt. Im Saarland wurden 299 763 Stimmen für die CDU abgegeben und die 2. Teilungszahl in Schleswig-Holstein lautet 296 920. Wäre die Wahlbeteiligung im Saarland nicht so überdurchschnittlich hoch gewesen, so hätte die CDU dort mit einiger Wahrscheinlichkeit keinen Sitz bekommen und in Schleswig-Holstein zwei.

Berechnet man die durchschnittliche Zahl der Stimmen je Abgeordneten, so zeigt sich, wie ungleichgewichtig die Sitzverteilung für die einwohnermäßig kleinen Länder bei einer so kleinen Zahl von zu verteilenden Sitzen ist. Die CDU benötigte im Durchschnitt 340 096 Stimmen für einen Abgeordneten, in Schleswig-Holstein aber 593 840 und im Saarland nur 299 763.

Walter Dahms

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte B VII 5. Vergleiche auch Beiträge in *Wirtschaft und Statistik* 1979, Hefte 6 (S. 389), 8 (S. 555), 9 (S. 645) und 10 (S. 733).

Die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

Mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland wird für den privaten Konsum verwendet. Der Anteil hat sich seit 1960 (56,7 %), abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, nur wenig verändert (1978: 55,0 %). Diese Endverwendung der produzierten Güter und Dienste ist für die Wirtschaftstätigkeit von entscheidender Bedeutung, wie auch die Bemühungen zur Stützung der Konjunktur im Rahmen der Steuer- und Ausgabenpolitik in den zurückliegenden Jahren für jedermann sichtbar gezeigt haben. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Struktur der nachgefragten Güter ist bedeutsam. Diese Güterzusammensetzung fällt umso differenzierter aus, je weiter sich Wohlstand in der Gesellschaft verbreitet und je größer die Möglichkeiten werden, die dem Verbraucher durch hohe Einkommen und vielfältige Finanzierungsangebote zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf den Einfluß, den die einzelnen Bestimmungsgrößen des Volkseinkommens auf den kurzfristigen Wirtschaftsablauf nehmen, erweist sich die hergebrachte Zweiteilung in Konsum- und Investitionsgüter als unzureichend. „Wir dürfen nicht mehr davon ausgehen, daß es die Investitionen sind, die im Konjunkturverlauf heftig schwanken, während die Konsumnachfrage das stabile Element ist“¹. Im Gegensatz zur Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs erweist

sich der Erwerb von langlebigen Gebrauchsgütern² durch die privaten Haushalte als sehr flexibel. In der Reaktionsweise ist die Gebrauchsgüternachfrage durchaus vergleichbar mit der Unternehmernachfrage nach Kapitalgütern.

In einer Wirtschaft, in der die Gebrauchsgüterindustrie großes Gewicht hat, dient ein erheblicher Teil der industriellen Produktion direkt oder indirekt der Befriedigung der Konsumnachfrage, die wiederum einen wesentlichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen induziert. Daraus folgt, daß die Kaufentscheidungen der Verbraucher eine wichtige Säule wirtschaftlichen Wachstums sind.

Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich die Konsequenz, daß es nicht genügt, allein die Investitionen der Unternehmen zu beeinflussen und die effektive Gesamtnachfrage durch öffentliche Ausgaben zu stabilisieren, die zudem politisch nur in engen Grenzen durchsetzbar sind und häufig eine zu lange Anlaufzeit erfordern. Auch die „Investitionen“ der Verbraucher könnten erschwert oder begünstigt werden, beispielsweise durch Änderung der Kreditkonditionen, insbesondere der Konditionen für Konsumentenkredite. Eine solche Beeinflussung der Konsumnachfrage kann gleichzeitig

1) Bombach, G., über die Möglichkeiten wirtschaftlicher Voraussagen, *Kyklos*, Vol. 15 (1962), S. 57

2) Güter, die von privaten Haushalten gekauft werden und in der Regel eine wesentliche längere Nutzungsdauer als 1 Jahr sowie einen relativ hohen Anschaffungspreis haben. Nicht einbezogen wird der von privaten Haushalten erworbene Haus-, Möbel- und Grundbesitz

dazu beitragen, einen wesentlichen Teil der Investitionen zu stabilisieren.

Aus den langlebigen Gebrauchsgütern wird während ihrer Lebensdauer Nutzen je Zeiteinheit gezogen. Eine Erneuerung wird nötig, wenn keine Nutzung mehr möglich ist oder der Verbraucher mit der Leistungsfähigkeit — nicht nur der objektiv feststellbaren — unzufrieden ist. Technische Verbesserungen und Geschmacksänderungen können den Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung vorverlegen. Die Anschaffung dieser Güter wird längerfristig geplant und zumindest von Haushalten mit geringem oder mittlerem Einkommen aus Ersparnissen und Krediten finanziert.

Nach neuerer Konsumtheorie hat das erreichte Versorgungsniveau auf die Kaufentscheidung einen erheblich stärkeren Einfluß als die Höhe und Zusammensetzung der laufenden Konsumausgaben³, so daß der Versorgungsgrad bei einzelnen ausgewählten Produkten wichtiger Indikator für die zu erwartende Nachfrage sein kann. Um ein aktuelles Bild über das Versorgungsniveau zu erhalten, wird die Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfragt.

Eine amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wurde 1978 zum vierten Mal durchgeführt (davor 1962, 1969, 1973). In Schleswig-Holstein waren bis zum Ende des Befragungszeitraums 2 307 private Haushalte in die Befragung einbezogen, im Bundesgebiet 54 544 Haushalte. Dabei mußte der Auswahlatz der berichtenden Haushalte klein gehalten werden. Nach Gesetz durften höchstens 3 % der Haushalte erfaßt werden. Die dadurch bedingte geringe Stichprobenmasse beeinträchtigt besonders in kleinen Ländern die Aussagefähigkeit tieferer Aufgliederungen der Statistik. Die Stichprobe wurde nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, nach der Größe des Haushalts und nach dem Nettoeinkommen geschichtet. Es wurde versucht, Verzerrungen der Ergebnisse infolge ungleicher Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Erhebung mittels eines schichtenspezifischen Hochrechnungsrahmens aus dem Mikrozensus 1977 auszuschalten.

Die tatsächliche Entwicklung des Ausstattungsniveaus kann mit den Ergebnissen der EVS allerdings nur sehr grob dargestellt werden. Komponenten, die von der

technischen Entwicklung der Güter oder von der Mode abhängig sind, entziehen sich der Erfassung. Ein langfristiger Vergleich des Ausstattungsniveaus läßt deshalb einen direkten Schluß auf den damit verbundenen Nutzen nur bedingt zu. Vielfach wird der Gebrauchswert der 1978 vorhandenen Güter gegenüber früher erfaßten größer sein, zumal sich die Neigung zum Kauf neuer, technisch besserer Gebrauchsgüter mit steigendem Wohlstand im allgemeinen erhöht haben dürfte. Auch haben im Zuge von allgemeinen Einkommenssteigerungen neue Konsumentenschichten anspruchsvollere Bedürfnisse befriedigt.

Wandel der Haushaltsstruktur

Verglichen mit früheren Erhebungen hat es deutliche Wandlungen der Haushaltsstruktur gegeben. So ist der Anteil der Selbständigen seit 1962 ständig zurückgegangen, was aus der hohen Ausgangszahl der Selbständigen in der Nachkriegszeit und aus dem in den 60er Jahren einsetzenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft zu erklären ist. Nicht nur in der Industrie, sondern auch in Teilen des verarbeitenden Handwerks, des Baugewerbes und des Handels, insbesondere Einzelhandels, kann auch gegenwärtig der Strukturwandel noch keinesfalls als abgeschlossen gelten⁴. Auch in der Landwirtschaft war eine erhebliche Abnahme der Zahl der Betriebe, verbunden mit außerordentlichen Produktivitätssteigerungen, zu verzeichnen. Der Anteil der Arbeiter hat sich ständig verringert, bedingt durch die allgemeine Abnahme der Beschäftigtenzahl und in den letzten Jahren durch Strukturveränderungen zugunsten des Dienstleistungssektors und damit zugunsten der Zahl der Angestellten und Beamten. Die Zahl der Nichterwerbstätigen hat kontinuierlich zugenommen, worin sich der Anstieg des Anteils der älteren Menschen, bedingt durch die Altersstruktur im gesamten Bundesgebiet und der Ausbau der flexiblen Altersgrenze niederschlagen. Die wachsende Neigung, sich wohnlich frühzeitig zu verselbständigen, sowie der Geburtenrückgang hatten eine deutliche Verringerung der Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen zur Folge. Das frühere Ausscheiden aus dem elterlichen Haushalt führte natürlich auch zu einer Erhöhung des Anteils der Haushalte mit einer Person sowie — wenn das Alter des Haushaltsvorstandes betrachtet wird — zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der Haushaltsvorstände unter 25 Jahren.

3) Siebke, J., die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und ihr Einfluß auf den Wirtschaftsablauf, Bonn 1965, S. 23

4) Raumordnungsbericht 1977 der Landesregierung Schleswig-Holstein, S. 55

Private Haushalte¹ nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

	Landwirt	Selbstständiger ²	Beamter/ Angestellter	Arbeiter	Nicht- erwerbstätiger	Haushalte insgesamt (hochgerechnet)
	in Prozent					in 1 000
in Schleswig-Holstein	2,9	6,5	27,6	23,0	40,0	944
im Bundesgebiet	2,3	6,2	27,2	24,3	40,0	22 053

1) ohne Haushalte von Ausländern, ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 20 000,- DM

2) Gewerbetreibende, Freiberufliche, ohne Landwirte

Die auf Basis des Ein-Prozent-Mikrozensus hochgerechneten Werte für die privaten Haushalte zeigen, daß im Flächenland Schleswig-Holstein die Anteile der in die Stichprobe einbezogenen Landwirte, Selbständigen, Beamten und Angestellten leicht über den entsprechenden Werten für das Bundesgebiet liegen, während die Arbeiterquote deutlich geringer ist. In dieser Sozialstruktur kommt zum Ausdruck, daß in Schleswig-Holstein das Gewicht des industriellen Sektors geringer ist als im Bundesgebiet, was nicht nur einen vergleichsweise geringen Arbeiteranteil bedingt, sondern auch aufgrund schwächeren Sogs in abhängige Beschäftigungsverhältnisse einen relativ höheren Selbständigenanteil. Der etwas über dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil von Beamten und Angestellten könnte aus der Bedeutung Schleswig-Holsteins für die Landesverteidigung resultieren. Die Landwirtschaft ist nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor des Landes.

Dieser Wandel der Haushaltsstruktur unterstreicht die Bedeutung periodisch zu wiederholender Querschnittsanalysen.

Hoher Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern

Die Tabelle zeigt die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, gliedert nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes. Daraus geht hervor, daß 1978 fast alle Haushalte unabhängig von der sozialen Stellung über einen Staubsauger, eine Kühleinrichtung und ein Fernsehgerät verfügten; faßt man die verschiedenen Rundfunkgeräte zusammen, so kann dies auch für diese Gütergruppe festgestellt werden.

Die genannten Güter haben gegenüber der vorherigen Erhebung nur noch relativ geringe Zuwachsraten aufzuweisen, da der Sättigungsgrad schon 1973 an-

nähernd erreicht war. Auffallend stark ist die Ausstattungssteigerung bei Gütern, die einen gewissen Luxus dokumentieren, wie beispielsweise Farbfernsehergeräte, Plattenspieler und Tonbandgeräte sowie anspruchsvolle Fotogeräte, aber auch Gefriereinrichtungen, vollautomatische Waschmaschinen und Geschirrspüler. Beachtlich ist auch die Zunahme der Fernsprechteilnehmer und der Pkw-Besitzer, insbesondere der von Neuwagen (Ersterwerb).

Bei den meisten Gebrauchsgütern zeigt sich, daß die Haushalte mit nichterwerbstätigem Haushaltsvorstand hinter dem Versorgungsgrad der Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand zurückbleiben. Die Gründe hierfür liegen nicht nur darin, daß Haushalte von Nichterwerbstätigen ein niedrigeres Einkommen beziehen, sondern sie sind auch im Alter der Haushaltsmitglieder begründet — mit zunehmendem Alter sinkt im allgemeinen die Bereitschaft, ein neues oder technisch anspruchsvolleres Gerät anzuschaffen.

Die Ausstattung mit einigen markanten Gütern soll im folgenden eingehender kommentiert werden, wobei nicht übersehen werden darf, daß sich immer mehrere Bestimmungsgründe überlagern.

Ausweitung der Motorisierung

Gut 60 % der Haushalte in Schleswig-Holstein verfügten über mindestens einen Personenkraftwagen. Damit hat gegenüber 1973 der Ausstattungsgrad um 12 % zugenommen. In mehr als der Hälfte der motorisierten Haushalte wurde ein neu gekauftes Auto gefahren. Werden nur die Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand betrachtet, dann sind zwischen drei Viertel und nahezu 100 % von ihnen mit einem Pkw ausgestattet. Der Versorgungsgrad von knapp 30 % bei den Nichterwerbstätigen dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß bei der EVS in

Ausstattung privater Haushalte¹ mit ausgewählten Gebrauchsgütern

Gebrauchsgut	Haushalte insgesamt	Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes					
		Landwirt	Selb- ständiger ²	Beamter/ Angestellter	Arbeiter	Nichterwerbs- tätiger	
		... % der Haushalte besaßen das Gebrauchsgut im Januar ...					
	1973	1978	1978	1978	1978	1978	1978
Gebrauchsgüter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung							
Personenkraftwagen	54,5	61,1	(98,9)	80,4	86,6	75,4	29,5
neu	29,1	35,1	(47,2)	(58,0)	54,4	33,7	18,3
gebraucht		30,1	(58,6)	(30,7)	41,0	44,3	12,1
Motorrad, Moped, Motorfahrrad (Mofa)	5,8	9,0	/	/	(9,2)	(17,6)	(2,7)
Fahrrad	61,9	65,7	(97,3)	78,6	77,8	80,9	44,3
Telefon	57,2	78,3	(96,0)	92,2	87,0	66,5	75,7
Gebrauchsgüter für Bildung und Unterhaltung							
Phonokombination		5,1	/	/	/	(6,7)	(5,2)
Fernsehgerät ³	88,8	94,6	(94,8)	89,6	96,9	97,1	92,2
Farbfemseher	13,2	49,7	(39,1)	67,8	52,1	54,3	43,2
Schwarz-Weiß-Fernseher		62,2	(68,1)	(52,3)	67,0	67,2	57,0
Radioempfangsgerät		95,9	(97,3)	97,1	98,5	96,1	93,5
Rundfunkgerät ³	83,6	94,8	(97,3)	96,1	98,5	95,0	91,7
ohne Stereo-Kompakt-Anlagen		92,1	(95,7)	91,6	95,0	91,8	89,9
ohne Steuergerät		76,0	(86,1)	71,2	78,5	70,7	77,3
Stereogerät, einschließlich Lautsprecher		24,7	/	(31,1)	36,0	30,7	12,8
Radio-Recorder		27,3	(42,4)	(33,0)	34,5	36,4	15,0
Stereo-Kompakt-Anlage		18,7	/	(29,7)	26,8	24,4	8,5
nur mit Plattenspieler		10,0	/	/	(14,2)	(11,2)	(5,8)
nur mit Kassetten-Tonbandgerät		(1,6)	/	/	/	/	/
mit Plattenspieler							
und Kassetten-Tonbandgerät		7,7	/	(14,0)	(11,5)	(11,0)	(2,5)
Plattenspieler	47,5	60,8	(61,8)	77,0	77,8	64,5	44,3
ohne Stereo-Kompakt-Anlagen							
und Phonokombinationen		48,9	(55,4)	(58,4)	62,1	49,2	37,7
Tonbandgerät ⁴	26,4	49,0	(58,4)	(60,9)	64,8	63,6	27,2
Tonbandgerät, -maschine ⁵		20,8	/	(26,0)	32,2	27,0	(8,5)
Kassetten-Tonbandgerät		26,4	(41,2)	(34,0)	37,2	33,3	12,8
Fotoapparat	70,7	77,2	(91,2)	90,0	94,6	93,1	53,0
Schmalfilmkamera	6,9	14,1	/	(27,2)	23,0	18,0	(4,2)
Projektionsapparat für Dia	18,5	24,0	/	(35,9)	41,8	20,6	12,9
Schmalfilm	5,5	12,8	/	(23,3)	19,5	17,0	(4,5)
Wohnwagen	(1,8)	(3,6)	/	/	(5,7)	(4,8)	/
Motor-, Segelboot	(2,2)	(3,5)	/	/	/	/	/
Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung							
Kühleinrichtung	90,6	96,9	(97,8)	97,5	98,9	98,6	94,3
Kühlschrank		83,7	(92,1)	79,5	83,9	82,7	84,4
Kühl- und Gefrierkombination		15,9	/	(22,9)	19,5	19,4	11,0
Gefriereinrichtung	31,3	61,5	(93,4)	78,3	70,5	73,9	43,1
Gefrierschrank, -truhe		48,6	(88,4)	(62,2)	55,2	58,2	33,4
Waschmaschine		78,4	(96,3)	83,9	86,2	92,1	63,2
Vollautomat	47,9	62,6	(90,9)	72,2	71,6	73,4	47,0
ohne Schleuder(gang)	21,6	16,7	/	/	(15,3)	20,1	16,9
Elektrische Wäscheschleuder	45,9	41,1	/	(30,4)	36,0	44,4	45,8
Geschirrspülmaschine	6,9	17,9	(59,4)	(51,5)	30,7	(12,1)	(4,0)
Elektrisches Grillgerät	11,1	24,9	/	(27,1)	33,0	31,1	16,7
Elektrische Nähmaschine	36,4	46,9	(64,3)	(55,0)	58,2	52,7	33,4
Mechanische Nähmaschine	26,7	23,7	(33,3)	(15,2)	(15,3)	(19,4)	32,5
Elektrische Bügelmaschine	9,1	14,5	(25,1)	(27,2)	(16,5)	(16,5)	9,1
Staubsauger	94,3	97,7	(100,0)	98,7	98,9	98,3	96,4

1) ohne Haushalte von Ausländern, Haushalte in Anstalten, 1978 auch ohne 1-Personen-Haushalte, die über weiteren Wohnraum verfügen und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 20 000 und mehr DM (1973: 15 000 und mehr DM)

2) Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger 3) ohne Geräte in Phonokombinationen 4) ohne Kassetten-Tonbandgerät, jedoch mit Kassetten-Recorder in Stereo-Anlagen 5) ohne Stereo-Kompakt-Anlagen und Phonokombinationen

HINWEIS: Eine uneingeschränkte Veröffentlichung der Ergebnisse ist nur bei 100 und mehr erfaßten Haushalten vertretbar. Bei 25 bis unter 100 erfaßten Haushalten wurden die Werte deshalb geklammert (), bei unter 25 Haushalten sind Schrägstriche / eingesetzt.

Angaben für 1973 im Bundesgebiet siehe Fachserie M, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Heft 1, sowie Wirtschaft und Statistik 1974, Heft 7, S. 476; Vergleich der Bundesergebnisse 1962 und 1973 außerdem im Statistischen Jahrbuch Schleswig-Holstein 1977, S. 188.

dieser Gruppe der Anteil älterer Personen sehr hoch ist, die häufig aus physischen oder auch finanziellen Gründen auf die Anschaffung und Nutzung eines eigenen Pkw verzichten.

Die Höhe des verfügbaren Nettoeinkommens ist neben Altersstruktur und Haushaltsgröße immer noch der bedeutendste Bestimmungsfaktor für den Besitz eines Kraftfahrzeugs. Werden die befragten Haushalte nach ihrem monatlichen Nettoeinkommen aufgespalten — in der EVS 1978 wurde in zwölf Einkommensgruppen von unter 800 DM bis 20 000 DM gegliedert —, zeigt sich ein auffallend enger Zusammenhang der Kfz-Ausstattung mit der Höhe des Einkommens. Der unterschiedliche Versorgungsgrad bezogen auf den sozialen Status dürfte ebenfalls vernehmlich aus der Einkommenshöhe resultieren und weniger aus schichtenspezifischer Verhaltensweise — mit Ausnahme der Beamten, die, verglichen mit anderen Arbeitnehmern, bei gleichem Einkommen einen höheren Ausstattungsgrad aufweisen.

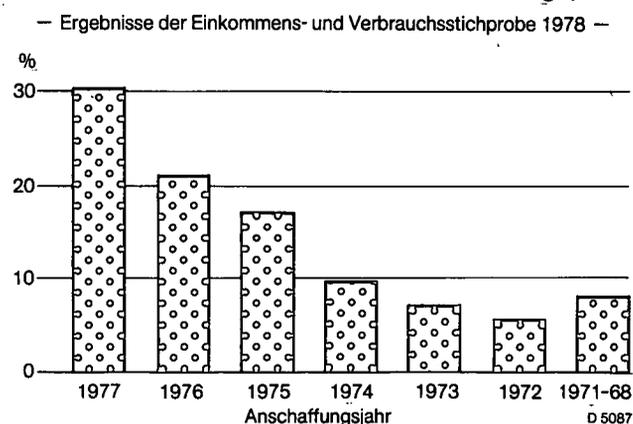
Diese These wird im Bereich der Selbständigen auch gestützt durch einen Vergleich der Werte für das Land und das Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein sind die Landwirte zu fast 99 % Besitzer mindestens eines Pkw gegenüber einem Wert für das Bundesgebiet von gut 89 %. Dieser höhere Ausstattungsgrad geht konform mit der im Vergleich zum Bundesgebiet aus der Betriebsgröße resultierenden höheren Produktivität und damit höheren Betriebseinkommen. Der entsprechende Ausstattungsgrad ist gegenüber 1973 nur um knapp 3 % gestiegen. Analoges gilt im umgekehrten Fall für den Bereich der übrigen Selbständigen, wo der Ausstattungsgrad im Lande (80,4 %) unter dem Bundesdurchschnitt (86,5 %) liegt. Bei den Arbeitnehmern zeigt sich keine so ausgeprägte Abweichung im Versorgungsgrad. Die Haushalte der Beamten und Angestellten sind in Schleswig-Holstein leicht überdurchschnittlich ausgestattet. Diese Gruppe hat — bezogen auf die Haushalte Erwerbstätiger — gegenüber 1973 am stärksten aufgeholt (+ 14,2 %). Hoch war auch der Zuwachs bei den Arbeitern (+ 13,9 %), die dennoch im erreichten Ausstattungsgrad etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Im Flächenland Schleswig-Holstein lassen die Wohn- und Arbeitsverhältnisse die Stadt-Umland-Wanderung im Hamburger Randgebiet und der fortbestehende Trend zu abhängiger Beschäftigung — insbesondere im Dienstleistungsbereich — einerseits einen tendenziell höheren, die Verdienstmöglichkeiten im Lande andererseits einen geringeren Ausstattungsgrad als im Bundesdurchschnitt erwarten. Der erstgenannte

Aspekt wird bestätigt, wenn Ausstattung und Größe der Wohngemeinde gegenübergestellt werden. Beide Werte sind deutlich negativ korreliert, in kleineren Gemeinden ist also der Ausstattungsgrad mit Pkw höher als in größeren.

Anhaltspunkte für Ersatzbedarf und technisches Niveau der in den Haushalten verfügbaren Güter kann das Anschaffungsjahr bieten. Die Anteile der in den einzelnen Jahren angeschafften Pkw zeigt das Bild⁵.

Pkw in privaten Haushalten nach dem Anschaffungsjahr



Zum Zeitpunkt des Grundinterviews waren über 50 % des in die Erhebung eingegangenen Pkw-Bestandes nicht älter als gut zwei Jahre. Diese Bestandsstruktur weicht von der für das gesamte Bundesgebiet ermittelten nur unwesentlich ab. Hierin schlägt sich sicherlich der Autoboom im Zeitraum 1975 bis 1977 nieder; eine gewisse Überhöhung dieser Werte resultiert jedoch auch daraus, daß bei Vorhandensein mehrerer gleicher Güter das zuletzt gekaufte Gut in die Erhebung einging.

In 86 % der befragten Haushalte war nur ein Pkw vorhanden. Gegenüber 1973 hat die Mehrfachausstattung in Schleswig-Holstein um annähernd 60 % zugenommen. In diesem Bereich kann wohl auch künftig mit deutlicher Zunahme gerechnet werden, trotz wahrscheinlicher Preiserhöhungen für Kraftstoffe und nicht gänzlich auszuschließender Kraftstoff-Verknappung.

Mit Motorrädern, Mopeds und Mofas sind weniger als ein Zehntel der Haushalte in Schleswig-Holstein ausgestattet.

5) Auf eine entsprechende Darstellung für weitere Güter muß wegen zu schwacher Besetzung verzichtet werden

Nivellierung bei Telefonanschlüssen

Obwohl im Jahre 1973 mit 57,2 % der Haushalte schon ein relativ hoher Ausstattungsgrad mit Telefonen erreicht war, wurden im Zeitraum bis 1978 37 % zusätzliche Anschlüsse verlegt; die Werbeanstrengungen der Bundespost waren also durchaus von Erfolg gekrönt. Während bei Landwirten und Selbständigen nur geringfügige Veränderungen, bedingt durch den schon 1973 erreichten hohen Ausstattungsgrad von 96 % und 90 % zu verzeichnen waren, haben die Haushalte von Arbeitern und Nichterwerbstätigen deutlich aufgeholt. Damit konnten im Jahre 1978 drei Viertel aller Nichterwerbstätigen-Haushalte und zwei Drittel der Arbeiter-Haushalte unmittelbar telefonisch erreicht werden. Der während der letzten fünf Jahre abgelaufene Nivellierungsprozeß in der gruppenspezifischen Ausstattung läßt darauf schließen, daß die unmittelbare Nutzung eines Telefons nicht mehr stark einkommensabhängig ist. Berufliche Notwendigkeit (insbesondere bei Landwirten und Selbständigen) und das Bedürfnis nach unkomplizierter Kommunikation lassen die zwar nicht hohe, aber dauerhafte finanzielle Belastung weniger ins Gewicht fallen.

Grundbedarf bei Fernsehgeräten gedeckt

Bei Fernsehgeräten insgesamt kann ein höherer Ausstattungsgrad kaum noch erwartet werden. Hier ist zu berücksichtigen, daß in einigen, wenn auch wenigen Haushalten bewußt auf die Anschaffung eines solchen Gerätes verzichtet wird. Grundlegend anders sind Ausstattungsgrad und Entwicklungschancen bei Farbfernsehgeräten zu beurteilen. Bei diesem Gebrauchsgut, das der Luxusklasse zuzurechnen ist, ist gegenüber der letzten EVS die Verbreitung fast viermal höher. Der Markt für dieses „neue Gut“ dürfte nur noch mäßig auszuweiten sein. Der Boom wird voraussichtlich in eine Konsolidierung einmünden, denn es ist anzunehmen, daß ein Teil der Haushalte mit dem einfacheren Schwarzweißgerät zufrieden sein wird.

Während die Ausstattung mit Fernsehgeräten insgesamt in den sozialen Schichten recht ausgeglichen ist — die Anteile lagen zwischen knapp 90 % und 97 % —, ist die Ausstattung mit Farbfernsehgeräten noch unterschiedlich. Von allen Haushalten, die über ein Fernsehgerät verfügten, konnten 53 % das Programm farbig empfangen, von den Selbständigen etwa drei Viertel, von den Landwirten dagegen nur gut 40 %.

Starke Ausweitung bei Freizeitgütern

Im Bereich der Gebrauchsgüter, die auf spezielle Interessen bei der Freizeitgestaltung schließen lassen (zum Beispiel Tonbandgeräte, Schmalfilmkameras, Projektionsapparate, Wohnwagen), hat es zum Teil erhebliche Zuwachsraten des Ausstattungsgrades gegeben, wobei jedoch gesehen werden muß, daß 1973 nur sehr wenige Haushalte über diese Güter verfügten. Neben einem ausreichenden Einkommen dürften die Ausweitung der Freizeit, Alter und Anzahl der Haushaltsmitglieder sowie ihr Bildungsstand ins Gewicht fallende Bestimmungsgründe für die Anschaffung solcher Güter sein. Sie wurden vor allem in den letzten Jahren erworben.

Einen Fotoapparat besaßen 1978 mehr als drei Viertel der Haushalte. Zu 90 % und mehr waren die Haushalte abhängig Beschäftigter und Selbständiger (ohne Landwirte) mit mindestens einer Kamera ausgestattet. Die Anschaffung ist auffallend gleichmäßig über die Jahre verteilt.

Ein Kühlschrank gehört zur Standardausrüstung

Mit Ausnahme der Nichterwerbstätigen kann bei den Haushalten in Schleswig-Holstein von einer Vollversorgung mit einfachen oder mit Gefrierfach ausgerüsteten Kühlschränken gesprochen werden. Erwerbstätigenhaushalte können darüber hinaus zu über 70 % Gefriereinrichtungen nutzen, Landwirte sogar zu über 90 %. Der dazu vergleichsweise geringe Ausstattungsgrad in Haushalten Nichterwerbstätiger muß neben der Einkommensabhängigkeit vor allem mit der geringen Personenzahl in diesen Haushalten erklärt werden, die den Einsatz solcher Geräte nicht rentabel erscheinen läßt.

Trend zu moderneren Haushaltsgeräten

Die gleichen Bestimmungsfaktoren dürften die verschieden hohe Ausstattung mit Waschmaschinen erklären, die i. d. R. erst in einem Mehrpersonenhaushalt einigermaßen ausgenutzt werden können. Hier ist der Trend zu Vollautomaten mit eingebauter Schleuder unverkennbar. Diese Geräte sind umso mehr verbreitet, je höher Nettoeinkommen und Personenzahl der Haushalte sind.

Gleiches gilt für die Ausstattung mit Nähmaschinen. Der Anteil der mechanischen Maschinen geht allgemein zugunsten elektrischer zurück, insbesondere bei mittleren und höheren Einkommensgruppen, so daß mechanische vornehmlich nur noch in Haushalten mit geringem Einkommen verwendet werden. Dies deckt sich auch mit dem relativ hohen Ausstattungsgrad mit mechanischen Maschinen in Haushalten von Nicht-erwerbstätigen, wobei hier noch das höhere Alter und der fehlende Wunsch nach Umstellung bestimmend sein dürften.

Der Einbau von Geschirrspülmaschinen nahm insbesondere in den letzten Jahren zwar in allen sozialen Gruppen relativ stark zu, ihre Verfügbarkeit in den Haushalten ist jedoch noch recht unterschiedlich. Mehr als die Hälfte der Haushalte von Landwirten und Selbständigen benutzen dieses Gerät. Neben der sozialen Gruppe, die bei der Einführung dieses Gerätes nicht ohne Bedeutung zu sein scheint, sind die Höhe des Nettoeinkommens sowie die Größe des Haushalts entscheidende Einflußfaktoren. Auch wenn ein Geschirrspüler vielfach noch als Luxus angesehen wird, dürfte der Vormarsch dieses Hilfsmittels andauern, insbesondere wenn man technische Verbesserungen auf der einen und steigende Einkommen breiter Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite unterstellt.

Einfluß der Erwerbstätigkeit der Ehefrau

Wegen des besonderen Interesses dieser Frage soll zum Abschluß noch untersucht werden, ob und bei welchen Gütern die Erwerbstätigkeit der Ehefrau von Einfluß auf den Ausstattungsgrad ist. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei Ehepaaren ohne Kinder. In dieser Gruppe sind die Anschaffungen von Luxusgütern zur Freizeitgestaltung (Kassetten-Tonbandgeräte + 52 %⁶, Stereo-Kompaktanlagen mit Plattenspieler + 51 %, Tonbandgeräte + 77 %, Schmalfilmkamera und dazugehöriger Projektionsapparat + 116 % und + 111 %), von Geschirrspülmaschinen (+ 66 %) und von Autos (+ 41 %) erheblich häufiger gewesen, wenn die Ehefrau erwerbstätig war.

Bei Ehepaaren mit Kindern sind die Unterschiede zwischen solchen mit und ohne Erwerbstätigkeit der Frau bei weitem schwächer, lediglich in der Ausstattung mit Pkw und Geschirrspülmaschinen lassen sie sich nachweisen.

Ein analoges Bild zeigt sich, wenn die entsprechenden Werte für das Bundesgebiet herangezogen werden. Sie weisen bei den Selbständigen in der Ausstattung mit Gebrauchsgütern kaum Abweichungen auf, wenn die Ehefrau erwerbstätig ist. Bei Pkw und den oben angesprochenen Unterhaltungsgeräten sowie Geschirrspülern lagen die Ausstattungsgrade bei kinderlosen Beamten- und Angestelltenehepaaren bei Berufstätigkeit beider Haushaltsmitglieder etwas höher. Deutlich größer sind die entsprechenden Unterschiede in Arbeiterhaushalten. Ein höherer Versorgungsstand läßt sich hier auch dann noch nachweisen, wenn ein oder zwei Kinder im Haushalt sind.

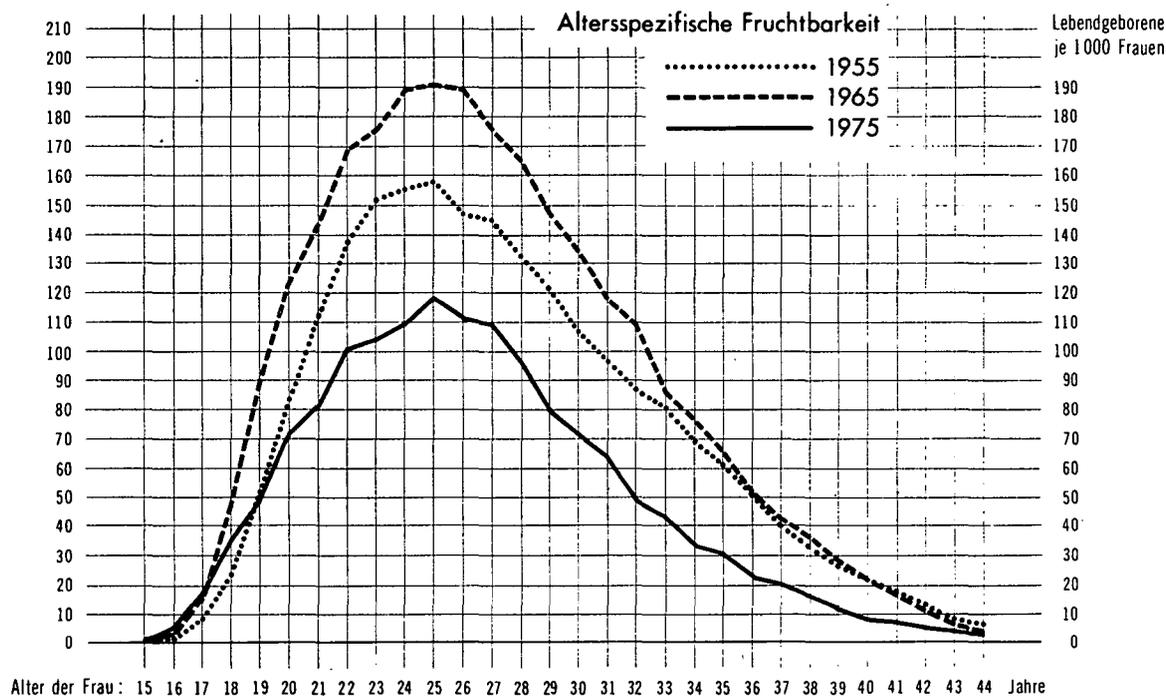
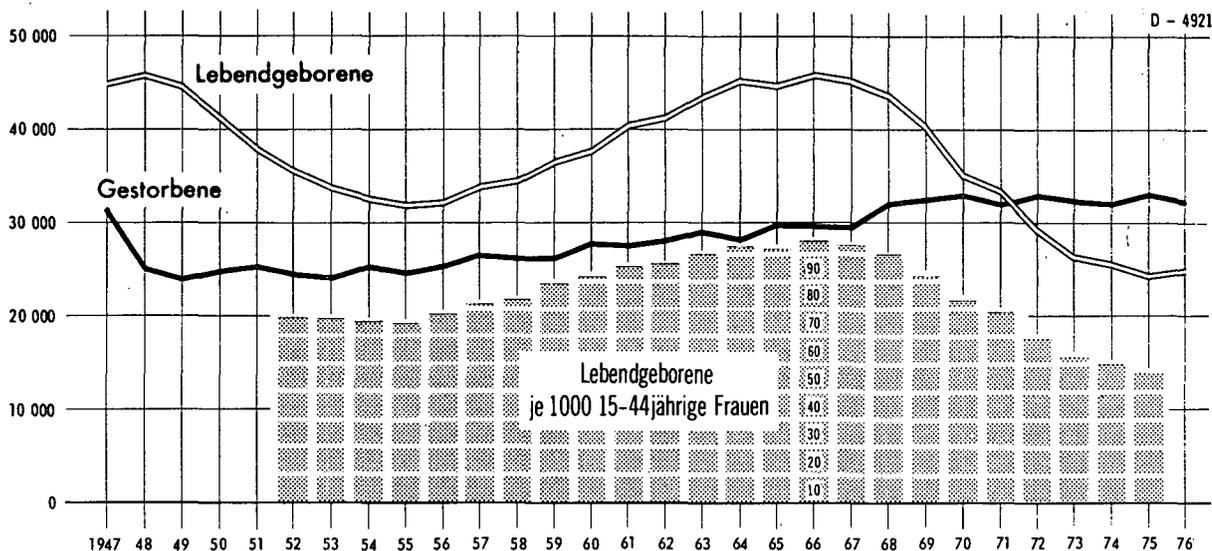
Es ist nicht verwunderlich, daß Haushalte mit nicht erwerbstätigem Haushaltsvorstand erheblich besser ausgestattet sind, wenn die Ehefrau berufstätig ist. Beispielhaft seien bei kinderlosen Ehepaaren erwähnt: Pkw (+ 62 %⁶), fabrikneue Pkw (+ 44 %), Stereo-Rundfunkgeräte (+ 102 %) und elektrische Grillgeräte (+ 36 %).

Es kann also gesagt werden, daß von allen Haushaltsgruppen lediglich bei Ehepaaren ohne Kinder im Ausstattungsgrad — insbesondere mit Freizeitgütern — signifikante Unterschiede festzustellen waren. Die These, in vielen Familien mit Kindern sei die Mutter erwerbstätig, um ein auskömmliches Haushaltseinkommen sicherzustellen, kann mit Hilfe der EVS nicht untersucht werden.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

⁶) Berechnung: Ausstattungsgrad des Haushalts mit erwerbstätiger Ehefrau in % des Ausstattungsgrades aller Haushalte minus 100

Aus unserem Archiv



Zur Methode

Erhebungsunterlagen sind Zählblätter, die der die Geburt oder den Sterbefall beurkundende Standesbeamte ausfüllt oder die er ergänzt, wenn der Personenstandsfall sich in einer Anstalt ereignete und von ihr statistisch festgehalten wurde. Die Geborenen werden dem Wohnort der Mutter zugeordnet, die Gestorbenen dem letzten Wohnort. Durch Austausch der Zählkarten unter den Statistischen Landesämtern werden auch diejenigen, die außerhalb der Landesgrenzen geboren werden oder sterben, ihrer Wohngemeinde zugezählt oder abgerechnet. Dieses Wohnortprinzip gilt für alle in der Tabelle ausgewiesenen Jahre. "Lebendgeborene" sind laut § 29 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsirt oder die

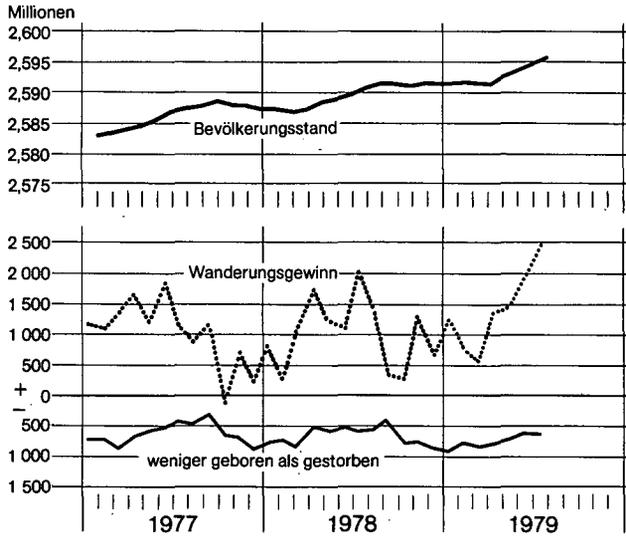
natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Bis 1957 galten als "Lebendgeborene" nur Kinder, bei denen die natürliche Lungenatmung eingesetzt hatte. "Totgeborene" müssen mindestens 35 cm messen. Fehlgeburten sind kleiner als 35 cm und werden nicht in den Personenstandsbüchern registriert und auch nicht statistisch erfaßt. Die Unterscheidung der Kinder nach ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren, insbesondere Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen sind in den Zahlen nicht enthalten.

Bei der Errechnung der Säuglingssterblichkeit, dem Verhältnis der im ersten Lebensjahr Gestorbenen zu 1000 Lebendgeborenen, wurden mit Ausnahme der Jahre bis einschließlich 1949 alle im Berichtsjahr gestorbenen Säuglinge auf die Lebendgeborenen ihres jeweiligen Geburtsmonats bezogen, der bis zu 12 Monate zurück, also auch im Vorjahr liegen kann.

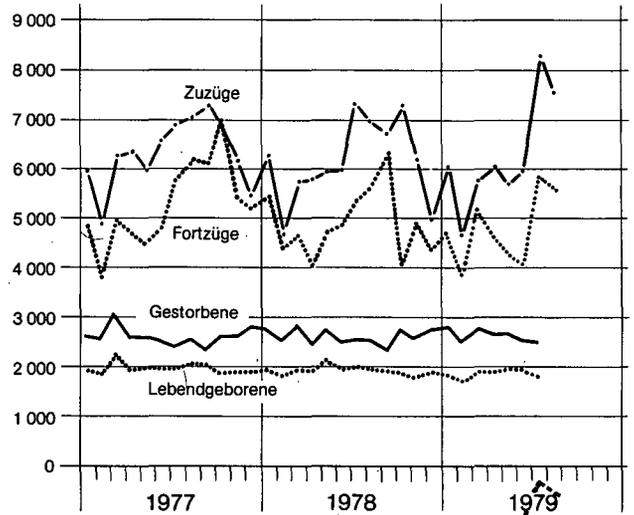
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • A

Teil B - in den Heften der geradzahigen Monate - enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

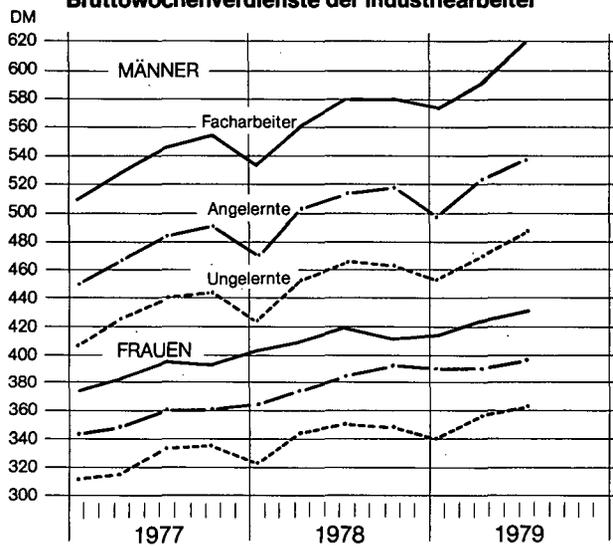
Bevölkerung



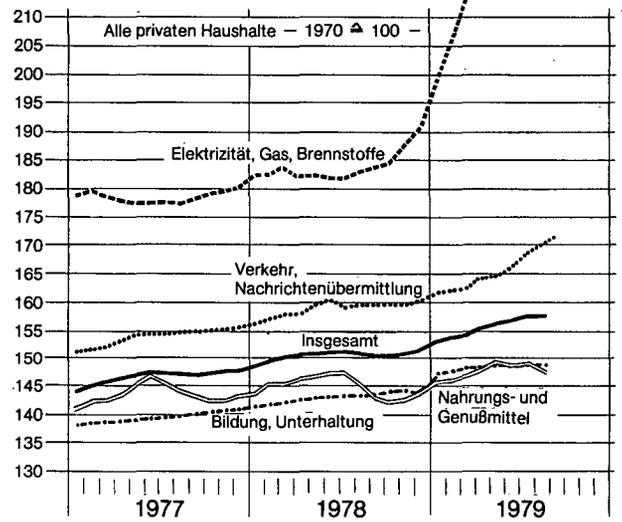
Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung



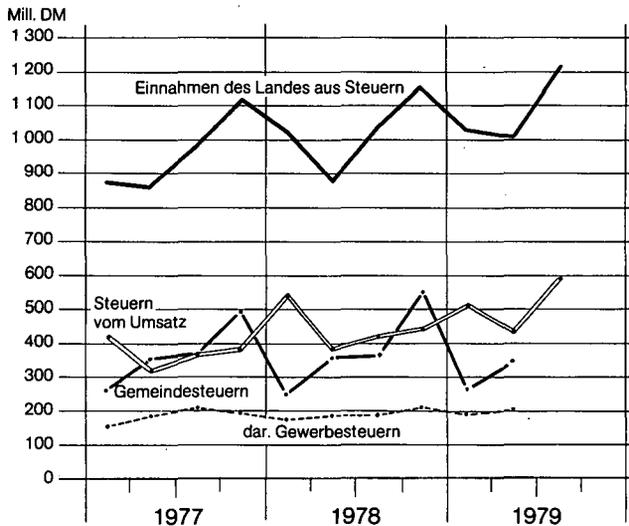
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



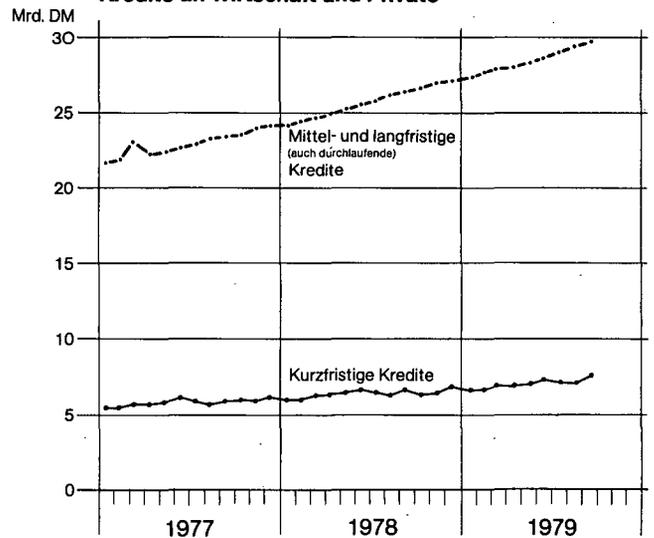
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen



Kredite an Wirtschaft und Private



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang Heft 11/12 November/Dezember 1979

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1977	1978	1978			1979				
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 586	2 589	2 591	2 592	2 592	2 594	2 596	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 193	1 048	1 323	1 172	1 295	1 438	1 345	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,5	4,9	6,0	5,3	6,1	6,7	6,1	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 947	1 932	1 990	1 961	1 925	1 915	1 818	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	9,0	9,0	8,9	9,0	9,0	8,2	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 589	2 605	2 596	2 529	2 335	2 515	2 493	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	12,1	11,8	11,5	11,0	11,8	11,3	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	26	28	22	23	39	26	18	
* je 1 000 Lebendgeborene		13,5	14,7	11,1	11,7	20,3	13,6	9,9	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	642	673	606	568	410	600	675	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,0	3,1	2,8	2,6	1,9	2,8	3,1	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 303	6 151	7 339	6 964	6 705	5 953	8 286	7 585	...	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 289	5 136	5 314	5 648	6 336	4 038	5 839	5 588	...	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 014	+ 1 015	+ 2 025	+ 1 316	+ 369	+ 1 915	+ 2 447	+ 1 997	...	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 943	9 720	9 724	10 756	10 705	8 377	11 434	12 168	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 535	21 007	22 377	23 368	23 746	18 368	25 559	25 341	...	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		146	142	146	155	162	125	168	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	47	44	38	39	37	30	33	34	32	
darunter *Männer	1 000	23	21	17	18	17	13	14	14	14	
Kurzarbeiter	1 000	3,1	2,7	1,1	0,6	1,0	0,4	0,2	0,1	1,4	
darunter Männer	1 000	2,3	2,0	0,7	0,4	0,6	0,1	0,1	0,1	0,9	
Offene Stellen	1 000	9,3	9,8	9,9	9,9	9,1	15,5	13,7	12,7	11,8	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 585 ^a	.	.	.	1 618	.	.	.	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	515 ^a	518 ^a	.	.	.	493	.	.	.	
*Schweine	1 000	1 796 ^a	1 856 ^a	.	1 998	.	.	.	1 936	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	194 ^a	205 ^a	.	213	.	.	.	199	.	
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	136 ^a	.	140	.	.	.	134	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	39	34	41	48	31	35	42	47	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	236 ^b	252	257	253	258	247	252	261	242	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	5 ^c	3	2	3	2	2	2	2	
*Schlachtungsmengen³⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,2	31,3	30,7	32,4	34,9	28,4	29,8	33,1	33,4	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,1	10,9	9,6	11,9	14,1	8,8	9,9	12,3	14,0	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	18,9	20,2	20,8	20,3	20,6	19,4	19,8	20,6	19,2	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	274	284	283	290	296	284	285	294	301	
Kälber	kg	97	100	97	100	104	94	100	104	107	
Schweine	kg	82	82	82	81	81	79	79	79	80	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	215	149	143	145	196	135	76	97	147
	für Masthühnerküken	1 000	1 070	1 101	1 168	986	1 082	1 001	1 174	1 171	1 110
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	887	897	877	999	873	863	1 143	945	950	
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	96	97	96	93	98	98	97	94	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	12,8	12,8	11,0	9,4	14,8	12,9	10,9	9,5	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1977/78 = 7

c) Winterhalbjahr 1978/79 = 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk										
Verarbeitendes Gewerbe⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	181	179	178	178	180	179	180	182	182
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	129	127	126	127	128	127	128	129	130
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 573	18 979	18 246	17 282	18 835	18 977	17 536	18 258	19 355
*Löhne (brutto)	Mill. DM	257,2	266,5	266,5	283,3	260,6	282,9	291,3	299,3	271,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	142,6	152,7	151,0	148,0	145,9	170,0	163,4	159,2	155,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige ohne Schiffbau	Mill. DM	.	(1 135)	1 039	861	1 089	1 251	1 185	1 150	1 305
	Mill. DM	.	998	916	816	1 036	1 220	1 093	978	1 148
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 150	2 195	2 306	2 032	2 112	2 511	2 400	2 228	2 431
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	410	363	477	327	323	385	420	284	369
*Kohleverbrauch ⁹⁾	1 000 t SKE	19	15	10	17	17	19	18	20	19
*Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	27,0	28,9	29,7	22,0	26,1	32,0	29,6	20,6	31,7
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	4,0	2,4	1,8	1,6	2,3	1,6	2,6	2,9	2,9
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	23,1	26,6	27,9	20,4	23,8	30,4	27,0	17,8	28,8
*Heizölverbrauch ¹¹⁾	1 000 t	82	84	76	71	81	96	111	93	91
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	15	13	17	15	13	14	16
*schweres Heizöl	1 000 t	63	64	61	58	64	81	97	80	75
*Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	186	200	198	180	204	218	213	204	211
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	34	32	30	34	31	30	32	31
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Meßzahlen)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	95,0	98,0	.	.	101,6
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	169,6	169,0	.	.	172,2
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	946	879	618	740	662	506	529	629	666
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	690	742	645	635	713	624	662	666	681
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	4	4	2	2	3	2	2	2	2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1979 sind vorläufig)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	52 790	54 970	55 659	56 613	56 818	55 986	56 143	57 618	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 523	6 478	6 888	6 085	7 501	7 781	6 694	7 386	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 999	2 996	3 023	2 652	3 467	3 541	2 933	3 348	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 063	1 007	1 088	987	1 126	1 260	1 117	1 143	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 190	2 189	2 458	2 171	2 502	2 639	2 386	2 584	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	93,2	100,0	107,6	99,7	111,9	129,0	114,5	123,8	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	14,0	15,4	15,7	15,2	15,2	16,8	16,4	16,5	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	333,3	289,3	290,9	249,8	338,0	617,5	349,3	308,2	...

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

9) 1 t Steinkohle = 1 t SKE (29,3076 GJ)

10) 1 000 m³ Gas (H₀: 35 169 kJ/m³) = 1,2 t SKE

11) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE; schwer = 1,40 t SKE

12) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	960	1 190	1 288	1 226	1 567	1 303	1 200	1 200	1 303
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	927	1 144	1 245	1 196	1 498	1 244	1 156	1 149	1 256
*Rauminhalt	1 000 m ³	792	1 011	1 071	935	1 309	1 147	1 093	1 048	1 078
*Wohnfläche	1 000 m ²	135	172	179	156	221	195	183	180	180
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	167	182	221	203	197	175	236	237	210
*Rauminhalt	1 000 m ³	508	630	712	495	658	883	912	937	946
*Nutzfläche	1 000 m ²	94	112	119	91	118	176	148	161	155
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 416	1 781	1 819	1 549	2 261	2 045	1 852	1 783	1 860
Baufertigstellungen										
Wohnungen 13)	Anzahl	1 540	1 350	609	535	625	381	394	568	776
Wohnräume	Anzahl	7 274	6 508	2 805	2 535	3 148	1 927	1 913	2 675	3 744
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	507,6	437,2	402,9	473,4	375,8	515,7	458,3	397,3	416,6
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,5	76,9	69,8	100,4	83,5	79,8	82,8	74,4	59,8
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	432,2	360,3	333,2	373,0	292,3	435,8	375,5	322,9	356,9
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,4	9,8	7,2	8,0	9,9	11,0	7,8	9,6	9,8
*Halbwaren	Mill. DM	27,7	31,2	21,0	40,7	26,2	38,9	44,0	52,6	32,1
*Fertigwaren	Mill. DM	395,0	319,4	305,0	324,3	256,2	386,0	323,7	260,8	314,9
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,5	29,1	28,7	24,8	27,9	33,8	32,5	30,1	32,6
*Enderzeugnisse	Mill. DM	366,6	290,3	276,3	299,5	228,3	352,1	291,3	230,7	282,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	191,5	188,9	166,9	188,0	193,7	221,1	216,7	202,5	185,9
darunter Italien	Mill. DM	18,2	18,4	15,6	19,6	21,9	24,7	21,9	18,6	21,0
Niederlande	Mill. DM	41,8	43,7	38,7	34,5	39,0	43,2	37,6	38,7	46,5
Dänemark	Mill. DM	36,7	39,9	28,7	58,6	38,6	45,2	49,7	62,4	44,9
Großbritannien	Mill. DM	43,5	33,1	27,6	37,3	39,2	48,3	43,3	33,2	27,7
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	189,7	201,6	213,4	198,1	198,1	220,5	217,8	210,2	194,5
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	171,4	173,0	280,9	270,0	195,2	235,2	277,6	261,9	200,7
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000 r	251	246	596	499	286	p 406	p 521	p 480	p 288
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	21	52	32	24	p 28	p 50	p 34	p 26
*Fremdenübernachtungen	1 000 r	2 008	1 931	6 197	6 058	2 081	p 3 243	p 5 720	p 5 352	p 2 030
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	43	108	69	50	p 59	p 99	p 80	p 58
Verkehr										
Seeschifffahrt 14)										
Güterempfang	1 000 t	1 133	1 204	1 345	1 292	1 343	1 349
Güterversand	1 000 t	472	461	407	616	547	490
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	196	209	190	222	228	193	208	207	228
Güterversand	1 000 t	234	238	249	277	228	271	256	275	296
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
Anzahl		9 741	10 087	10 167	7 451	r 9 200	11 633	9 430	7 663	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	198	244	286	222	r 107	479	342	261	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	8 704	8 960	8 971	6 410	8 130	9 939	8 173	6 529	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	452	510	519	390	502	609	502	469	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 560	1 549	1 835	1 696	1 833	1 741	1 660	1 584	p 1 696
*Getötete Personen	Anzahl	61	53	54	64	42	50	57	40	p 48
*Verletzte Personen	Anzahl	2 052	2 028	2 453	2 336	2 391	2 265	2 178	2 088	p 2 167

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite (17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	36 181	41 315	38 858	38 992	39 599	43 356	43 577	43 949	44 662
darunter										
*Kredite ¹⁷⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	34 096	39 295	36 786	36 944	37 592	41 451	41 664	42 026	42 739
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 107	6 720	6 540	6 134	6 407	7 288	6 977	6 923	7 247
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 987	6 670	6 321	6 103	6 366	7 256	6 952	6 908	7 227
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	121	50	219	31	41	31	25	16	20
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 638	4 384	3 816	4 093	4 122	4 534	4 551	4 584	4 638
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 058	3 311	3 200	3 243	3 264	3 429	3 447	3 482	3 527
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	580	1 073	616	851	858	1 105	1 104	1 102	1 110
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	24 351	28 191	26 430	26 717	27 063	29 629	30 135	30 519	30 854
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 292	22 168	20 778	21 085	21 339	23 687	24 039	24 380	24 686
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 060	6 023	5 652	5 632	5 723	5 943	6 097	6 140	6 168
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	26 612	29 682	27 930	28 368	28 484	30 342	30 773	30 927	30 900
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	14 060	16 245	15 269	15 584	15 658	16 788	17 312	17 449	17 451
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 458	11 415	10 528	10 899	10 877	11 783	12 146	12 277	12 419
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 602	4 831	4 741	4 686	4 781	5 005	5 166	5 171	5 033
*Spareinlagen	Mill. DM	12 552	13 437	12 661	12 784	12 826	13 554	13 461	13 479	13 449
*bei Sparkassen	Mill. DM	7 130	7 571	7 152	7 217	7 240	7 636	7 597	7 606	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	649	653	724	576	515	535	718	611	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	580	710	454	473	58	813	594	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	28	27	21	36	10	24	27	40
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,3	-	-	1	-	1	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	280	250	261	229	270	280
*Wechselsumme	Mill. DM	1,3	1,4	1,1	1,0	0,9	1,3
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt				3.Vj. 78	2.Vj. 79	2.Vj. 79		
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 623,1	1 747,0	.	.	1 771,5	1 752,0
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 251,4	1 302,4	.	.	1 353,3	1 248,1
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	799,2	811,0	.	.	835,2	731,3
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	350,7	368,4	.	.	392,3	369,1
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	8,1	12,9	.	.	18,6	11,4
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	93,4	110,1	.	.	107,3	136,3
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	371,7	444,6	.	.	418,2	503,9
*Umsatzsteuer	Mill. DM	262,2	319,6	.	.	298,6	387,0
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	109,5	125,0	.	.	119,6	116,9
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,2	.	.	117,8	136,2	.	.	113,6
*Zölle	Mill. DM	0,5	0,5	.	.	0,5	0,6	.	.	0,4
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,2	124,5	.	.	110,8	127,4	.	.	105,6
*Landessteuern	Mill. DM	116,2	122,6	.	.	118,7	137,6	.	.	149,4
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,2	24,7	.	.	24,2	25,1	.	.	28,2
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61,6	66,9	.	.	62,9	82,5	.	.	91,9
*Biersteuer	Mill. DM	3,8	4,4	.	.	5,5	4,2	.	.	5,0
*Gemeindesteuern ¹⁹⁾	Mill. DM	254,0	262,1	.	.	267,7	284,2
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,0	6,9	.	.	7,2	6,8
*Grundsteuer B ²⁰⁾	Mill. DM	42,7	48,5	.	.	55,3	50,3
*Gewerbesteuer	Mill. DM	163,7	167,0	.	.	164,8	188,1
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	20,0	19,3	.	.	19,4	17,8
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,0	19,3	.	.	19,4	17,8
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	923,7	987,0	.	.	979,6	974,2	.	.	1 011,6
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	501,9	521,2	.	.	547,4	512,8	.	.	590,5
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	256,5	300,1	.	.	282,3	291,1	.	.	400,4
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	.	32,1	34,1	.	.	37,7
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	953,9	1 021,5	.	.	1 036,5	1 011,8	.	.	1 219,2
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,9	607,6	.	.	623,7	588,3	.	.	668,8
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	223,3	259,8	.	.	262,0	251,6	.	.	363,4
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	.	32,1	34,1	.	.	37,7
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	366,5	379,0	.	.	357,3	354,3
*Gewerbesteuer	Mill. DM	94,6	104,0	.	.	100,6	1 09,3
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	Mill. DM	94,6	104,0	.	.	100,6	1 09,3
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	181,6	180,0	.	.	153,7	151,9

Fußnoten siehe nächste Seite

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	154,1	146,2	146,2	145,1	145,3	166,5	170,0	170,2	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	143,6	145,3	145,7	145,9	146,0	152,7	153,6	154,3	...
Grundstoffpreise ²²⁾	1970 = 100	149,2	145,5	145,4	144,8	145,3	155,8	157,9	158,5	160,2
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²²⁾	1970 = 100	144,5	146,3	146,5	146,5	146,6	153,3	154,4	155,1	155,7
landwirtschaftlicher Produkte ²²⁾	1970 = 100	142,3	137,0	136,7	134,1	135,3	p 137,8	p 138,4	p 137,9	p 140,4
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²³⁾	1970 = 100	150,7	159,7	.	161,7	.	.	.	176,8	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²²⁾	1970 = 100	152,0	151,6	151,9	151,0	150,9	158,4	158,8	p 158,8	p 158,8
Einzelhandelspreise	1970 = 100	141,7	145,1	145,9	145,3	145,0	151,6	152,8	152,5	152,7
*Preisindex der Lebenshaltung ²⁴⁾ insgesamt	1970 = 100	146,3	150,1	150,8	150,4	150,0	156,7	157,7	157,8	158,0
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	147,5	145,2	143,6	148,4	148,9	147,4	146,7
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	153,9	154,2	155,2	160,1	160,8	161,6	162,9
Wohnungsmieten	1970 = 100	144,7	149,0	149,2	149,4	149,6	153,0	153,7	154,3	155,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	181,5	182,7	183,3	228,0	234,3	232,4	232,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,1	145,3	145,0	150,1	150,7	151,4	151,8
Löhne und Gehälter²⁵⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	515	544	554	.	.	.	588	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	539	568	580	.	.	.	620	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	340	361	367	.	.	.	380	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	327	343	350	.	.	.	365	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	12,02	12,67	12,84	.	.	.	13,64	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	12,57	13,30	13,48	.	.	.	14,37	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	8,41	8,95	9,09	.	.	.	9,44	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,12	8,51	8,66	.	.	.	9,05	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,9	42,7	43,1	.	.	.	43,1	.	.
weibliche Arbeiter	Stunden	40,2	40,3	40,4	.	.	.	40,3	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 722	2 907	2 932	.	.	.	3 109	.	.
*weiblich	DM	1 889	2 009	2 034	.	.	.	2 142	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 937	3 106	3 144	.	.	.	3 338	.	.
*weiblich	DM	1 813	1 921	1 948	.	.	.	2 055	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 383	2 534	2 570	.	.	.	2 691	.	.
*weiblich	DM	1 600	1 701	1 734	.	.	.	1 823	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 442	2 591	2 659	.	.	.	2 766	.	.
weiblich	DM	(1 701)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 495	2 654	2 686	.	.	.	2 825	.	.
weiblich	DM	1 681	1 786	1 818	.	.	.	1 911	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 905	3 070	3 111	.	.	.	3 300	.	.
weiblich	DM	1 809	1 918	1 944	.	.	.	2 050	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

19) Grundsteuerbeiträge abgeglichen

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) Nur Neubau

25) Effektivverdienste

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) für alle privaten Haushalte

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 017	71	387	218	341
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 038	81	368	222	367

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund- Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Erwerbs- tätigen
	in 1 000												
1974	267	72	69	2	17	38	31	14	34 319	8,2	26 488	2,7	27 780
1975	271	77	73	2	16	41	29	14	36 766	7,1	26 395	- 0,4	28 190
1976	269	83	75	2	17	42	29	13	p 39 525	p 7,5	p 27 384	p 3,7	p 29 380
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	p 41 877 ^a	p 6,0 ^a	p 27 925 ^a	p 2,0 ^a	p 29 960 ^a
1978	245	89	83	2	44 298 ^a	5,8 ^a	28 604 ^a	2,4 ^a	30 760 ^a

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 3. 12.					Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 3)		Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe 2)										
	in 1 000					in 1 000						
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637	
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 477	1 853	159	735	
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813	
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869	
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Köhle 1 000 t SKE 7)	Heizöl		
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM	Mill. DM				insgesamt	mittelschwer, schwer	
											Beschäftigte 8) am 30. 6. in 1 000
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	52
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	230	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Bis 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk),

ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerkes nicht möglich (siehe auch Statistischen Bericht E I 1, Januar 1979)

6) Bis einschließlich 1976 ohne Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes; in allen Jahren ohne Umsatzsteuer

7) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) $\hat{=}$ 1 t Steinkohle oder -briketts $\hat{=}$ 1,03 t Steinkohlenkoks $\hat{=}$ 1,46 t Braunkohlenbriketts $\hat{=}$ 3,85 t Rohbraunkohle

8) Ab 1976 einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

a) Erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. Juni 1979			Bevölkerungsveränderung im Juni 1979			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1979 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLENSBURG	89 080	- 0,1	- 0,6	- 30	- 77	- 107	55	-	74
KIEL	252 211	- 0,0	- 1,1	- 115	+ 60	- 55	151	5	183
LÜBECK	223 763	+ 0,1	- 1,0	- 99	+ 236	+ 137	154	3	178
NEUMÜNSTER	80 620	- 0,2	- 2,1	- 22	- 121	- 143	56	1	72
Dithmarschen	130 305	- 0,0	- 0,0	- 56	+ 37	- 19	95	4	121
Hzgt. Lauenburg	153 899	+ 0,0	+ 0,7	- 77	+ 78	+ 1	96	4	139
Nordfriesland	160 980	+ 0,2	+ 0,4	- 18	+ 303	+ 285	121	3	156
Ostholstein	189 136	+ 0,2	+ 0,4	- 39	+ 336	+ 297	100	4	151
Pinneberg	257 948	+ 0,0	+ 0,5	- 70	+ 198	+ 128	167	3	196
Plön	115 728	+ 0,0	+ 0,5	- 26	+ 28	+ 2	68	2	82
Rendsburg-Eckernförde	242 301	- 0,0	+ 0,6	- 43	+ 74	+ 31	169	3	214
Schleswig-Flensburg	180 121	+ 0,1	+ 0,6	+ 19	+ 84	+ 103	104	2	135
Segeberg	205 283	+ 0,2	+ 1,5	+ 31	+ 347	+ 378	147	4	190
Steinburg	128 887	+ 0,0	- 0,4	- 42	+ 57	+ 15	79	7	102
Stormarn	183 879	+ 0,1	+ 1,4	- 13	+ 275	+ 262	134	3	174
Schleswig-Holstein	2 594 141	+ 0,1	+ 0,2	- 600	+ 1 915	+ 1 315	1 696	48	2 167

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe ³⁾ am 30. 9. 1978		Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1979		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe am 31. 8. 1979	Beschäftigte am 31. 8. 1979	Umsatz ⁵⁾ im August 1979 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
							Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	9 239	103	78	9 284	103	33 036	30 043	337
KIEL	27 564	109	144	26 422	198	90 759	82 982	329
LÜBECK	27 321	121	155	26 557	218	78 622	71 435	319
NEUMÜNSTER	10 846	132	76	10 684	86	32 656	29 231	363
Dithmarschen	6 743	52	86	7 394	251	59 062	47 203	362
Hzgt. Lauenburg	9 648	63	101	9 240	72	63 562	54 878	357
Nordfriesland	3 424	21	55	2 933	60	72 119	58 494	363
Ostholstein	6 541	35	90	6 218	78	78 380	67 215	355
Pinneberg	23 987	93	194	23 402	250	108 739	95 874	372
Plön	3 013	26	45	2 760	26	51 415	43 468	376
Rendsburg-Eckernförde	11 481	48	127	11 087	144	105 848	88 724	366
Schleswig-Flensburg	5 687	32	86	5 335	99	82 955	67 230	373
Segeberg	15 042	74	170	14 497	184	98 229	84 715	413
Steinburg	10 602	82	93	9 927	140	57 858	47 752	370
Stormarn	16 276	89	147	16 043	319	80 599	71 040	386
Schleswig-Holstein	187 414	72	1 647	181 783	2 228	1 093 839	940 284	362

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1979

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) in Industriebetrieben jeder Größe sowie in Betrieben von Unternehmen des Handwerks mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

5) ohne Umsatzsteuer

6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1979			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1979	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1979	Offene Stellen am 31. 8. 1979	Schweine insgesamt am 3. 4. 1979	Rindvieh am 1. 6. 1979	
		VZ 1970	31. 3. 1978					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %		in 1 000					
Schleswig-Holstein	2 591	+ 3,9	- 0,2	34	0	13	1 960	1 618	493
Hamburg	1 661	- 7,4	- 0,9	22	0	11	11	16	4
Niedersachsen	7 223	+ 2,0	- 0,0	111	3	34	7 087	3 227	1 010
Bremen	697	- 3,6	- 0,7	13	0	5	7	19	4
Nordrhein-Westfalen	16 998	+ 0,5	- 0,1	273	6	82	5 354	1 964	609
Hessen	5 556	+ 3,2	+ 0,3	55	1	30	1 423	900	297
Rheinland-Pfalz	3 630	- 0,4	- 0,2	42	2	17	737	698	234
Baden-Württemberg	9 146	+ 2,8	+ 0,2	74	4	65	2 249	1 854	685
Bayern	10 837	+ 3,4	+ 0,2	123	6	66	4 360	5 067	1 994
Saarland	1 071	- 4,4	- 0,7	24	0	4	53	73	26
Berlin (West)	1 906	- 10,2	- 0,7	28	0	12	6	1	0
Bundesgebiet	61 317	+ 1,1	- 0,0	799	23	339	23 247	15 436	5 356

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾						Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im Juni 1979	
	Beschäftigte			Umsatz ²⁾ im Juli 1979		Produktions- index ³⁾ (1970 = 100) im Juli 1979	Beschäftigte am 30. Juni 1979		zum Bau genehmigte Wohnungen	
	1978 (Monatsdurchschnitt)		am 31. 7. 1979	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	in 1 000							
Schleswig-Holstein	179	69	180	2 400	18	...	56	22	5 790	22,3
Hamburg	168	101	166	4 907	10	...	31	18	742	4,5
Niedersachsen	711	98	712	9 347	25	111	156	22	14 665	20,3
Bremen	90	128	90	1 346	17	...	15	22	574	8,2
Nordrhein-Westfalen	2 248	132	2 219	25 009	24	...	285	17	26 347	15,5
Hessen	665	120	672	7 347	29	100	106	19	8 989	16,2
Rheinland-Pfalz	386	106	392	5 402	29	122	73	20	7 553	20,8
Baden-Württemberg	1 448	159	1 471	16 331	26	121	193	21	18 146	19,8
Bayern	1 353	125	1 365	14 685	25	135	261	24
Saarland	149	138	151	1 567	32	110	21	20	1 970	18,4
Berlin (West)	187	98	183	1 724	13	...	34	18	1 730	9,1
Bundesgebiet	7 584	124	7 601	90 063	24	...	1 232	20	86 506	14,1

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Juli 1979				Bestand an Spar- einlagen ⁶⁾ am 31. 7. 1979 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1978 ⁷⁾		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in jeweiligen Preisen	Anteil des produzie- renden ⁸⁾ Gewerbes in %	DM je Erwerbs- tätigen in konstanten Preisen ⁹⁾ Bund = 100
					im 2. Vierteljahr 1979						
	in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	1 660	57	2 178	135	5 194	395	384	137	44	43,5	92,3
Hamburg	916	21	1 172	130	8 699	733	3 042	315	60	36,2	132,5
Niedersachsen	4 071	162	5 542	140	6 352	395	417	159	130	50,6	90,5
Bremen	425	4	491	116	7 092	469	1 101	227	20	44,7	111,3
Nordrhein-Westfalen	6 987	201	9 198	135	7 095	439	710	184	353	51,0	107,1
Hessen	2 985	106	3 937	135	7 809	484	633	208	121	43,0	102,6
Rheinland-Pfalz	2 104	76	2 938	143	7 065	401	473	161	67	54,5	97,9
Baden-Württemberg	5 606	226	7 630	140	7 650	490	661	200	200	56,7	96,9
Bayern	7 338	328	10 023	141	8 138	445	496	178	218	51,8	91,7
Saarland	625	13	839	136	6 391	393	414	139	20	51,6	90,4
Berlin (West)	1 377	23	1 681	124	6 794	334	986	120	46	48,7	109,0
Bundesgebiet	34 094	1 217	45 629	134	7 279	447	667	182	1 279	50,3	100

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ohne Umsatzsteuer

3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

6) ohne Postspareinlagen

7) Erstes vorläufiges Ergebnis

8) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

9) Basis 1970

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1978 in km ²	Gemeinden am 31. 12. 1978	Bevölkerung am 31. Dezember 1978			Eheschließungen 1978		Lebendgeborene 1978	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	56,35	1	89 313	41 735	1 583,6	471	5,3	882	9,8
KIEL	110,34	1	253 967	119 711	2 302,5	1 234	4,8	2 242	8,8
LÜBECK	213,97	1	224 790	104 276	1 050,4	1 243	5,5	1 828	8,1
NEUMÜNSTER	71,56	1	81 581	38 250	1 139,4	442	5,4	759	9,2
Dithmarschen	1 394,21	118	130 378	61 999	93,5	659	5,1	1 233	9,5
Hzgt. Lauenburg	1 264,57	133	153 536	74 479	121,4	675	4,4	1 347	8,8
Nordfriesland	2 041,15	137	160 106	78 098	78,4	878	5,5	1 413	8,8
Ostholstein	1 390,48	39	188 161	89 035	135,3	893	4,7	1 455	7,7
Pinneberg	662,25	49	257 115	124 169	388,2	1 237	4,8	2 233	8,7
Plön	1 081,29	86	115 353	56 397	106,7	548	4,8	1 047	9,1
Rendsburg-Eckernförde	2 185,43	166	241 475	117 565	110,5	1 114	4,6	2 263	9,4
Schleswig-Flensburg	2 071,20	136	179 656	89 521	86,7	808	4,5	1 770	9,9
Segeberg	1 344,31	95	203 963	99 295	151,7	927	4,6	1 979	9,8
Steinburg	1 055,90	114	129 217	62 043	122,4	638	4,9	1 160	9,0
Stormarn	766,21	55	182 674	88 240	238,4	812	4,5	1 574	8,7
Schleswig-Holstein	15 709,23	1 132	2 591 285	1 244 813	165,0	12 579	4,9	23 185	9,0

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1978		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte ¹⁾ am 31. 12. 1978		Zahnärzte am 31. 12. 1978
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zuge- zogene 1978	Fort- gezogene 1978		ins- gesamt	darunter Praxis- inhaber	
FLensburg	1 185	13,2	- 303	6 119	6 539	- 420	275	133	70
KIEL	3 465	13,6	- 1 223	14 912	16 234	- 1 322	1 167	339	291
LÜBECK	3 264	14,4	- 1 436	9 931	10 889	- 958	765	295	159
NEUMÜNSTER	1 059	12,9	- 300	3 455	4 397	- 942	205	97	60
Dithmarschen	1 661	12,7	- 428	4 791	4 089	+ 702	228	125	81
Hzgt. Lauenburg	1 956	12,8	- 609	7 837	6 240	+ 1 597	205	119	67
Nordfriesland	1 804	11,3	- 391	8 494	8 695	- 201	258	141	68
Ostholstein	2 374	12,6	- 919	10 259	9 257	+ 1 002	353	173	99
Pinneberg	2 762	10,8	- 529	13 944	12 015	+ 1 929	353	215	119
Plön	1 349	11,7	- 302	6 292	5 555	+ 737	184	91	49
Rendsburg-Eckernförde	2 702	11,2	- 439	12 324	10 501	+ 1 823	301	181	112
Schleswig-Flensburg	1 951	10,9	- 181	9 139	7 725	+ 1 414	240	129	63
Segeberg	2 067	10,2	- 88	13 061	9 668	+ 3 393	309	151	86
Steinburg	1 696	13,1	- 536	4 517	4 271	+ 246	192	91	52
Stormarn	1 962	10,8	- 388	11 857	8 683	+ 3 174	252	138	80
Schleswig-Holstein	31 257	12,1	- 8 072	136 932	124 758	+ 12 174	5 287	2 418	1 456

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe 1) am 30. 9. 1978		Verarbeitendes Gewerbe 1978 ¹⁾						
			Betriebe ²⁾	Beschäftigte (einschl. Auszubildende)			geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter Löhne
			Ange- stellte 3)		Arbeiter	1 000 DM			
	Monatsdurchschnitt								
FLENSBURG	9 239	103	* 76	* 8 996	* 2 346	* 6 650	* 12 050	* 234 273	* 155 153
KIEL	27 564	109	150	26 905	9 038	17 867	30 219	774 314	453 952
LÜBECK	27 321	121	157	26 599	7 675	18 924	34 609	734 307	478 837
NEUMÜNSTER	10 846	132	79	10 587	2 653	7 934	13 464	285 574	197 569
Dithmarschen	6 743	52	83	6 448	1 609	4 839	9 424	188 044	127 434
Hzgt. Lauenburg	9 648	63	100	9 021	2 289	6 732	12 427	240 783	169 019
Nordfriesland	3 424	21	55	3 137	699	2 438	4 787	81 804	61 723
Ostholstein	6 541	35	97	6 067	1 901	4 166	7 209	141 720	85 069
Pinneberg	23 987	93	203	22 674	8 138	14 536	25 764	671 855	358 857
Plön	3 013	26	46	2 750	755	1 995	3 641	72 285	48 562
Rendsburg-Eckernförde	11 481	48	127	10 747	2 373	8 374	15 494	289 278	205 786
Schleswig-Flensburg	5 687	32	92	5 257	1 094	4 163	8 073	129 917	95 734
Segeberg	15 042	74	176	13 964	4 591	9 373	17 203	418 097	245 016
Steinburg	10 602	82	98	10 146	2 062	8 084	13 972	303 444	222 794
Stormarn	16 276	89	145	15 405	4 672	10 733	19 395	465 264	292 988
Schleswig-Holstein	187 414	72	1 665	178 663	51 876	126 787	227 744	5 030 947	3 198 489

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Verarbeitendes Gewerbe 1978 ¹⁾						
	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Kohle- verbrauch in t SKE ⁴⁾	Heizölverbrauch ⁵⁾		Gas- verbrauch ⁶⁾ in 1 000 m ³	Strom- verbrauch ⁷⁾ in 1 000 kWh
	insgesamt	darunter Auslands- umsatz		insgesamt	darunter schweres Heizöl		
	1 000 DM		t				
FLENSBURG	* 1 421 843	* 396 439	.	* 38 870	* 31 679	* 346	* 102 174
KIEL	2 975 305	957 114	.	36 542	12 133	5 516	164 622
LÜBECK	3 129 021	690 697	.	44 890	19 446	98 065	285 890
NEUMÜNSTER	972 737	224 550	.	.	.	6 407	157 562
Dithmarschen	2 172 071	238 081	.	363 655	353 332	.	412 989
Hzgt. Lauenburg	954 615	147 782	.	20 834	10 544	.	66 592
Nordfriesland	696 121	29 851	.	6 393	2 578	.	26 113
Ostholstein	951 661	138 203	.	14 019	9 776	7 118	45 014
Pinneberg	2 908 244	496 150	.	61 202	28 253	47 253	286 035
Plön	341 224	29 562	-	.	.	6 050	31 802
Rendsburg-Eckernförde	1 442 439	222 014	.	40 771	16 951	.	89 972
Schleswig-Flensburg	1 214 671	56 993	.	52 685	36 463	103	84 799
Segeberg	2 035 229	262 153	-	26 193	2 756	35 979	140 468
Steinburg	1 691 382	110 058	-	253 069	237 107	93 839	359 905
Stormarn	3 463 802	362 134	867	32 997	9 961	5 262	145 735
Schleswig-Holstein	26 334 361	4 361 777	177 196	1 007 581	773 701	347 186	2 399 677

1) in Industriebetrieben jeder Größe sowie in Betrieben von Unternehmen des Handwerks mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) einschließlich tätiger Inhaber

4) 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE (29,3076 GJ)

5) 1 t Heizöl, leicht \approx 1,46 t SKE; schwer \approx 1,40 t SKE 6) 1 000 m³ Gas (H₂: 35 169 kJ/m³) \approx 1,2 t SKE

7) 1 000 kWh Strom \approx 0,123 t SKE

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31. 12. 1978		Fertiggestellte Wohngebäude 1978		Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1978		
	Wohn- gebäude	Wohnungen	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	insgesamt	und zwar	
						in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert
FLensburg	* 11 851	* 41 561	* 235	* 214	* 476	* 221	* 10
KIEL	27 634	113 222	354	332	797	338	55
LÜBECK	34 875	102 125	216	205	513	224	15
NEUMÜNSTER	14 476	35 819	169	150	313	155	52
Dithmarschen	36 527	53 015	545	526	707	547	72
Hzgt. Lauenburg	34 056	63 218	689	667	1 050	734	60
Nordfriesland	43 031	70 699	810	749	1 517	895	57
Ostholstein	40 886	82 876	769	710	1 370	783	52
Pinneberg	49 448	103 751	1 341	1 319	1 642	1 390	61
Plön	26 357	45 635	515	505	640	547	24
Rendsburg-Eckernförde	53 164	93 198	1 080	1 070	1 302	1 130	85
Schleswig-Flensburg	41 542	65 767	1 137	1 118	1 434	1 184	109
Segeberg	41 788	76 280	1 498	1 466	1 981	1 564	68
Steinburg	30 666	53 646	563	546	680	568	58
Stormarn	37 906	71 599	1 172	1 137	1 775	1 237	28
Schleswig-Holstein	524 207	1 072 411	11 093	10 714	16 197	11 517	806

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1978					Fertig- gestellte Wohnräume ¹⁾ 1978 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31.12.1978	
	von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen						Wohnungen	
	1 und 2	3	4	5	6 und mehr		im Bau ²⁾	noch nicht begonnen
FLensburg	* 100	* 84	* 86	* 107	* 99	* 1 987	* 480	* 80
KIEL	305	23	113	208	148	2 884	1 026	720
LÜBECK	147	66	90	108	102	2 031	657	199
NEUMÜNSTER	9	25	86	80	113	1 577	403	51
Dithmarschen	82	63	124	172	266	3 533	1 010	131
Hzgt. Lauenburg	44	95	277	350	284	5 276	1 188	334
Nordfriesland	365	237	276	325	314	6 482	1 520	328
Ostholstein	253	167	325	318	307	6 115	1 502	341
Pinneberg	42	103	289	724	484	8 363	1 990	439
Plön	34	33	107	218	248	3 398	759	273
Rendsburg-Eckernförde	86	55	204	430	527	6 713	1 993	366
Schleswig-Flensburg	41	125	288	480	500	7 467	1 385	236
Segeberg	72	166	355	763	625	10 224	1 647	743
Steinburg	6	43	118	291	222	3 522	581	187
Stormarn	196	139	337	625	478	8 520	2 005	627
Schleswig-Holstein	1 782	1 424	3 075	5 199	4 717	78 092	18 146	5 055

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) Unter Dach und noch nicht unter Dach, einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1979					Straßenverkehrsunfälle 1978			
	insgesamt	darunter			Personenkraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personenschaden	verunglückte Personen	darunter	
		Personenkraftwagen 1)	Lastkraftwagen	Zugmaschinen 2)				Getötete	Schwerverletzte
FLensburg	* 33 036	* 30 043	* 1 862	* 198	* 337	* 568	* 734	* 10	* 171
KIEL	90 759	82 982	4 676	547	329	1 558	1 924	25	389
LÜBECK	78 622	71 435	4 314	817	319	1 605	1 918	36	481
NEUMÜNSTER	32 656	29 231	2 098	484	363	638	801	19	134
Dithmarschen	59 062	47 203	2 899	7 566	362	976	1 307	42	415
Hzgt. Lauenburg	63 562	54 878	2 561	4 538	357	1 047	1 391	39	443
Nordfriesland	72 119	58 494	3 451	8 276	363	1 382	1 913	50	571
Ostholstein	78 380	67 215	3 567	5 604	355	1 582	2 237	66	662
Pinneberg	108 739	95 874	5 746	4 598	372	1 759	2 234	38	582
Plön	51 415	43 468	2 068	4 576	376	776	1 064	40	230
Rendsburg-Eckernförde	105 848	88 724	4 765	10 040	366	1 764	2 450	55	676
Schleswig-Flensburg	82 955	67 230	3 611	10 158	373	1 077	1 639	55	440
Segeberg	98 229	84 715	4 945	6 457	413	1 642	2 345	74	575
Steinburg	57 858	47 752	2 953	5 731	370	951	1 288	27	413
Stormarn	80 599	71 040	4 133	3 486	386	1 262	1 718	57	385
Schleswig-Holstein	1 093 839	940 284	53 649	73 076	362	18 587	24 963	633	6 567

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1978				Empfänger ³⁾ von Sozialhilfe 1978		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1978	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLensburg	* 12 620	* 10 686	* 23 306	* 260,94	* 6 658	* 3 879	* 43,4
KIEL	31 565	34 459	66 024	259,97	14 388	6 832	26,9
LÜBECK	35 581	42 213	77 794	346,07	15 073	7 206	32,1
NEUMÜNSTER	8 901	9 728	18 629	228,34	4 057	1 923	23,6
Dithmarschen	5 450	7 944	13 394	102,73	3 302	1 465	11,2
Hzgt. Lauenburg	7 908	15 009	22 917	149,26	5 159	2 172	14,1
Nordfriesland	8 704	10 251	18 955	118,40	5 276	2 248	14,0
Ostholstein	8 262	14 393	22 655	120,40	5 361	2 173	11,5
Pinneberg	12 815	25 931	38 746	150,70	8 505	3 180	12,4
Plön	5 027	10 319	15 346	133,03	3 509	1 330	11,5
Rendsburg-Eckernförde	11 518	20 209	31 726	131,39	7 006	2 716	11,2
Schleswig-Flensburg	8 321	14 722	23 043	128,26	5 595	2 166	12,1
Segeberg	9 126	15 856	24 982	122,48	5 694	2 278	11,2
Steinburg	9 337	13 946	23 283	180,18	5 479	2 607	20,2
Stormarn	7 968	17 347	25 315	138,58	5 814	1 942	10,6
Landesbehörden	49	113 427	113 477	43,81	389	-	-
Schleswig-Holstein	183 151	376 439	559 590	215,95	101 265	44 117	17,0

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

2) zulassungspflichtige

3) ohne Nichtsehaftige und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände						
Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1978 ¹⁾						
KREISFREIE STADT Kreis	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden			
			zusammen (netto)		Grundsteuer A 2)	Grundsteuer B 3)
	1 000 DM	DM je Einw. ⁴⁾	1 000 DM	DM je Einw. ⁴⁾	1 000 DM	
* FLENSBURG	70 036	781	* 70 036	* 781	* 43	* 8 334
KIEL	223 763	878	223 763	878	136	31 104
LÜBECK	185 462	821	185 462	821	232	23 426
NEUMÜNSTER	57 532	698	57 532	698	85	7 852
Dithmarschen	63 328	486	61 517	472	2 809	7 730
Hzgt. Lauenburg	70 968	464	68 507	448	1 878	9 847
Nordfriesland	76 342	476	71 274	445	3 567	11 098
Ostholstein	93 197	495	84 586	449	2 888	14 030
Pinneberg	169 054	659	163 287	636	1 816	19 439
Plön	50 314	437	48 063	417	2 093	6 446
Rendsburg-Eckernförde	105 043	436	101 561	422	3 628	13 664
Schleswig-Flensburg	67 477	377	64 731	362	3 482	7 905
Segeberg	109 385	541	105 710	523	1 856	12 198
Steinburg	67 859	524	65 480	506	2 022	8 370
Stormarn	106 263	586	102 481	565	1 224	12 401
Schleswig-Holstein	1 516 031	585	1 473 990	569	27 759	193 841

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände						
noch: Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1978 ¹⁾						
noch: Gemeinden						
KREISFREIE STADT Kreis	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital			Lohnsummensteuer	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	
	Aufkommen	Gewerbsteuerumlage	Einnahmen			
	1 000 DM					
* FLENSBURG	* 41 332	* 13 868	* 27 464	* -	* 30 143	
KIEL	80 400	27 366	53 034	31 078	100 972	
LÜBECK	77 332	27 655	49 677	29 063	73 124	
NEUMÜNSTER	21 034	8 686	12 348	8 224	25 146	
Dithmarschen	32 415	11 809	20 606	-	29 905	
Hzgt. Lauenburg	26 331	12 366	13 965	2 355	39 767	
Nordfriesland	34 913	14 067	20 846	541	33 734	
Ostholstein	33 919	12 814	21 105	36	44 636	
Pinneberg	76 904	28 995	47 909	3 638	85 701	
Plön	17 440	7 066	10 374	1 252	27 141	
Rendsburg-Eckernförde	44 271	17 969	26 302	120	56 741	
Schleswig-Flensburg	29 590	11 489	18 101	-	34 302	
Segeberg	63 371	24 320	39 051	-	51 972	
Steinburg	33 325	12 521	20 804	704	33 012	
Stormarn	55 568	21 192	34 376	292	53 510	
Schleswig-Holstein	668 149	252 179	415 970	77 303	719 804	

1) Kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen
 3) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten 4) Bevölkerungsstand 30. 6.

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
		Realsteueraufbringungskraft 1978 ²⁾				Steuereinnahmekraft ³⁾ der Gemeinden 1978		Baumaßnahmen 1978			
		insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme				Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter	
		1 000 DM	DM je Einw. 1)	1 000 DM	DM je Einw. 1)	1 000 DM	DM je Einw. 1)	1 000 DM	DM je Einw. 1)	1 000 DM	DM je Einw. 1)
	*	*	*	*	*	*					
FLensburg	43 474	485	36 700	409	58 567	653	12 487	139	-	-	
Kiel	134 204	526	111 426	437	194 389	762	30 164	118	-	-	
Lübeck	119 409	528	100 903	446	162 181	718	49 988	221	-	-	
Neumünster	35 018	425	28 810	350	51 660	627	39 837	484	-	-	
Dithmarschen	44 092	338	32 556	250	60 613	465	50 848	390	40 714	312	
Hzgt. Lauenburg	45 036	295	32 150	210	71 997	471	54 091	354	43 553	285	
Nordfriesland	51 381	321	35 556	222	70 888	442	61 792	386	52 002	324	
Ostholstein	51 189	272	33 163	176	82 038	435	75 575	401	64 263	341	
Pinneberg	108 339	422	83 822	327	161 092	628	95 685	373	86 645	338	
Plön	28 244	245	18 933	164	47 885	416	41 781	363	36 389	316	
Rendsburg-Eckernförde	64 290	267	45 252	188	102 159	424	89 900	373	80 233	333	
Schleswig-Flensburg	42 383	237	29 816	167	64 269	359	57 591	322	39 688	222	
Segeberg	82 204	407	65 284	323	108 162	535	70 510	349	58 910	291	
Steinburg	45 655	353	34 882	270	64 629	499	41 562	321	39 481	305	
Stormarn	73 153	403	56 746	313	104 261	575	73 210	404	60 898	336	
Schleswig-Holstein	968 071	374	745 998	288	1 404 790	543	845 019	326	702 778	363	

KREISFREIE STADT Kreis		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		Schulden ⁴⁾ am 31. 12. 1978 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal ⁵⁾ am 30. 6. 1978			
		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter	
		1 000 DM	DM je Einw. 1)	1 000 DM	DM je Einw. 1)	Anzahl	je 10 000 Einw. 6)	Anzahl	je 10 000 Einw. 6)
	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLensburg	82 707	923	82 707	923	1 468	163	1 468	163	
Kiel	361 987	1 420	361 987	1 420	4 504	176	4 504	176	
Lübeck	410 652	1 817	410 652	1 817	4 346	191	4 346	191	
Neumünster	126 680	1 538	126 680	1 538	1 530	185	1 530	185	
Dithmarschen	106 301	816	81 887	628	1 678	129	739	57	
Hzgt. Lauenburg	102 917	673	90 782	594	1 395	91	1 031	68	
Nordfriesland	162 741	1 015	105 556	659	1 777	111	876	55	
Ostholstein	143 756	763	128 718	683	2 170	115	1 088	58	
Pinneberg	197 474	770	166 700	650	2 939	115	1 512	59	
Plön	149 658	1 299	130 429	1 132	1 171	102	548	48	
Rendsburg-Eckernförde	159 024	660	133 206	553	2 398	100	1 757	73	
Schleswig-Flensburg	138 156	772	96 178	537	1 176	66	675	38	
Segeberg	122 459	606	109 452	541	1 832	91	1 053	52	
Steinburg	115 557	893	101 994	788	1 146	88	753	58	
Stormarn	163 439	901	126 099	695	1 590	88	864	48	
Schleswig-Holstein	2 543 508	982	2 253 027	870	31 120	120	22 744	88	

1) Bevölkerungsstand 30. 6. 1978

2) Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

3) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

4) ohne Schulden der Eigenbetriebe

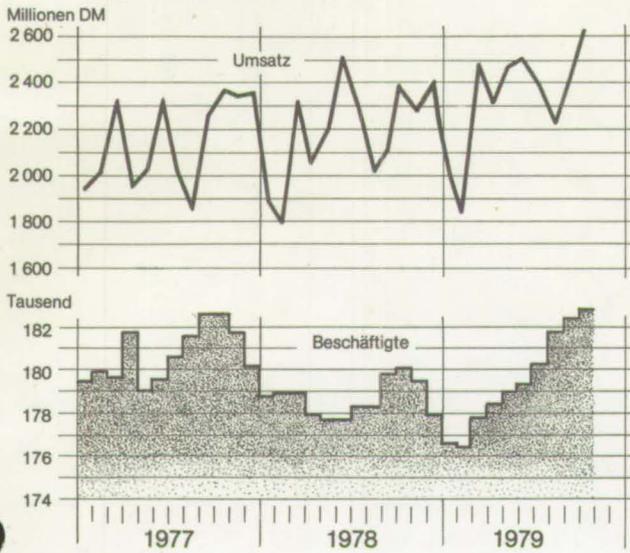
5) ohne Wirtschaftsunternehmen

6) Bevölkerungsstand 31. 12. des Vorjahres

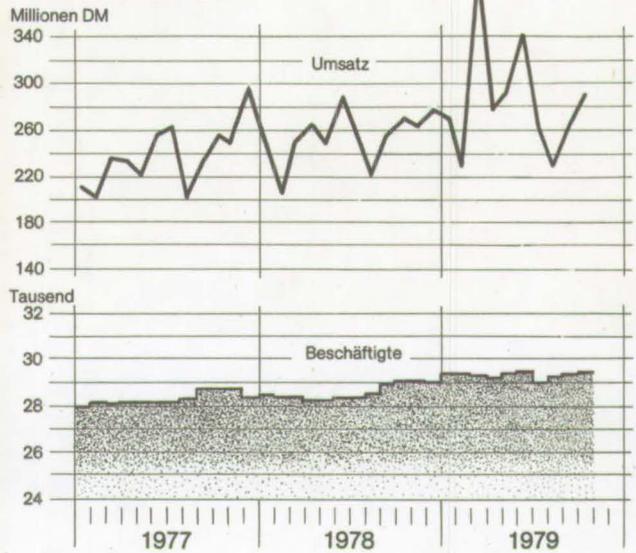
SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • B

Teil A - in den Heften der ungeradzahigen Monate - enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn/-verlust); Zu-/Fortzüge, Geborene; Gestorbene; Arbeiterverdienste; Preisindex der Lebenshaltung im Bund; Kredite

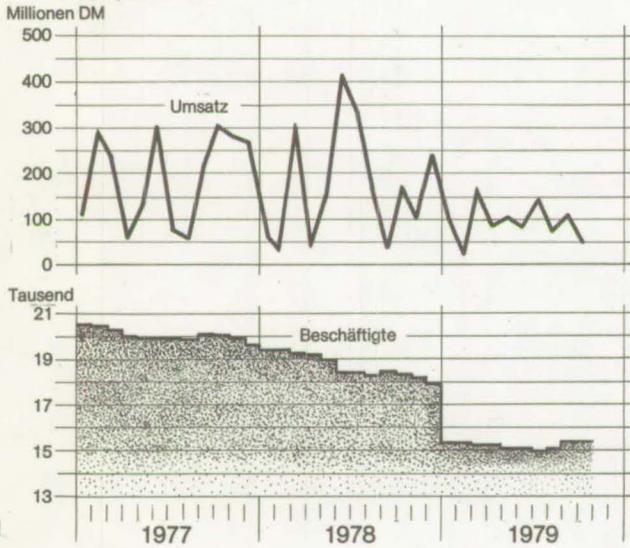
Verarbeitendes Gewerbe*



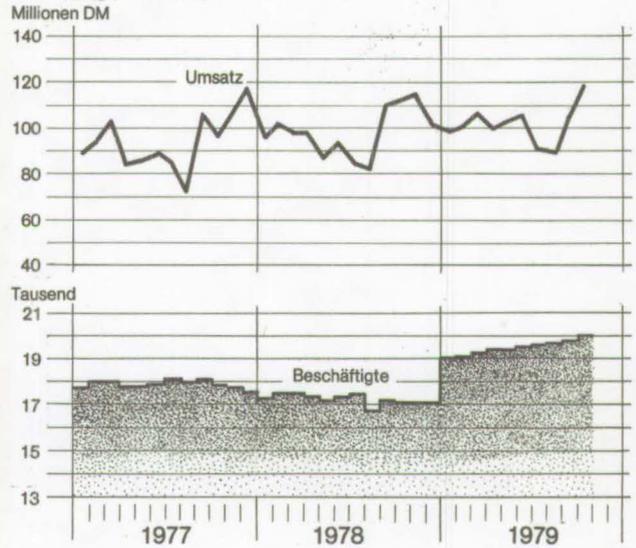
Maschinenbau*



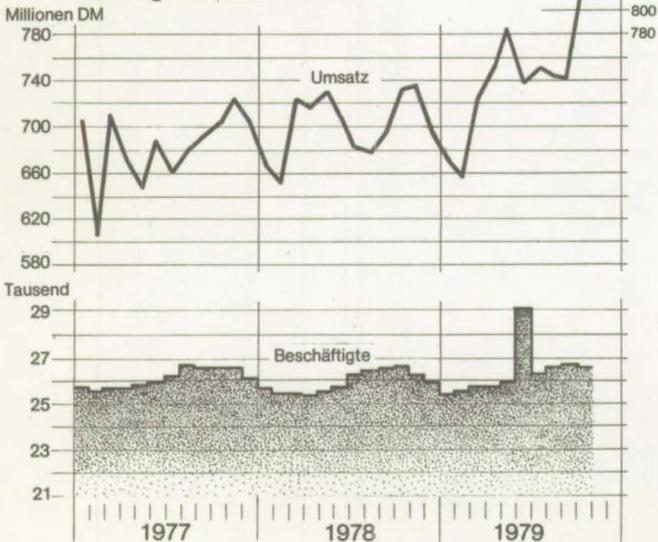
Schiffbau*



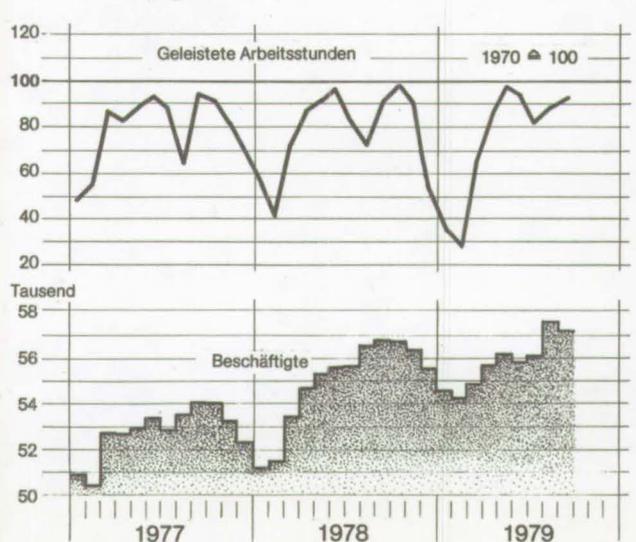
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Ergebnisse für Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

